

JAHRESBERICHT 2013
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
SCHWERPUNKT: RECHTSRUCK IN EUROPA	6
Eine Herausforderung (nicht nur) für die Linke	6
«Staunen und Entsetzen» – Interview mit Friedrich Burschel	10
Aufstieg der Nationalsozialisten in Griechenland	11
Osteuropas Homosexuelle im Visier von Demagogen und Rechtsradikalen	12
Geförderte Projekte zum Schwerpunktthema	13
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE	14
Die Fellows der Rosa-Luxemburg-Stiftung	15
«Gramsci lesen»	16
Die letzte Chance nutzen! Linke Strategien zur Euro-Krise	17
«Luxemburg Lectures»	19
AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG	20
Cross_Solidarity – Internationale Solidarität in der Krise	21
Die Marx-Frühjahrsschule – Rechtskritik bei Marx und Paschukanis	22
Wenn Theorie und Praxis ineinandergreifen – Das Jugendbildungsnetzwerk	22
Bildung mit Links	23
STIFTUNGSVERBUND	24
Bildungsarbeit in den Ländern	24
Baden-Württemberg: 80 Jahre Bücherverbrennungen	26
Bayern: «Kritik an die Hochschule!»	26
Berlin: Wie subversiv sind Comics?	27
Brandenburg: 20 Jahre nach Maastricht: Die EU in der Krise	27
Bremen: Frieden? Nicht mit der NATO!	28
Hamburg: Ökonomisches Grundwissen	28
Hessen: Angela Davis: Wissenschaftlerin und Aktivistin	29
Mecklenburg-Vorpommern: Politische Ökonomie – literarisch betrachtet	29
Niedersachsen: Ultras – Testfeld für Repression	30
Nordrhein-Westfalen: Tagung «Die nützliche Armut»	30
Rheinland-Pfalz: «Diktatorenpuppe zerstört, Schaden gering»	31
Saarland: Tatort Feld: Bioanbau und Mischkulturen	31
Sachsen: Vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat	32
Sachsen-Anhalt: Rosa Luxemburg: Revolutionärin, Frau, Geliebte	32
Schleswig-Holstein: Veranstaltungsreihe zu Islamfeindlichkeit	33
Thüringen: Chile – Ein Fest für die Solidarität	33
ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT	34
Kontinuierliche Projektarbeit in Südasien	35
Gewerkschaftsarbeit im südlichen Afrika	36
Freedom '63 Remixed – Eine Jubiläumsfeier	36
Vom Trauma zum Vertrauen – Abrüstungspolitik in Israel	37
Adressen Auslandsbüros	38
GEFÖRDERTE PROJEKTE	40

DAS STUDIENWERK	50
Materielle und ideelle Ermöglichung zum Andersdenken	50
Förderverlauf und Verbleib der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung	50
Interview mit der Vertrauensdozentin Stefania Maffei	53
Vertrauensdozentinnen und -dozenten	54
POLITISCHE KOMMUNIKATION	56
«Soziale Netzwerke bieten viele positive Aspekte» – Interview mit Patrick Stary	57
Die Reihe «luxemburg argumente»	58
Individualisierung von Armut und Reichtum – Eine Studie	58
Ausgewählte Publikationen	59
ARCHIV UND BIBLIOTHEK	60
Dokumentations- und Sammlungsprofil	60
Tageskolloquium «Die PDS als Forschungsgegenstand»	61
BERICHTE AUS DER STIFTUNG	62
Dank an Jochen Weichold	62
Die Harald-Breuer-Stiftung 2013	63
«In Freundlichkeit» Heym gedacht	64
Aus der Spur? – Zum Tod von Erik Neutsch	65
Die Erik-Neutsch-Stiftung 2013	65
Aufbruch am Taksim-Platz	66
Treuhandstiftungen	66
Koevolution der Moderne: Karl-Marx-Allee und Interbau 1957	67
PERSONALENTWICKLUNG	68
GREMIEN	70
Mitgliederversammlung: Auf dem Weg zur «linken Denkfabrik»?	70
Mitglieder der Stiftung	71
Mitglieder des Vorstands	72
Vorstand: Das Stiftungsprofil schärfen	73
Wissenschaftlicher Beirat	73
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats	74
Gesprächskreise: «Thematisch vielseitig und offen»	75
ORGANIGRAMM	76
STIFTUNGSHAUSHALT	78
BILDNACHWEISE/IMPRESSUM	84

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,
der Ausgang der Bundestagswahlen 2013 hatte auch auf die politischen Stiftungen Auswirkungen. Schließlich verkörpern sie im Sinne des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1986 politische Grundströmungen in der Gesellschaft, die ihren Ausdruck in längerfristig etablierten Parteien und Fraktionen im Deutschen Bundestag finden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bezieht sich auf eine demokratisch-sozialistische Grundströmung, deren parlamentarischer Ausdruck die Partei DIE LINKE mit ihren 8,6 Prozent und 64 Mandaten im Deutschen Bundestag ist.

Mit dem erneuten Einzug der LINKEN in den Bundestag und ihrer erstmaligen Rolle als größte Oppositionskraft ist die Langfristigkeit eindrucksvoll unterstrichen worden, die die Grundlage auch für die Existenz einer politischen Stiftung bildet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung kann ihre nunmehr fast 24-jährige Arbeit, die seit 1999 auch mit Bundesmitteln gefördert wird, mit einer langen zeitlichen Perspektive fortführen. Das erlaubt ihr, nicht kurzatmig politisch-medialen Konjunkturen zu folgen, sondern kontinuierlich Themen zu bearbeiten, Kontakte und Netzwerke auszubauen und zu vertiefen. Es verpflichtet sie aber auch, nach Jahren des ständigen finanziellen, personellen und thematischen Wachstums seit 2006 und besonders zwischen 2011 und 2013 jetzt eine Systematisierung, Konsolidierung und auch Konzentration in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht vorzunehmen. Dazu gehört eine mittelfristig stärkere Fokussierung auf Themen wie die sozialökologische Transformation, die internationalistische Politik und ein Demokratieverständnis, das Gleichheit und Demokratie umfassend und untrennbar verknüpft.

Sinkende Wahlbeteiligungen und punktuell starke Proteste, die aber nur selten zu nachhaltig wirkenden Bewegungen werden, spielen sich vor dem Hintergrund langfristiger Trends ab: einer wachsenden sozialen Spaltung auch der deutschen Gesellschaft, die sich zunehmend in einer deutlich auseinanderklaffenden Beteiligung an Wahlen und Volksentscheiden niederschlägt; der fortschreitenden Digitalisierung, die sich im politischen Gestaltungs- und Teilhabeprozess erst ansatzweise ausdrückt; schließlich eines Macht- und Gestaltungsverlustes demokratisch legitimierter Parlamente und Gremien nach langen Jahren, ja Jahrzehnten einer Marktradikalisierung und Deregulierung.

Eine Stiftung wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung kann durch Analysetätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit Probleme ansprechen und Problemlösungsvorschläge unterbreiten. Und sie will verstärkt versuchen, auch Menschen anzusprechen, die sich aus dem politischen Prozess zurückziehen oder von ihm ausgeschlossen sind. In diesem Sinne ist für die Rosa-Luxemburg-Stiftung klar, dass ohne soziale und ökonomische Gleichheit und Gestaltungsmacht Demokratie nicht möglich ist.

Bei den Europawahlen 2014, die vor dem historischen Hinter-



Dagmar Enkelmann und Florian Weis

grund des Erinnerns an 100 Jahre Ersten und 75 Jahre Zweiten Weltkrieg stattfinden, traten verschiedene rechts- und nationalpopulistische sowie offen faschistische Parteien an, die in den letzten Jahren spürbar stärker geworden sind. Vieles unterscheidet zwar die britische United Kingdom Independence Partei und die Alternative für Deutschland vom französischen Front National und diesen wiederum von der griechischen Goldenen Morgenröte. Gleichwohl gibt es eine Reihe von gleichen oder ähnlichen Ressentiments dieser Gruppierungen und von sozialen und politischen Rahmenbedingungen in einem nach wie vor krisenhaften Europa, die ihre Erfolge begünstigen. So ist der rasche Aufstieg der Goldenen Morgenröte in Griechenland ohne die drastische Austeritätspolitik der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds und die damit einhergehende Zerstörung sozialer und demokratischer Strukturen nicht denkbar, wenn auch damit nicht ausreichend erklärt, denn die Gründe für die verbreitete Existenz von Rassismus und Faschismus sind zu meist vielschichtig.

Nationalismus und Rassismus nehmen seit Ausbruch der Euro-Krise in großen Teilen des Kontinents zu. Auch wenn die ökonomische Krise in der Bundesrepublik weit weniger gravierende Folgen hat als im Süden Europas, ist auch hier ein Anstieg von wohlstandschauvinistischen Einstellungen zu verzeichnen. Die NPD versucht, aus ihrer isolierten Situation durch die von ihr vielfach gesteuerten Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte herauszukommen, wenngleich bislang erfreulicherweise und dank eines breiten Widerstandes mit mäßigem Erfolg. Mit der Alternative für Deutschland ist eine Partei entstanden, in der sich marktradikale Euro-Gegner bis hin zu nationalpopulistischen Kräften sammeln. Die «Sarrazin-Debatte» ebenso wie die Diskussionen um die «Pleite-Griechen» zeigen, wie versucht wird, soziale Fragen zunehmend zu ethnisieren und die Ursachen der Wirtschaftskrise zu kulturalisieren – und stoßen dabei durchaus auf Resonanz in der Mitte der Gesellschaft. Vor allem bei den Themen Migration, Islam und Europa bestehen Verbindungslinien zwischen sehr konservativen und neonazistischen Argumentationsmustern.

Freilich gibt es auch bedeutende Unterschiede etwa in Bezug auf andere als migrantische Minderheiten, die Haltung zum Antisemitismus und auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Nicht zuletzt die rassistische Mordserie des sogenannten Nationalistischen Untergrunds (NSU) hat gezeigt, welches mörderische Potenzial in der militanten Naziszene existiert. Und sie hat ein Ausmaß von Staatsversagen gezeigt, das seinesgleichen sucht. Die Konsequenz aus rassistischen Ermittlungen, Verstrickungen von V-Leuten und behördlichem Fehlverhalten muss sein, dass die Beobachtung und Bekämpfung der Naziszene weiterhin zentrale Aufgaben einer demokratischen Gesellschaft bleiben. Der NSU-Komplex zeigt aber auch, wie wichtig es ist, die Perspektive der Opfer rassistischer Gewalt und rassistischer Morde ernst zu nehmen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzt sich für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander ein. Vor diesem Hintergrund hat sie sich im vergangenen Jahr mit zahlreichen Aktivitäten diesen Themen gewidmet.

Politische Stiftungen spüren die Wirkung internationaler Krisen und Umbrüche schnell und direkt. Auslandsbüros und Kooperationspartner sind betroffen, die Nachfrage nach Analysen und Referentinnen im Inland steigt, mitunter nehmen auch die Sondermittel der finanzierenden Ministerien zu. Dies war der Fall in Nordafrika nach dem «arabischen Frühling», gilt ähnlich für den (Bürger-)Krieg in Syrien und wiederholt sich in der Ukraine, wo es auch darum gehen wird, sich intensiv mit der jetzigen Entwicklung zu beschäftigen, ohne vorschnelle oder einseitige Urteile zu fällen.

Zur politischen Bildungsarbeit, zur systematischen Weiterbildung im Inland ebenso wie der vielfältigen Veranstaltungstätigkeit, zur analytischen und forschungsnahen Tätigkeit, zur Kooperation mit Studierenden, Promovierenden und an der Hochschule Lehrenden, zur archivarischen Funktion und nicht zuletzt zur Publikationstätigkeit der Stiftung finden sich in diesem Bericht ausgewählte Beispiele. Mit auch im Jahr 2013 annähernd 2.500 Veranstaltungen in der Bundesrepublik, die von fast 100.000 Menschen besucht und auch mitgestaltet wurden, ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung stolz darauf, wirklich bundesweit tätig zu sein. Ohne die Arbeit unserer Landesstiftungen und Regionalbüros, ohne die ehrenamtliche Tätigkeit in den Landesstiftungen, Gesprächs- und Arbeitskreisen, ohne die Arbeit der Vertrauensdozentinnen und -dozenten und nicht zuletzt der Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung wäre dies ebenso wenig möglich wie ohne das Engagement der Beschäftigten der Stiftung in Berlin, in 13 Regional- und allen Auslandsbüros, darunter auch und gerade derjenigen, die im Hintergrund die Dienstleistungsfunktionen der Stiftung sichern. Bei ihnen allen möchten wir uns sehr herzlich bedanken.

DR. DAGMAR ENKELMANN
Vorsitzende des Vorstandes

DR. FLORIAN WEIS
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

SCHWERPUNKT: RECHTSRUCK IN EUROPA

EINE HERAUSFORDERUNG (NICHT NUR) FÜR DIE LINKE

Eine Gefahr geht um in Europa, so will es scheinen: In vielen Ländern des Kontinents gibt es Parteien, Bewegungen und Kampagnen, die unter dem Schlagwort «Rechtsentwicklung» rubriziert werden. Die Analyse dessen, was der «europäische Rechtsruck» sein könnte, verfällt häufig in endlose Aufzählungen von Namen, Zahlen, Bezügen, Parteigründungen, Auf- und Abstiegen von Protagonistinnen und Protagonisten und ihren zum Teil sehr kurzlebigen rechten Splittergruppen. Was die Begriffe Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Neonazismus, Neofaschismus, völkischer Nationalismus – europaweit – bedeuten, bleibt dabei oft unklar und erschwert nicht nur der gesellschaftlichen und politischen Linken im transnationalen Dialog ein gemeinsames Vorgehen. Zusammengefasst wird vom SS-Veteranentreffen in Litauen, Geert Wilders' «Partei für die Freiheit» in den Niederlanden, den Neonazis von der Goldenen Morgenröte in Griechenland bis hin zur nationalistischen und rassistischen Spießerpartei SVP des Schweizer Millionärs Christoph Blocher das Spektrum dessen, was es zu analysieren gälte.

Was unklar bleibt, sind Fragen wie die, ob der oft differenzlos und grenzüberschreitend verwendete Begriff des «Populismus» Politikerinnen und Politiker wie Silvio Berlusconi umfasst? Oder wäre es besser, von «Neofaschismus» oder «korrupter Oligarchie» zu sprechen? Lässt sich die ungarische Regierungspartei Fidesz wirklich als «konservativ» bezeichnen, wenn schon der Begriff «rechtspopulistisch» nicht hinreichend ihren offen völkisch-nationalistischen oder gar (krypto-)faschistischen Charakter beschreibt? Was ist mit Frank Stronach in Österreich, der Nea Dimokratia in Griechenland, der United Kingdom Independence Party (UKIP) in Großbritannien oder der ukrainischen Svoboda? Die Analyse ethnozentrischer, isolationistischer, ultrakonservativer, einwanderungsfeindlicher, rassistischer, antisemitischer, sexistischer und/oder homophober Positionen in den Kampagnen und Wahlprogrammen von verschiedenen Akteuren ist eine bleibende Herausforderung für das Dreieck aus politischen Parteien, antirassistischen und antifaschistischen Spektren sowie der Wissenschaft.

Dies ist auch vor dem Hintergrund von bestimmten Entwicklungen im Inland von Interesse. Neben den immer wieder aufkochenden Debatten um ein NPD-Verbot und den nach wie vor erschreckenden Aufdeckungen staatlicher Verstrickungen in die Aktivitäten des rechtsterroristischen «Nationalsozialistischen Untergrunds» (NSU) – insbesondere der Gesprächskreis «Rechts» der Rosa-Luxemburg-Stiftung stand 2013 ganz im Bann des beginnenden NSU-Prozesses vor dem Oberlandesgericht in München – tritt mit der Alternative für Deutsch-

land (AfD) eine Partei auf den Plan, die in der Lage zu sein scheint, die «rechtspopulistische Lücke» hierzulande nach einzelnen Erfolgen anderer Parteien auf Landesebene auch auf Bundesebene zu füllen.

RECHTS, WO DIE MITTE IST

Die Inszenierung als Tabubrecherin, mit der die AfD versucht, in verschiedenen politischen Lagern zu punkten, zeichnete bis zu ihrem Aufkommen ganz andere Akteure und ihre «Debattebeiträge» aus: von den «Thesen» des Thilo Sarrazin bis hin zu Alice Schwarzer, die in einem Buch aus Sorge um die «in den letzten 200 Jahren so mühsam und blutig erkämpften Menschenrechte im Westen» ein «Unbehagen» gegenüber «dem Islam» verspürt. Explizit demokratische Meinungsbildnerinnen und Medien wie die *Bild*-Zeitung oder das Wochenblatt *Der Spiegel* erfüllten mit ihrer Berichterstattung die Funktion, die sonst von Parteien aus dem «rechten» Spektrum übernommen wird. Nicht nur in den Debatten um rassistische Sprache in Kinderbüchern, Blackfacing auf deutschen Theaterbühnen und die Praktiken des «Racial Profiling» – verdachtsunabhängige Kontrollen aufgrund der Hautfarbe –, sondern gerade

auch in dem diffusen «Unbehagen», das im Zusammenhang mit «den Muslimen» beliebig geäußert wird, werden Ideologien der Menschenfeindlichkeit im Alltag vieler Menschen auf vermeintlich unverdächtige Art relevant. Von den katholisch-konservativen Mobilisierungen gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Frankreich, die mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße brachten, und dem russischen Gesetz gegen «Homosexuellen-Propaganda» aus dem Sommer 2013 bis hin zu Debatten über «Armutseinwanderung» aus Bulgarien und Rumänien, die vor allem auf die Roma-Bevölkerungen aus diesen Ländern zielten, versuchen traditionelle christdemokratische und zum Teil auch sozialdemokratische Parteien, solche Spektren an sich zu binden. Aus dem deutschen Kontext sind hier Formulierungen wie «Wer betrügt, der fliegt» (Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer) zu nennen. Im Vorfeld der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes auch für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2014 hatte die CSU eine Kampagne lanciert, die kaum verstellt auf rassistische Stereotype gegen Roma setzte, nachdem vorher schon aus dem Unionsspektrum die Forderung aufgeworfen worden war, die Länder des westlichen Balkan (Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina) zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Die Umsetzung der En-

Rassismus, Antisemitismus und Chauvinismus nehmen überall in Europa zu – bleiben aber nicht unwidersprochen: Proteste in den Niederlanden gegen den Rechtspopulisten Geert Wilders



de April 2014 im Kabinett beschlossenen Regelungen wird es vor allem den dort verfolgten Roma in Zukunft quasi unmöglich machen, Asyl in der Bundesrepublik zu beantragen – bzw. die Asyl-Antragsprozedur auf ein Schnellverfahren reduzieren.

DAS NEUE EU-ASYLPAKET

Mit der Verabschiedung des neuen Asylpakets auf EU-Ebene im Sommer 2013 und den anschließenden Diskussionen hat sich ein weiteres Debattenfeld eröffnet, das in allen Bundesländern zu Konflikten führte. Zum einen sorgte der selbstbewusste Protest von Asylsuchenden und Geduldeten, der sich seit dem Jahr 2012 erfolgreich behaupten konnte, an vielen Orten in der Bundesrepublik für Schlagzeilen und – insbesondere im Fall von «Lampedusa in Hamburg» – auch für sehr breite Solidarierungen. Zum anderen riefen im Mittelmeer gekenterte Boote mit Hunderten von Toten ein so großes Medienecho hervor wie lange nicht mehr. Entgegen den Forderungen, die Lagerunterbringung und die Residenzpflicht abzuschaffen und die Abschiebungen zu stoppen, führte vor allem die Unterbringungsfrage zu teilweise gewalttätigen Ausschreitungen gegen Asylsuchende und die wegen der wieder steigenden Asyl-Antragszahlen oft neu eröffneten bzw. in ihren Kapazitäten ausgebauten Aufnahmeeinrichtungen. Nicht nur bei den Treffen des Gesprächskreises Migration der Rosa-Luxemburg-Stiftung berichteten Aktivistinnen und Aktivisten aus mehreren Bundesländern von einem Austausch zwischen vermeintlich lokalen Initiativen gegen Sammelunterkünfte, die womöglich sogar zentral gesteuert werden (identische Wortwahl, Auswahl von Bildern auf Facebook-Mobilisierungsseiten etc.). In vielen Orten erinnern die Zustände an die frühen 1990er Jahre: Vor genau 20 Jahren waren gewalttätige Ausschreitungen in West- wie in Ostdeutschland in ein Problem mit Asylsuchenden umgedeutet und war mit dem «Asylkompromiss» – 1993 von den Unionsparteien, der FPD und der damals oppositionellen SPD beschlossen – das Asylrecht faktisch abgeschafft worden.

Nicht nur zu diesem Jahrestag ist die Situation der Asylsuchenden/Geduldeten in zahlreichen Veranstaltungen und Stiftungspublikationen in den Kontext der Themenfelder Arbeit, Gender, Diskriminierung, Rassismus und Neonazismus gerückt worden. Publikationen wie der neunte Band der kommunalpolitischen Reihe «Crashkurs Kommune», ein Heft in der Reihe «luxemburg argumente» sowie Diskussionsveranstaltungen und Workshops, Gesprächskreistreffen und extern geförderte Projekte befassten sich mit den individuellen, institutionellen und strukturellen Ebenen des Ausschlusses von Migrantinnen und Migranten allgemein, vor allem aber auch von Asylsuchenden und Geduldeten im Besonderen. Im Gesprächskreis Migration ist eine Seminarreihe konzipiert worden, die im Jahr 2014 insbesondere Abgeordneten die Möglichkeit zur Weiterbildung geben soll (Fluchtgründe; Zahlen, Gesetze und Übereinkommen; Fakten; Argumentationsstrategien; Fragen der Zusammenarbeit mit migrantischen Selbstorganisationen).



Nicht nur in Hamburg protestierten 2013 Flüchtlinge gegen ihre Lebensbedingungen

NSU UND DIE FOLGEN

In den Jahren 2000 bis 2007 hat der «Nationalsozialistische Untergrund» einem 2011 aufgetauchten Bekennervideo zufolge neun Männer mit türkischem, kurdischem und griechischem Hintergrund aus rassistischen Motiven sowie die Polizistin Michèle Kiesewetter ermordet. Seit Anfang Mai 2013 wird in München vor der 6. Strafkammer des Oberlandesgerichts der sogenannte NSU-Komplex verhandelt. Vor Gericht stehen Beate Zschäpe, die einzige Überlebende der sogenannten Zwickauer Terrorzelle, sowie deren mutmaßliche Komplizen und Helfer Ralf Wohlleben, André E., Carsten S. und Holger G. Der Stiftungsreferent für das Themengebiet «Neonazismus und Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit», Friedrich Burschel, ist seit Prozessbeginn bei Gericht akkreditiert und berichtet seitdem regelmäßig in Stiftungs- und anderen Publikationen über den Fortgang der Verhandlung. Die Fragen, ob, was und inwieweit sich im Zuge eines staatlichen Prozesses gegen systematisch geduldetes Fehlverhalten von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden «aufarbeiten» lässt, steht im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Institutionen beim Online-Projekt NSU-Watch. Der Berichterstattung von Radio LOTTE Weimar, wo Burschel freiberuflich arbeitet, haben sich über 20 weitere Bürgermedien und Offene TV-Projekte angeschlossen, die die Berichte aus München in ihre Sendungen übernehmen.



Gedenken an Abdurrahim Özüdoğru, der am 13. Juni 2001 in Nürnberg erschossen wurde

Insbesondere der Umgang mit den NSU-Mordopfern Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat und der Umgang mit ihren Hinterbliebenen sorgten zum ersten Mal für eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage, wie eine Erinnerungs- und Gedenkpolitik aussehen kann, die die Perspektive der Opfer rassistischer Gewalt und rassistischer Morde in sich aufnimmt und eine gesellschaftliche Verortung individueller Leiderfahrung vornimmt. Das «antifaschistische Schweigen» – die Lähmung und Ratlosigkeit nach der Aufdeckung der NSU-Mord- und Bombenanschläge – bis weit ins linke Spektrum hinein erfordert eine Trauer, die sich «nicht mit einem Kampf um einen Ort in dieser Gesellschaft, um eine Aneignung von Geschichte, um eine Aushandlung des Diskurses vermischt», so Deniz Utlü im Standpunkte-Papier der Stiftung «Für Trauer und Zorn».

Hintergrund des spektakulären, auf zweieinhalb Jahre angesetzten Verfahrens ist der wohl größte Geheimdienstskandal der bundesrepublikanischen Geschichte: Seit die als Haupttäter Verdächtigen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 4. November 2011 nach einem Banküberfall in Eisenach zu Tode kamen, wurde nach und nach offenbar, wie stark Inlandsgeheimdienste, Kriminalämter und andere Behörden – unter anderem über ein engmaschiges Informantennetz, die sogenannten V-Leute – in die zehnjährige Geschichte des NSU verwickelt sind und welche haarsträubenden Rassismen und

Unterlassungen behördlicherseits über anderthalb Jahrzehnte verhinderten, dass Licht ins Dunkel der Mord-, Raub- und Anschlagsserie kam. Um diese schockierenden Enthüllungen kümmerten sich unterdessen vier Parlamentarische Untersuchungsausschüsse (im Bundestag sowie in den Landtagen von Thüringen, Sachsen und Bayern). Auch seit dem Ende der NSU vergeht kaum ein Monat, in dem nicht neue Skandale bezüglich der Behördenverstrickung ans Tageslicht kommen: Akten wurden vernichtet oder tauchten erst peu à peu auf, Beamte sagten als Zeuginnen bzw. Zeugen falsch oder unvollständig aus, Ignoranz und Unwissenheit wurden offenbar ebenso wie bisher nicht vorstellbare Machenschaften der «Verfassungsschutz» genannten Inlandsgeheimdienste im Dunstkreis von Rechtsterrorismus und Naziszene. Von Anfang an versuchten die Verteidigung ebenso wie die rund 50 Nebenklagevertreterinnen und -vertreter in seltener Einmütigkeit der Frage nachzugehen, wie viel Staat im NSU zu vermuten und zu finden ist. Für die Hinterbliebenen der Ermordeten hat der Prozess eine enorme psychologische Bedeutung, denn über zehn Jahre waren sie von den deutschen Behörden als Hauptverdächtige geführt, rassistisch gedemütigt und die brutalen Exekutionen als «Dönermorde» im «migrantischen Milieu» bezeichnet worden. Für sie muss die Aufarbeitung dessen, was wirklich geschah, ein Akt der Erlösung und Genugtuung sein. Für die Verteidigung stehen bei diesen Fragen eher mildernde Umstände für die Angeklagten im Vordergrund, denn je mehr Staat sich im Mordgeschehen nachweisen ließe, so ihr Kalkül, desto weniger hart können die Angeklagten verurteilt werden.

Exemplarisch sei zu dieser Thematik auf die beiden Bücher «Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen» und «Made in Thüringen» verwiesen, die das Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bodo Ramelow, herausgegeben hat. Einer der Nebenklagevertreter nahm auch an der Diskussion im Rahmen des Gesprächskreises «Rechts» in München am 4. Mai 2013, zwei Tage vor Prozessbeginn, teil. Mit NSU-Watch wurde im Dezember, ebenfalls in München, die Konferenz und eine öffentliche Abendveranstaltung mit internationalen Gästen ausgerichtet: «A Glance from the Outside».

Die Gefahr, die in der Bundesrepublik wie in anderen Ländern des Kontinents umgeht, ist nicht bloß eine Verschärfung rassistischer, antisemitischer oder chauvinistischer Diskurse und auch nicht nur eine Ausweitung oder Radikalisierung des Akteurspektrums aufseiten der Rechten. Auf nationalstaatlicher Ebene wie auf der Ebene der 28 EU-Mitgliedsstaaten wird ausgehandelt, wer und was dazugehört – und was ausgeschlossen wird. Menschenfeindliche Diskurse im Inland stehen deswegen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Diskursen um verschiedene Optionen für eine EU-Integration und globale/transnationale Verhältnisse entlang von Zugang zu Ressourcen, Arbeitsteilungen und Handelswegen. Wenn sich die bestehenden Krisen irgendwie zum Besseren wenden lassen, dann auf die Weise, dass daraus eine antifaschistische, antirassistische und insgesamt menschenfreundliche EU entstünde, die im Dienst weltweiter Gerechtigkeit steht.

«MAN KOMMT AUS DEM STAUNEN UND ENTSETZEN NICHT HERAUS»

INTERVIEW MIT FRIEDRICH BURSCHEL

Friedrich Burschel ist Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den Bereich Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit. Er beobachtet von Beginn an den NSU-Prozess in München.

Warum berichtest du für die Stiftung vom NSU-Prozess?

Burschel: Es liegt auf der Hand, dass der Fachreferent der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema sich um den ganzen NSU-Komplex, inklusive Prozess, kümmert. Schließlich gilt es, aus dem behördlichen Desaster, was institutionellen Rassismus angeht, aus dem gesellschaftlichen Bankrott, was den «alltäglichen» und allgegenwärtigen Rassismus betrifft, und aus der immens gefährlichen Rolle nicht nur der Inlandsgeheimdienste entsprechende politische Konsequenzen herauszuarbeiten, diese einzufordern und sie als Herausforderung für die linke gesellschaftliche Strömung und der politischen Bildung zu betrachten.

Die Berichterstattung ist sehr zeitaufwendig, inwieweit erhältst du von der Stiftung Unterstützung?

Burschel: Mein Leben hat sich seither sehr verändert, und nur mit der ausdrücklichen Unterstützung meines Arbeitgebers ist es mir möglich geworden, fast wöchentlich nach München zum Prozess zu fahren. Bisweilen kommt das einer Drittel-Freistellung für das NSU-Thema gleich, und die nicht unerheblichen Reisekosten federt die Stiftung in dieser ungewöhnlichen Konstellation ebenfalls ab.

Wie erlebst du den Prozess?

Burschel: Der Prozess ist der helle Wahnsinn: Es werden so viele unfassbare Details dort verhandelt, dass man aus dem Staunen und dem Entsetzen nicht herauskommt. Mehr als 300.000 Seiten Ermittlungsakten, fast 500 Seiten Anklageschrift, 600 geladene Zeuginnen und Zeugen, und nach bereits 85 Verhandlungstagen sind weitere 110 Prozesstage bis Ende 2014 terminiert, wiewohl nicht klar ist, ob das Verfahren bis dahin abgeschlossen ist.

Wie verhalten sich die Angehörigen der Opfer im Prozess?

Burschel: Für die Angehörigen hält der Prozess jede Menge Zumutungen bereit. Am schlimmsten ist vermutlich die Ungerührtheit, ja Unbekümmertheit der Hauptangeklagten Beate Zschäpe. Sie spreizt sich kokett im Gerichtssaal, genießt die Aufmerksamkeit und flirtet heiter und aufgekratzt mit ihrem Anwalt, als ginge es hier um einen Eierdiebstahl und nicht um zehn Morde, mindestens drei verheerende Sprengstoffanschläge und noch 15 Raub- und Banküberfälle. Auch zweifelte ich daran, dass die Angehörigen mit dem Prozess bekommen, was sie sich wünschen: lückenlose Aufklärung dessen, was da wirklich passiert ist, und inwieweit der Staat da seine Finger drin hatte.



Decke des Sitzungssaals im Münchner Justizzentrum, wo der NSU-Prozess stattfindet

Was hat dich bis jetzt am meisten berührt?

Burschel: Wenn die Opferzeugen und Angehörigen als Zeugen gehört werden und von ihrem Leid, von den Folgen der brutalen Morde, von ihrer Demütigung durch die Behörden und von existenziellen Problemen berichten, geht einem das durch und durch. Zum Teil richten sie das Wort direkt an die Angeklagte Beate Zschäpe, die wie unbeteiligt wirkt. Das sind die bedrückendsten Momente im Verfahren. – Überrascht hat mich sehr, dass die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien auch nach 85 Verhandlungstagen nicht abnimmt.

Wie fließen diese Erfahrungen in deine Bildungsarbeit für die Stiftung ein?

Burschel: Ich halte unzählige Vorträge überall im Land. Die Veranstaltungen sind meist voll, und die Leute hören einem mit ungeheurer Aufmerksamkeit zu. Man merkt, wie ernst die Menschen das Geschehen nehmen, wie verunsichert sie von den haarsträubenden Enthüllungen und kaum fassbaren Ungereimtheiten sind und wie sehr ihnen die Bedeutung dessen, was hier geschieht, klar ist. Ich versuche, wo ich kann, mich aus kritischer linker Perspektive zum Thema zu äußern, zu publizieren, Bildungsmaterial zu konzipieren und – was vielleicht meine wichtigste Funktion in diesem Zusammenhang sein mag – Räume und Rahmen anzubieten, in denen sich linke Expertise, Aktivistinnen und Aktivisten, internationale Gäste und kritische Juristinnen und Wissenschaftler zusammenfinden können, um sich weiter strategische Gedanken zum Umgang mit dem NSU und den Folgen zu machen.

.....
Aktuelle Informationen und alle Berichte von Friedrich Burschel zum NSU-Prozess sind zu finden im Bereich NSU-Komplex des Stiftungs-Blogs: <http://antifra.blog.rosalux.de>.
.....



Anhänger der neonazistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) während einer Kundgebung in Athen

AUFSTIEG DER NATIONALSOZIALISTEN IN GRIECHENLAND

VORTRAGSREISE VON DIMITRIS PSARRAS

«Welche Verbindungen hat die griechische Naziartei Goldene Morgenröte nach Deutschland?» Bei allen drei Veranstaltungen, die das Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Verbindungsbüro Athen in Kooperation mit den Landesstiftungen in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg im Oktober 2013 unter dem Titel «Neonazistische Mobilmachung in Griechenland» organisierte, wurde diese Frage aus dem Publikum gestellt. Die Antwort gab Dimitris Psarras, investigativer Journalist und Redakteur der genossenschaftlich herausgegebenen *Zeitung der Redakteure* aus Athen. Anlass der Vortragsreise nach Frankfurt am Main, Nürnberg und Stuttgart war seine in der Reihe «Analysen» der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichte Broschüre über die Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi).

Psarras Antwort an das Publikum aus jungen und alten Antifas, Deutschen und Griechinnen fiel dreiteilig aus: Aktuell bietet der von der deutschen Regierung in den letzten Jahren über die europäischen Institutionen vorangetriebene sozialpolitische Kahlschlag in Griechenland einen wichtigen Nährboden für die Chrysi Avgi. Organisationspolitisch hat die Goldene Morgenröte gute Kontakte zur NPD und insbesondere zur Neonazi-Kameradschaft «Freies Netz Süd» und versuchte – allerdings vergeblich –, eine Parteizelle in Nürnberg aufzubauen. Historisch verherrlicht sie die deutsche Besatzungszeit in Griechenland, die Kollaboration.

Die Partei Goldene Morgenröte, die bei den Parlamentswahlen im Jahr 2012 6,9 Prozent der Stimmen erhielt, lässt sich für Dimitris Psarras weder als rechtspopulistisches Phänomen abtun, noch reiche das Label «faschistisch» zur Charakterisierung aus. Bei der Goldenen Morgenröte handele es sich um eine waschechte nationalsozialistische Partei, die sich ideologisch hauptsächlich auf Hitlers «Mein Kampf», die Werke des Naziideologen Alfred Rosenberg und auf NS-Propagandami-

nister Joseph Goebbels bezieht. In diesem Sinne ist politische Gewalt gegen Eingewanderte und Linke nicht nur ein politisches Mittel, sondern Existenzzweck dieser Partei.

Zwar fristete die Chrysi Avgi seit ihrer Gründung im Jahr 1985 bis zur Entfaltung der Euro-Krise ein politisches Schattendasein, doch hatte sie von Anfang an hervorragende Verbindungen in den «tiefen Staat», das heißt in rechte Strukturen bei Polizei, Militär, Justiz und Kirche. Investigative Recherchen können zudem belegen, dass einige Angehörige der in Griechenland mächtigen Gruppe der superreichen Reeder zu den Finanziers der Chrysi Avgi gehören.

Der rasche Aufstieg der Goldenen Morgenröte ist ohne die drastische Austeritätspolitik der Troika (EU-Kommission, EZB, IWF) und die damit einhergehende Zerstörung sozialer und demokratischer Strukturen nicht denkbar. Gleichzeitig ebneten ihr die etablierten Parteien – die sozialdemokratische PASOK und die konservative Nea Dimokratia – den Weg, indem sie 2011/12 mit der faschistischen LAOS-Partei koalitierten und die Hetze der Chrysi Avgi gegen Migrantinnen und Migranten in ihren Diskurs partiell übernahmen. Obwohl die Kontakte der Goldenen Morgenröte in Teile des Staatsapparates und der Nea Dimokratia sehr gut sind, geht Psarras davon aus, dass die aktuelle juristische Verfolgung ihrer Führungsspitze ernst gemeint ist. Und zwar deshalb, weil die Nea Dimokratia ihre Hegemonie im rechten Lager bedroht sieht. Mehr Sicherheit und Schutz für Migrantinnen und Linke in ihrem Alltag vor den Schlägertrupps der Partei bedeutet das allerdings nicht.

Wenige Wochen vor der Vortragsreise von Dimitris Psarras war in Athen der junge Antifaschist, Metallarbeiter und Rapper Pavlos Fyssas von Mitgliedern der Goldenen Morgenröte erstochen worden. Psarras berichtete von den darauffolgenden erfolgreichen antifaschistischen Mobilisierungen und ermunterte dazu, Kontakte zwischen deutschen und griechischen Aktivistinnen und Aktivisten zu knüpfen, um sich über Strategien auszutauschen, wie diese nazistische Partei am besten zu bekämpfen ist.

.....
«Leben als Geächtete – Homosexuell in Russland», so lautete der Titel einer Veranstaltung im Juni 2013 im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Weitere Informationen unter: www.rosalux.de/documentation/48689.
.....



Im Zentrum von St. Petersburg wird ein LGBT-Aktivist im Juni 2013 angegriffen

OSTEUROPAS HOMOSEXUELLE IM VISIER VON DEMAGOGEN UND RECHTSRADIKALEN

Auch wenn in Osteuropa Menschen wegen ihrer Homosexualität strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden, gehören Ausgrenzung und Diskriminierung nach wie vor zu ihren Alltagserfahrungen.

Es sind schwer zu ertragende Szenen, die in russischen Sozialen Netzwerken kursieren: Junge, meist rechtsradikale Männer stellen Schwulen nach, um sie zu demütigen und zu drangsalieren. Die Videoclips mit den Torturen stellen die Täter dann ins Internet. Sie sind nur wenige, doch sie erreichen ein großes Publikum. Und sie glauben, dass sie mittlerweile auch eine Art staatlicher Legitimation hätten, um diese Gewalt auszuüben. Schließlich gibt es das Gesetz gegen «Homo-Propaganda», demzufolge es verboten ist, in Anwesenheit von unter 18-Jährigen (!) auch nur anzudeuten, homosexuelle Beziehungen seien etwas Normales. Das Gesetz hat, wie von vielen befürchtet, den Schwulenhass in Russland neu befeuert.

Organisationen, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) einsetzen, sehen sich in Russland noch mit einem weiteren Gesetz konfrontiert, das besagt, dass Organisationen, die Geld von ausländischen Gebern erhalten und sich «politisch» betätigen, den Titel «Ausländischer Agent» tragen müssen. LGBT-Organisationen sind in der Regel auf finanzielle Unterstützung aus dem Ausland angewiesen, und schnell kann deren Engagement als «politische Betätigung» gewertet werden. Interessierte Kräfte schüren den Eindruck, es handele sich bei LGBT-Aktivist_innen um eine vom Westen finanzierte «5. Kolonne», die dem Land etwas aufzwingen wolle, das dortigen gesellschaftlichen Traditionen und Werten widerspreche.

Das steht ganz im Einklang mit den verstärkten Anstrengungen, die einflussreiche Ideologen und politisch Verantwortliche in den letzten Jahren unternommen haben, um durch explizite Abgrenzung zum «dekadenten», «verweichlichten» Westen, der an seiner Toleranz, seinem Liberalismus und sei-

ner Obsession für Political Correctness zugrunde gehen werde, eine verloren geglaubte russische zivilisatorische Identität wiederherzustellen. Ein solcher Kurs erlaubt es, von den derzeitigen realen Problemen abzulenken und die politische Opposition mit einer «internationalen Schwulen-Lobby» in Verbindung zu bringen.

Welche Blüten die Instrumentalisierung des LGBT-Themas treibt, um Menschen und deren politische Anliegen zu diskreditieren, war in der Ukraine zu sehen: Obskure NGOs ließen Gegner der EU-Annäherung des Landes gegen «Gayropa» und «Eurosodom» statt für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrieren, in Kiew wurde großflächig plakatiert, dass demnächst die Homo-Ehe «endlich» auch in der Ukraine eingeführt werde, und zum Kiewer Maidan ließ eine bis dahin unbekannte NGO einige Busse fahren, denen junge Männer mit Perücken entstiegen, um «LGBT-Rechte» einzufordern. Die Ideengeber dieser Aktionen sind sich mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im russischen Parlament einig: Im Fall einer EU-Assoziierung würden «statt Siegesparaden in Kiew Homosexuellenparaden abgehalten werden».

Osteuropas Schwule und Lesben brauchen unsere Solidarität. Die Kooperation mit Partnern in Russland ist durch die dortige offizielle Politik zwar erschwert worden, aber weiterhin möglich, wenn adäquate Formen für gemeinsame Projekte gefunden werden. So arbeitete die Rosa-Luxemburg-Stiftung im vergangenen Jahr erstmals mit dem renommierten Petersburger Zentrum für unabhängige soziologische Studien im Bereich Queer und Gender Studies zusammen. Unkomplizierter gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Partnern in Polen. Veranstaltungen der NGO «Kampagne gegen Homophobie», die im Rahmen der «Akademie engagierter Eltern» von Schwulen und Lesben stattfanden, führten zu einer öffentlichen Plakataktion, die für großes Aufsehen sorgte. Im polnischen Parlament standen Gesetzentwürfe zu eingetragenen Lebenspartnerschaften zur Debatte, an deren Formulierung auch Partner der Stiftung mitgewirkt hatten, die diesmal allerdings noch keine parlamentarische Mehrheit fanden.

GEFÖRDERTE PROJEKTE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

- VVN-BdA Mülheim e. V.: Ausstellung und Broschüre «Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg. Widerstand und Verfolgung in Mülheim an der Ruhr 1933–1945»; 750 Euro
- Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Sachsen e. V.: Ausstellung in Zwickau «Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland»; 810 Euro
- Miteinander e. V./Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt: Aufbau der interaktiven Webseite «Würdiges Gedenken für alle Opfer rechter Gewalt»; 1.000 Euro
- Joachim Perels: Manuskripterarbeitung «Der Nationalsozialismus als Gegenwartsproblem. Beiträge zur Analyse und Aufarbeitung des Hitlerregimes»; 2.000 Euro
- Berliner VVN-BdA: Öffentliches Gespräch mit polnischen und bulgarischen Zeitzeugen anlässlich des 68. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 9. Mai in Berlin; 500 Euro
- Buchpublikation Herausgeber_innenkollektiv: «Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik», edition assemblage, Münster 2013; 1.250 Euro
- Ariba e. V.: Broschüre «Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden. Antimuslimischer Rassismus, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen»; 600 Euro
- Argumente Information und Bildung e. V.: Sonderbeilage zur 100. Ausgabe des Antifaschistischen Infoblatts; 400 Euro
- Migrationsrat Berlin-Brandenburg e. V.: Booklet zur DVD «ID WITHOUT COLORS. Racial Profiling – Institutioneller Rassismus in Deutschland»; 1.100 Euro
- Demokratisches Jugendforum Brandenburg e. V.: Rassistische Gewalt vor Gericht. Interviews mit Beteiligten des Verfahrens um die «Hetzjagd von Guben» 1999–2002; 1.000 Euro
- Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rhesse e. V.: Tagesseminar «Die Mecklenburgische Seenplatte und die extreme Rechte»; 500 Euro
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e. V.: Informations- und Diskussionsveranstaltung in Berlin «Rassistische Kontinuität und Geschichte Schwarzer Menschen in Deutschland»; 500 Euro
- Antifaschistische Initiative Nord-Ost: Buchvorstellung und Diskussion «Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer»; 250 Euro
- Roter Stern Berlin e. V.: Diskussionsveranstaltung in Berlin mit Matthias Wörsching «Einführung in Faschismustheorien»; 50 Euro
- Alternatives Jugendzentrum e. V. Dessau-Roßlau: Workshops im Rahmen des Polnisch-Deutschen Jugendbegegnungsprojekts «Sinti und Roma in Geschichte und Gegenwart»; 650 Euro
- Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e. V.: Pressekonferenz in Berlin «Oury Jalloh und der Kampf um die Wahrheit»; 1.000 Euro
- Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Zusammenarbeit e. V.: BUKO 35 «ideserta! verweigern/widersetzen/revoltieren», Internationalistischer Kongress zu Antimilitarismus, Antirassismus und Ressourcenkämpfen in München; 5.000 Euro
- Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen: «Recht praktisch – Jurist_innen und politische Aktion» – Herbstkongress u. a. zu Aufenthaltsrecht und «Racial Profiling»; 500 Euro
- Buchpublikation Yves Müller/Reiner Zilkenat (Hrsg.): «Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA)», Peter Lang Edition, Frankfurt am Main 2013; 1.300 Euro
- Buchpublikation Hans Coppi/Sabine Kebir: «Ilse Stöbe. Wieder im Amt. Eine Widerstandskämpferin in der Wilhelmstraße», VSA Verlag, Hamburg 2013; 5.500 Euro
- Berliner VVN-BdA e. V.: Tagung «Erinnerung an Vergangenheit baut Zukunft. Die Häftlinge des KZ und des Zuchthauses Sonnenburg»; 2.300 Euro
- Manuela Bojadzjev: Workshops zum Thema Antirassismus und Emanzipation; 1.000 Euro
- Arbeitsgruppe für Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung e. V.: Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in memoriam Hrant Dink; 1.000 Euro
- Buchpublikation Manfred Wichmann: «Waldemar Pabst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus 1931 bis 1934», Edition Organon, Berlin 2013; 1.500 Euro

Gefördert durch die Stiftung: Booklet zur DVD ID-Withoutcolors



INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

Systemkrise oder business as usual, zwischen diesen beiden Positionen changiert meist die Einschätzung der gegenwärtigen Krise. Doch weder ist der Kapitalismus als solcher in der Krise, noch kann die Form kapitalistischer Entwicklung der letzten 30 Jahre einfach weiterverfolgt werden. Vielmehr ist die spezifische Form der transnationalen informationstechnologischen Produktions- und Lebensweise unter neoliberaler Hegemonie in eine strukturelle oder organische Krise geraten, das heißt, wir stehen am Beginn einer erneuten Transformation des Kapitalismus. Um seine Gestalt wird in den nächsten Jahren gekämpft werden. Und es ist sinnvoll, sich beizeiten Gedanken zu machen, wie angesichts der nachteiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dennoch eine sozialistische Transformation im Sinne einer revolutionären Realpolitik (Luxemburg) verfolgt werden kann.

Dieser Herausforderung stellt sich das Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG). Ausgehend von konkreten Problemen und konkreten Subjekten arbeiten wir gemeinsam mit Partnern an Einstiegsprojekten, die sofort umsetzbar sind, unmittelbar die Bedingungen der Einzelnen verbessern können. Zugleich müssen diese Sofortmaßnahmen eine Perspektive weisen und die nächsten Schritte andeuten, hin zu einer weitgehenden Transformation der gesamten Gesellschaft im Sinne revolutionärer Realpolitik. Eine so verstandene sozialistische Transformationsforschung kann eine wichtige Unterstützung der gesellschaftlichen Linken bei ihrer strategischen Orientierung sein. Das IfG verfolgt also explizit keine akademische Ausrichtung, sondern eine politisch-strategische. Sein Nutzen bemisst sich an der politischen Wirkung.

Wichtige Themen für das IfG waren 2013 die Debatte um einen «geordneten Austritt» aus dem Euro, linke Strategien in der Krise, neue Demokratiebewegungen und Krisenproteste, Projekte zu sozialökologischer Transformation und Energiedemokratie, die Großkonferenz «Erneuerung durch Streik» und natürlich die II. Transformationskonferenz zur «Organischen Krise des Finanzmarktkapitalismus», deren Beiträge als Buch publiziert wurden.

Zumeist werden diese Diskussionen in der vom IfG geführten Zeitschrift *Luxemburg* gebündelt, die sich mittlerweile als ein Strategieorgan einer breiten Mosaiklinken etabliert hat und ab 2014 für Abonnenten kostenlos sein wird.

Ab 2014 wird sich ein neues Leitungsteam den gesellschaftspolitischen Herausforderungen stellen, mit Conny Hildebrandt und Barbara Fried als stellvertretenden Direktorinnen und Mario Candeias als neuem Direktor. Institutsgründer Michael Brie hatte diesen Generationenwechsel langfristig betrieben und freut sich darauf, wieder stärker selbst zu Fragen der Transformationstheorie forschen und schreiben zu können.



Mario Candeias (vorn), der neue Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse

DIE FELLOWS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Ayudya Fajri Anzas

Ayudya Fajri Anzas war als Vertreterin des Instituts Kajan Krisis & Strategi Pembangunan Alternative Fellow der Stiftung. Dieses Institut ist der Thinktank einer linken politischen Bewegung in Indonesien. Forschungsgegenstand war die Arbeitsmigration, die für die Veränderung der Arbeits- und Geschlechterverhältnisse in Indonesien einen zentralen Stellenwert hat. Die Verteidigung der Rechte gerade von Frauen, die ihre Familien auf Jahre verlassen, um ihnen einen bescheidenen Wohlstand und ihren Kindern Bildung zu ermöglichen, ist zentrales Anliegen linker Politik. Zugleich geht es um Organisation und politische Bildung.

Prof. Dr. Ulrich Brand

Ulrich Brand wurde durch die Fraktion der Partei DIE LINKE als Mitglied der Enquetekommission des Deutschen Bundestages «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» vorgeschlagen. Im Jahr 2013 lag der Bericht vor, geprägt nicht zuletzt durch ein Minderheitenvotum, an dem Ulrich Brand entscheidend mitgewirkt hat. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat diese Arbeit mit eigener Forschung und Diskussion begleitet und das Konzept einer sozialökologischen Transformation weiter ausgearbeitet (vgl. Ulrich Brand/Katharina Pühl/Stefan Thimmel [Hrsg.]: Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven. Bewertung der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue Folge 5 – als Download im Internet unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte-neu_5.pdf).

Prof. Dr. Dieter Klein

«Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus» – so lautet der Titel des 2013 im VSA Verlag erschienenen Buchs von Dieter Klein (als Download unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_

Fellowships existieren am Institut für Gesellschaftsanalyse seit 2012, um die Kooperationen zwischen Stiftung und Wissenschaft zu intensivieren.

publikationen/VSA_Klein_Das_Morgen.pdf). Nach seiner Analyse kapitalistischer Reichtumsproduktion und -vernichtung von 2006 und seiner frühen und hellsichtigen Krisenanalyse von 2008 ist dies die dritte Monografie in Folge, die Dieter Klein als Fellow der Stiftung publiziert hat. Sie entwickelt die Grundkonzeption einer sozialistisch orientierten Transformationsforschung in programmatischer Absicht.

Prof. Dr. Rainer Rilling

2014 wird im Verlag Westfälisches Dampfboot das Ergebnis gemeinsamer Forschungsarbeit des Instituts für Gesellschaftsanalyse mit Partnern unter dem Titel «Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus» erscheinen. Der Einleitungsbeitrag «Transformation als Futuring» stammt von Rainer Rilling. Seine Botschaft: Die Herrschenden haben mit «Futuring», dem Vorgehen auf die Zukunft, die vielleicht wichtigste Technik von Machtausübung entwickelt. Zeitverhältnisse als veränderbare und umkämpfte Verhältnisse zu verstehen ist eine Schlüsselfrage. Durch ihre Politik des «Futuring» kann die Linke die Ordnungen der Zeit verändern und zu solidarischer Transformation beitragen. Dann erst ist Wissen strategisch, Politik programmatisch und Handeln nachhaltig geworden.

Prof. Dr. Gabriele Winker

In den letzten Jahren hat sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung verstärkt der Frage der Transformation der Geschlechterverhältnisse und dem Zusammenhang von Kapitalismuskritik und Feminismus zugewandt. Das in Deutschland maßgeblich von Gabriele Winker entwickelte und vertretene Konzept der Intersektionalität, der Verflechtung verschiedener Ungleichverhältnisse, ist einer der produktivsten Ansätze, um die transformatorische Kooperation der Mosaiklinken zu befördern. Während ihres Fellowships hat Gabriele Winker diesen Ansatz weiter ausgebaut, durch Vorträge und Seminare zur Weiterbildung auf diesem Gebiet beigetragen und die Diskussion maßgeblich geprägt.

Dr. Uta von Winterfeld

Uta von Winterfeld ist ausgewiesene Expertin auf dem Gebiet kritischer Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse, der Kolonialisierung von Klimapolitik und des Zusammenhangs von Ökologie und Gerechtigkeit. Der Gegenstand ihres Fellowships war die Arbeit an einem Manuskript von Wolf-Dieter Narr aus dem Jahr 1989 – «Neun Tage Politik. Probleme einer Herrschaftstheorie heute. Eine Einführung» –, das im VSA Verlag erscheinen wird.



Stößt immer noch auf nachhaltiges Interesse: das Werk Antonio Gramscis

«GRAMSCI LESEN»

GROSSER ERFOLG ALS BUCH UND ALS LESEKURS

Es passiert selten, dass wir einem klugen Kopf beim Denken zusehen und davon lernen können. Antonio Gramscis «Gefängnishefte» sind ein gutes Beispiel dafür. Sie bilden den Produktionsprozess kritischen Wissens ab, aber auch die Bedingungen der Kerkerhaft, unter denen sie zustande kamen. Ihr fragmentarischer Charakter mit Tausenden von unterschiedlichen Notizen über neun Bände erschwert jedoch einen systematischen Zugang. Wo anfangen? Und wie?

Das gerade im Argument-Verlag erschienene Buch «Gramsci lesen» ermöglicht einen Einstieg. Der von Florian Becker, Mario Candeias, Janek Niggemann und Anne Steckner herausgegebene Band enthält zwölf Abteilungen mit Auszügen aus den

Gramsci lesen, ohne zu verzweifeln: Einstiege in die «Gefängnishefte» für alle, die nicht gleich 2.000 Seiten lesen wollen oder können, um das abenteuerliche Terrain der Hegemonietheorie zu erkunden. Für Selbstanwenderinnen und Gruppentiere, für Bildungsarbeiterinnen und Endverbraucher, für Menschen mit und ohne Vorwissen.

«Gefängnisheften», die Elemente von Gramscis Gesellschaftstheorie miteinander verschränken. In einer breiten Auswahl an Themen entwickelt Gramsci eine umfassende Perspektive auf den Kampf um Hegemonie – sie beinhaltet ökonomische, politische, ideologische und kulturelle Aspekte, begriffen als ein widersprüchliches Ganzes. Den Abteilungen vorangestellt sind jeweils kurze «Brücken» in die Originaltexte. Sie führen leicht verständlich ein, welche Begriffe und Fragestellungen hier entwickelt werden, und erläutern den Kontext der Passagen im Rahmen marxistischer Theoriebildung.

Der kommentierte Auswahlband, entwickelt im Rahmen des Lesekurses «Gramsci lesen» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dient als Grundlage für weitere Lesekurse in der Stiftung, für einführende Wochenendseminare bei ver.di oder für selbstorganisierte Seminare des SDS. Mit «Gramsci lesen» versuchen wir, an seinem Verständnis des Marxismus als kritischer Theorie der Gesellschaft und als Orientierung auf ihre grundlegende Veränderung anzuknüpfen.

Für Gramsci war die doppelte Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen – die Niederlage der Aufstände und Rätebewegungen nach dem Modell der russischen Oktoberrevolution im Westen sowie die folgende Niederlage gegen den Faschismus – auch eine tief greifende Krise des Marxismus. Dieser war vor allem in den Versionen der II. Internationalen und des Dialektischen Materialismus immer mehr zu einem dogmatischen Gebilde von Lehrsätzen erstarrt. Der Ökonomismus (die Vorstellung, dass die Ökonomie die gesellschaftlichen Dynamiken vollständig bestimmt und Politik, Kultur und Ideologie nur Reflexe der ökonomischen Entwicklung sind) und der Klassenreduktionismus (die Anrufung der Arbeiterklasse als einheitliches revolutionäres Subjekt und die damit verbundene Vernachlässigung von Widersprüchen und Spaltungen entlang anderer Machtverhältnisse, zum Beispiel Rassismus oder Patriarchat) hatten den Materialismus nach Marx seines kritischen Stachels beraubt.

Gramsci versuchte sich an einer Neubegründung des Marxismus, die sich auf die gesellschaftliche Praxis der Menschen richtet, auf ihr Handeln in bestimmten Verhältnissen, die er als umkämpfte «Kräfteverhältnisse» begriff. Er entwickelte seine fragmentarisch gebliebenen Überlegungen in einer Konstellation der großen Krise und der großen Umwälzungen und Kriege. Als andere noch mit dem «Imperia-

lismus als höchstem Stadium des Kapitalismus» auf dessen finale Krise hofften, analysierte Gramsci die Anbahnung einer neuen Produktions- und Lebensweise des Fordismus. Er entwickelte ein Verständnis der passiven Revolutionierung kapitalistischer Herrschaft und formulierte mit Blick darauf Überlegungen zur Reorganisation der Subalternen und ihrer gesellschaftlichen Partei.

Gegenwärtig erleben wir erneut eine «große Krise», die tiefste seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Die neoliberale Ideologie ist erschüttert, der Zwang tritt offen zutage, insbesondere in Südeuropa. Autoritäre Maßnahmen werden überall verstärkt. Und wieder scheint es einer in den vergangenen 40 Jahren in der Defensive befindlichen und zunehmend gespaltenen Linken nicht recht zu gelingen, sich neu zu orientieren und zu organisieren, wirkungsvoll einzugreifen und Alternativen deutlich zu machen.

Gramsci erklärt uns natürlich nicht die gegenwärtige Krise und gibt keine direkten Antworten für die Kämpfe unserer Zeit. Um diese aber zu verstehen, lohnt es, Gramscis Überlegungen neu zu entdecken, seine Problem- und Fragestellungen aufzugreifen. Sie können helfen, Klarheit in die Verwobenheit von vielfältigen Krisenerscheinungen, gesellschaftlichen Umbrüchen und Blockaden zu bringen und den Blick auf die Verhältnisse strategisch zu wenden, um handlungsfähig zu werden, etwa mit Blick auf neue soziale Kämpfe – von der Arabellion über Occupy, die Bewegung für «wirkliche Demokratie» in Südeuropa und darüber hinaus bis nach Chile. Sie verschieben das Terrain der Kämpfe durch Bewegung «von unten».

Gramsci heute zu lesen bedeutet also auch, seine Anregungen für kritische Gesellschaftstheorie nicht vom kommunistischen Politiker und politischen Strategen zu trennen. Gramscis Hegemonietheorie beinhaltet immer eine Doppelperspektive: Es geht nicht nur um die Analyse der Herrschaftssicherung «von oben», sondern immer auch darum, wie sich in den Kämpfen der Subalternen eine freiere Gesellschaft «von unten» bilden kann, wie etwa das Verhältnis von Partei, Bewegung und Gewerkschaft im Rahmen der Reorganisation der gesellschaftlichen Linken neu zu gestalten ist.

Neben den Stiftungsprojekten zu Marx und Luxemburg ist Gramsci ein unverzichtbarer Baustein eines undogmatischen pluralen Marxismus. Weitere Lesekurse zum Beispiel zu Rosa Luxemburg und kommentierte Auswahlbände zur Einführung in die Vielfältigkeit des Themas Marxismus und Feminismus sind in Planung.

Nach nur drei Monaten war die erste Auflage des Bandes «Gramsci lesen» ausverkauft. Wegen der großen Zahl der Anmeldungen wurden zwei parallele Lesekurse eröffnet, und dennoch mussten einige auf eine Warteliste gesetzt oder ganz abgewiesen werden. Die ungeheure Nachfrage zeigt, dass die Stiftung hier eine schmerzliche Lücke infolge der Verdrängung linker Theorie aus den Universitäten füllt. Zugleich ist dies eine Chance – deutlich über ein studentisches Milieu hinaus –, marxistische Theorie allen politisch interessierten Menschen näherzubringen.



Die Proteste gegen die Euro-Rettungspolitik – hier 2012 vor der EZB – gehen weiter

DIE LETZTE CHANCE NUTZEN!

LINKE STRATEGIEN ZUR EURO-KRISE

«Euro – so nicht!», hieß ein Wahlkampfslogan der PDS einst. Die linke Kritik an der Struktur der Währungsunion Ende der 1990er Jahre, wie sie schließlich im Vertrag von Maastricht und dem Stabilitätspakt festgeschrieben wurde, war zutreffend. Denn durch die rein monetaristische Form konnten die unterschiedlichen Produktivitäten zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und Regionen im europäischen Währungsraum nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden. Als möglicher Ausgleichsmechanismus bleiben nur Lohn- und Tarifpolitik sowie die weitere Absenkung der geltenden sozialstaatlichen Standards in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten.

Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas zeigten in einer im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfassten Studie «The Systemic Crisis of the Euro – True Causes and Effective Therapies», wie der potenzielle Nutzen einer Währungsunion verstanden wurde. «Es ist spät, aber noch ist es nicht zu spät für eine Umkehr», mahnen die Autoren. «Doch mit jedem Tag, an dem an der alten gescheiterten Strategie festgehalten wird, schwinden die Chancen.» Um die Möglichkeiten eines demokratischen und sozialen Europas nicht endgültig zu verspielen, schlugen die Autoren unter anderem vor, über einen «geregelten Austritt» aus dem Euro nachzudenken. Das könne ein unkontrolliertes Zerbrechen der Euro-Zone verhindern und Krisenstaaten die Abwertung ihrer Währung ermöglichen, um wieder konkurrenzfähig zu werden.

Die Studie wurde am 17. Mai im Haus der Bundespressekonferenz von Heiner Flassbeck, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Sabine Reiner vorgestellt. Sie fand ein großes Medienecho und entfachte eine aufgeregte Debatte um den Euro-Exit. Uns war bewusst, dass wir mit der Publikation der Studie ein Wagnis eingingen und die LINKE in der Presse als Euro-Gegner dargestellt werden würde. Doch in Kooperation mit der Fraktion der LINKEN im Bundestag gelang es, das Thema differenziert zu bearbeiten: mit einer Fachkonferenz am 31. Mai 2013, an der auch der Ökonom Theodoros Panagiotopoulos teilnahm und die Sicht der griechischen Linkspartei Syriza einbrachte, und diversen Publikationen zum Thema. Zum ersten Mal seit den innerparteilichen Zerwürfnissen vor dem Göttinger Parteitag konnte innerhalb der Partei und in ihrem Umfeld wieder eine gehaltvolle Debatte geführt werden, in der wirklich um Inhalte gerungen wurde, so der Parteivorsitzende Bernd Riexinger. So wurde deutlich, dass anders als andere Parteien DIE LINKE offen über Alternativen und Strategien der Linken in der Euro-Krise diskutiert. Die Stiftung konnte einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Zugleich erfuhren im Windschatten der Medienresonanz dieser Studie auch die im Rahmen der Partei, der Fraktion und der Stiftung entwickelten Alternativen größere Aufmerksamkeit.

EINE AUSWAHL DER PUBLIKATIONEN ZUM THEMA

THE SYSTEMIC CRISIS OF THE EURO - TRUE CAUSES AND EFFECTIVE THERAPIES

Studie zu den Ursachen der Eurokrise und möglichen Strategien zur ihrer Überwindung von Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas
www.rosalux.de/publication/39478/the-systemic-crisis-of-the-euro-true-causes-and-effective-therapies.html

NO EXIT - FALSCH GEGENSÄTZE IN DER EURO-DEBATTE

Standpunkt 7/2013
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_07-2013.pdf

LINKE STRATEGIEN IN DER EUROKRISE
 EINE KOMMENTIERTE ÜBERSICHT

Reihe Analyse
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Linke_Strategien_in_der_Eurokrise.pdf

Bernd Riexinger

ES GEHT NICHT UM DEN EURO, SONDERN UM DIE EUROPÄER

www.neues-deutschland.de/artikel/821111.es-geht-nicht-um-den-euro-sondern-um-die-europaeer.html

DOSSIER: LINKE STRATEGIEN ZUR EUROKRISE. DIE LETZTE CHANCE NUTZEN!

www.zeitschrift-luxemburg.de/linke-strategien-eurokrise/

IST DIE GANZE WELT BALD PLEITE?

STAATSVerschuldung: WAS SIE IST UND WIE SIE FUNKTIONIERT

Reihe luxemburg argumente, www.rosalux.de/publication/37900/ist-die-ganze-welt-bald-pleite.html

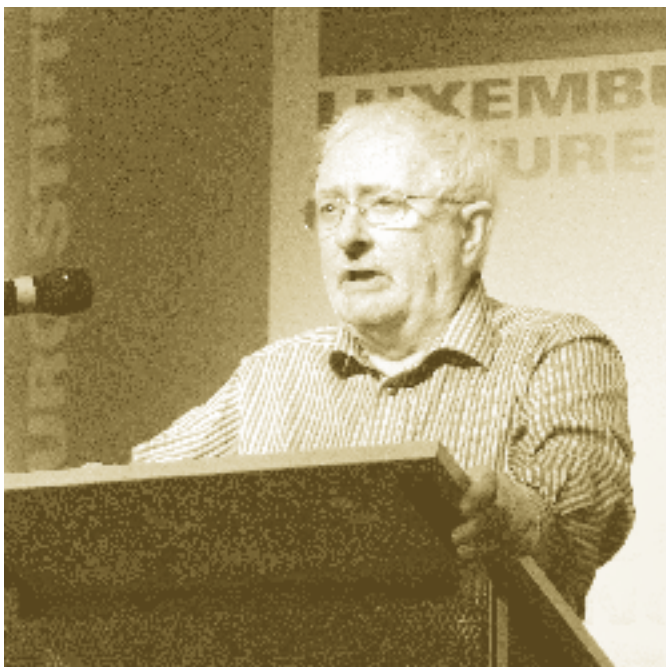




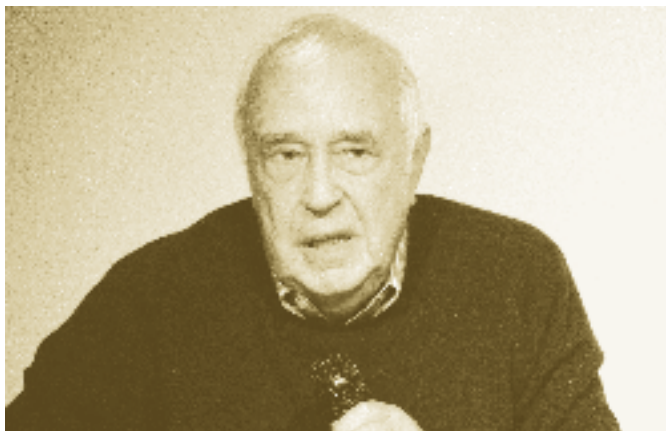
John Bellamy Foster



Medea Benjamin



Terry Eagleton



Sir Robert Skidelsky

«LUXEMBURG LECTURES»

Die «Luxemburg Lectures» sind seit Jahren eine wichtige Form des internationalen politischen Dialogs der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihnen werden neue intellektuelle Ansätze zu zentralen Fragen der sozialökologischen und europäischen Entwicklung, zur Kapitalismuskritik und zu alternativen Lebensformen vorgestellt. Die Lectures richten sich vor allem an Menschen aus dem linken kulturellen Milieu in Berlin und im Umfeld der Stiftung.

«LUXEMBURG LECTURES» 2013

8. MAI 2013

CULTURE WARS - KULTURKRIEGE

«Luxemburg Lecture» mit dem Literaturtheoretiker Terry Eagleton (Lancaster, UK)

28. MAI 2013

DER ÖKOLOGISCHE BRUCH, ODER: WAS PASSIERT, WENN DIE NATUR ZUR WARE WIRD

«Luxemburg Lecture» mit dem Soziologen John Bellamy Foster (Eugene, USA)

16. OKTOBER 2013

WIE VIEL IST GENUG?

VOM WACHSTUMSWAHN ZU EINER ÖKONOMIE DES GUTEN LEBENS

«Luxemburg Lecture» mit dem Wirtschaftshistoriker Sir Robert Skidelsky (London)

10. DEZEMBER 2013

DRONE WARFARE

ORIGINS, CONSEQUENCES, AND THE WORLDWIDE RESISTANCE TO IT

«Luxemburg Lecture» mit der US-amerikanischen Friedensaktivistin Medea Benjamin

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung ist die übergreifende Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird in allen Bereichen und von den Regionalbüros und Landesstiftungen angeboten und weiterentwickelt. Angesiedelt ist die kontinuierliche Entwicklung, Evaluation und die Etablierung eines bereichsübergreifenden Bildungsverständnisses in der Akademie für Politische Bildung. Ein zentrales Ziel unserer Arbeit ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, handlungsfähiger in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und Konflikten zu werden. In den letzten Jahren hat sich das zunehmende Interesse an unseren Angeboten, die von ganztägigen Workshops über Wochenendseminare bis hin zu längerfristigen Weiterbildungen reichen, in ständig gewachsenen Teilnehmerzahlen niedergeschlagen.

Bei unseren Veranstaltungen legen wir großen Wert auf die kritische Wertschätzung der Teilnehmenden, auf Hierarchiefreiheit (soweit dies möglich ist) sowie auf Beteiligungsmöglichkeiten von Aktiven aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Spektren. In der Partei DIE LINKE oder in den Gewerkschaften engagierte Menschen gehören ebenso selbstverständlich zu unserer Zielgruppe wie Menschen aus sozialen Bewegungen. Wir wollen aber auch Basiswissen vermitteln und neue Zugänge zu Politik und politischem Engagement aufzeigen und eröffnen. Wir versuchen zudem, die starre Aufspaltung zwischen Bildungsinhalten und Didaktik zu durchbrechen und durch Methodenreichtum und -wechsel auch komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen. Wichtige Säulen der Akademie für Politische Bildung sind die Kommunalakademie, der Arbeitszusammenhang «Weiterbildung für Politik» und das Jugendbildungsnetzwerk mit ihren jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Zielgruppen. Gemeinsam ist jedoch allen Beteiligten, dass wir interdisziplinär und themenübergreifend zusammenarbeiten und es uns darum geht, die Verschränkungen unserer Arbeitsgebiete (ökonomische Alphabetisierung, Zeitgeschichte, Geschlechterverhältnisse, Neonazismus und andere Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit, Migration und soziale Bewegungen, europäische Politik und Internationalismus sowie sozialökologische Transformation) sichtbar zu machen und in diesen Feldern gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu unterstützen.

Eine zentrale Herausforderung ist auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit ihren Angeboten strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Neben einzelnen Formaten, die sich explizit an bestimmte Gruppen richten (Erwerbslose, von Rassismus Betroffene etc.), setzt sich eine Arbeitsgruppe in der Akademie speziell mit der Frage auseinander, wie wir unsere Zielgruppen ausweiten und räumliche, sprachliche und andere Zugangsbarrieren und Exklusionsmechanis-

men abbauen können. Im Austausch mit anderen Abteilungen, den Landesstiftungen und Auslandsbüros initiieren wir interne Lernprozesse, die mittelfristig zu einer Organisationsentwicklung führen sollen, die dem Ziel einer möglichst weitreichenden Inklusion verpflichtet ist.

CROSS SOLIDARITY - INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IN DER KRISE

Rund 150 politische Aktivistinnen und Aktivisten aus der ganzen Welt diskutierten an einem Aprilwochenende im vergangenen Jahr in Wuppertal über die Möglichkeiten und Hürden der Kommunikation und Kooperation über Ländergrenzen hinweg sowie über Erfolge und Niederlagen verschiedener Organisations- und Kampagnenversuche in der Vergangenheit. Deutlich wurde, dass eine Diskussion über internationale Solidarität durch die gegenwärtige Krise nur noch dringlicher geworden ist. Der Fokus der gemeinsam von der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen und der Akademie für Politische Bildung organisierten Konferenz «Cross_Solidarity» lag dabei weniger auf einzelnen Themen als vielmehr auf den Praxen eines zeitgemäßen Internationalismus.

Die Stärken der Tagung waren, dass sie ausreichend Raum für einen Austausch bot, ihre modulare Struktur sowie die methodische Vielfalt der Präsentationen. Eröffnet wurde sie mit kurzen Statements im Sinne von «Wuppertal grüßt die Welt», gefolgt von einer Art Talkshow zur Frage des Internationalismus unter dem Titel «Die Praxis zählt. Ein Blick zurück mit Perspektive». Ein Highlight waren die Pecha-Kucha-Vorträge, die anschaulich einen Eindruck von den anwesenden Initiativen vermittelten, die insbesondere in den Konfliktfeldern «Ar-

beit und Einkommen», «Wohnen und Recht auf Stadt» sowie «Flucht und Migration» aktiv sind.

Es zeigten sich viele Gemeinsamkeiten zwischen Kämpfen hier und andernorts und ein großer Bedarf an Vernetzung, wie zum Beispiel in Bezug auf die Entwicklungen der Wohnsituation in vielen europäischen Großstädten. Dabei sind die wohnungspolitischen Kämpfe oftmals nicht von Auseinandersetzungen um ein Bleiberecht/das Recht auf Mobilität sowie um eine nachhaltige und sichere Arbeit zu trennen. Beeindruckt haben die Vielfalt, Hartnäckigkeit und Kreativität des dargestellten Widerstands und die Akteure selbst. Ein «Beratungstreffen» zu transnationalen Strategien gegen faschistische Bewegungen in Griechenland nach Ende des offiziellen Programms war nur ein Beispiel für den hohen aktivistischen Anteil der Tagung. Ohne die vielfältige Unterstützung von Kooperationspartnern wäre die Durchführung der Konferenz nicht möglich gewesen. Zu nennen sind insbesondere das transnationale Netzwerk TIE (Transnational Information Exchange), die Zeitschrift *ila* sowie das Soli-Komitee Wuppertal und das Infobüro Nicaragua, die eng in die Organisation und die inhaltliche Vorbereitung der Tagung eingebunden waren, dazu noch das Café ADA, das nicht nur als Veranstaltungsort diente. Um die begonnenen Diskussionen zu vertiefen, Kooperationen zu befördern und neue Protestformen weiter kritisch zu reflektieren, wird es vom 7. bis 9. November 2014 in Bochum eine Folgekonferenz geben.

.....
Zahlreiche Filme, Fotos und Berichte zur Wuppertaler Tagung finden sich auf der Projektseite cross-solidarity.net/wordpress.
.....

Cross_Solidarity: Zum Programm der Tagung gehörte auch ein Solidaritätsspaziergang durch Duisburg-Bruckhausen, wo Dutzende von Gebäuden abgerissen werden



**DIE MARX-FRÜHJAHRSSCHULE - RECHTSKRITIK
BEI MARX UND PASCHUKANIS**

Alle Lebensbereiche unserer modernen Gesellschaft sind von Recht durchdrungen. Wir leben zumeist in Mietwohnungen, müssen Arbeitsverträge abschließen oder erhalten Sozialleistungen, wir schließen Kaufverträge, oder wir kämpfen um einen Aufenthaltstitel. In den täglichen Auseinandersetzungen wie in sozialen Kämpfen gehen wir wie selbstverständlich davon aus, dass es Recht gibt. Was das Recht aber ist, sowohl dem Inhalt als auch der Form nach, und welche gesellschaftlichen Ursachen es hat und welchen spezifischen Zusammenhang Recht und Kapitalismus haben, wird dabei selten gefragt. Daher hat sich die Marx-Frühjahrsschule Anfang Mai 2013 in Berlin ein ganzes Wochenende eingehend dieser Thematik gewidmet.

Die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie erschöpft sich keineswegs in einer Wirtschaftstheorie, sondern bildet den Versuch einer allgemeinen Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, in der sich auch Ansatzpunkte für eine Kritik des Rechts finden. Nach Marx sind kapitalistische Tauschbeziehungen unlösbar mit Rechtsverhältnissen verbunden: Warenbesitzer treten sich als freie und gleiche Rechtssubjekte gegenüber, denn die «Waren können nicht selbst zu Markte gehen, sich nicht selbst tauschen» (MEW 23: 99). Der sowjetische Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis hat die von Marx berührten Fragen vertieft und ergänzt.

Obwohl das Thema sehr speziell ist, war der Andrang mit 120 Anmeldungen und 150 Teilnehmenden wesentlich größer, als es die Vorbereitungsgruppe erwartet hatte. Es nahmen nicht nur Jura-Studierende oder Juristinnen teil, sondern auch Studierende anderer Fächer sowie Schülerinnen, Auszubildende und Rentner. Die Frühjahrsschule begann mit einer einführenden Podiumsveranstaltung, die auch als Referenzpunkt für die insgesamt fünf Arbeitsgruppen diente. Am zweiten Tag wurde mit der Abendveranstaltung «Woher kommt der Staat? Herausbildung und Form von Recht, Staat und Ware» eine Erweiterung des Themas vorgenommen. Diese überaus gut besuchte Veranstaltung war öffentlich und fand im Senatssaal der Humboldt-Universität statt. Am letzten Tag gab es ein Abschlusspodium unter dem Titel «Kritik der Kritik – Kontroversen um Paschukanis». Hier wurden Einwände gegen die von Paschukanis formulierte Rechtskritik diskutiert.

Alles in allem gab es eine durchgehend positive Resonanz von den Teilnehmenden und den Wunsch, das Thema Recht auch in Zukunft im Auge zu behalten und zum Gegenstand von weiteren Veranstaltungen zu machen.

.....
 Weitere Informationen finden sich unter:
www.rosalux.de/documentation/48148/rechtskritik-bei-marx-und-paschukanis.html



Marx und Paschukanis – Plakat zur Marx-Frühjahrsschule 2013

**WENN THEORIE UND PRAXIS INEINANDERGREIFEN:
DIE ARBEIT DES JUGENDBILDUNGSNETZWERKES**

Das 2003 gegründete und eng mit der Stiftung kooperierende Jugendbildungsnetzwerk hat auch im vergangenen Jahr gezeigt, wie wichtig emanzipatorische Bildungsarbeit für junge Menschen und die bundesweite Vernetzung ihrer Träger ist. Ein Highlight der gemeinsamen Aktivitäten stellte das kollektiv vorbereitete Wochenendseminar «Denn du schreibst Geschichte» zum Thema Erinnerungspolitik im September in Wertpohl dar, das rund 30 Interessierte anzog. In der jährlich stattfindenden «Netzwerkstatt» ging es darum, anhand von Beispielen aus der jüngeren deutschen Vergangenheit Geschichte als etwas «Gewordenes» zu begreifen, Geschichtsmymen zu hinterfragen sowie Identitätskonstruktionen und hegemoniale beziehungsweise gegenhegemoniale Strategien in Geschichtsdiskursen zu analysieren.

Wie ein gelungenes Ineinandergreifen von Theorie und Praxis aussehen kann, verdeutlichten auf dieser Veranstaltung unter anderen beispielhaft der Verein Sobi e. V. aus Rostock und das DJB (Demokratisches JugendFORUM Brandenburg). Einige der Kolleginnen und Kollegen von Sobi e. V. hatten als Zeitzeugen des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen einen entsprechenden Workshop für die Netzwerkstatt vorbereitet, in enger Abstimmung mit anderen Teilnehmenden, die anderswo ähnliche Erfahrungen gemacht haben. So hat das DJB kürzlich den Recherche-Blog «Blühende Landschaften» online gestellt, auf

dem Interviews zur Situation in Brandenburg kurz nach dem gesellschaftlichen Umbruch veröffentlicht und kommentiert sind, die die rassistische Stimmung auf der Straße aufgreifen (<http://landschaften.djb-ev.de>). Sie sind zugleich Teil der Geschichte und deren Vermittler. Diese Art von linker Erinnerungs- und Bildungsarbeit, die mit ihren Formaten ganz maßgeblich zur Politisierung und zum Erhalt der linksbewegten lokalen Szenen beiträgt, ist nicht zuletzt der CDU ein Dorn im Auge. Diese versucht zurzeit, Sobi e. V. in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Hetzkampagne die öffentlichen Gelder zu entziehen.

Die zwölf im Jugendbildungsnetzwerk zusammengeschlossenen Träger und die mit ihnen befreundeten Initiativen sollten daher als wichtiger Teil der gegenwärtigen sozialen Bewegungen verstanden werden. Ihr Ziel ist es, mit ihrer Bildungsarbeit die Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Wie das funktionieren kann, werden sie auch 2014 auf einer weiteren, für alle Interessierten offenen «Netzwerkstatt» diskutieren.

BILDUNG MIT LINKS

Linke Bildung braucht Menschen, die sich sowohl mit Gesellschaftstheorie als auch mit emanzipatorischen Bildungsansätzen auskennen, die in der Lage sind, Veranstaltungen partizipativ und mit Anknüpfungen an die Praxis zu organisieren und den Teilnehmenden zielgruppenspezifisch Wissen und Kompetenzen zu vermitteln sowie Reflexionsmöglichkeiten für die politische Arbeit zu bieten. Solche Multiplikatoren aus- und fortzubilden ist eine große Herausforderung, der sich die Akademie für Politische Bildung seit Jahren verpflichtet fühlt. Mit ihren Angeboten zur politischen Weiterbildung bietet

die Akademie die Möglichkeit, sich in unterschiedlichen, für emanzipatorisches und linkes politisches Handeln relevanten Themenfeldern fortzubilden. In einem breit gefächerten Seminarangebot sowie systematisch angelegten Kursen werden (Lern-)Räume geboten, um sich zu qualifizieren, die eigene Praxis zu reflektieren und sich miteinander zu vernetzen – dies auch mit dem Ziel, linke Ideale und Ansprüche zu stärken und konkrete Veränderungsvorhaben zu unterstützen. Über das Stiftungsumfeld hinaus versuchen wir verstärkt auch Teilnehmende zu gewinnen, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, zum Beispiel in und mit Schulen.

So bietet die Intensivwoche «Grundlagen Politischer Bildung» Einsteigerinnen und ehrenamtlich Tätigen die Gelegenheit, praxisnahe Basiskenntnisse für ihre Bildungsarbeit zu erwerben beziehungsweise zu systematisieren. Im Zentrum des zehnmonatigen Fortbildungslehrgangs «Praxis Politischer Bildung», der im Jahr 2013 zum dritten Mal abgeschlossen werden konnte, stehen wiederum Reflexion und Weiterentwicklung der eigenen Arbeit vor dem Hintergrund pädagogischer und politischer Theorien. So beschäftigen sich die Teilnehmenden unter anderem mit dem Verhältnis von Bildung zu Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie davon ausgehend mit Anforderungen an eine gesellschaftskritische und emanzipatorische Bildungsarbeit. Weitere Themen sind das Zusammenspiel von Lernen und Lehren sowie grundlegende Modelle der Kommunikation und Gruppendynamik. Gleichzeitig bietet der Lehrgang Raum für kollegialen Austausch, unter anderem über das Selbstbild als Linke in der Bildungsarbeit. Das Kursformat wird auf Grundlage von Evaluierungen durch die Teilnehmenden und das zuständige Team sukzessive weiterentwickelt. Eine Neuauflage ist für den Herbst 2014 geplant.



STIFTUNGSVERBUND

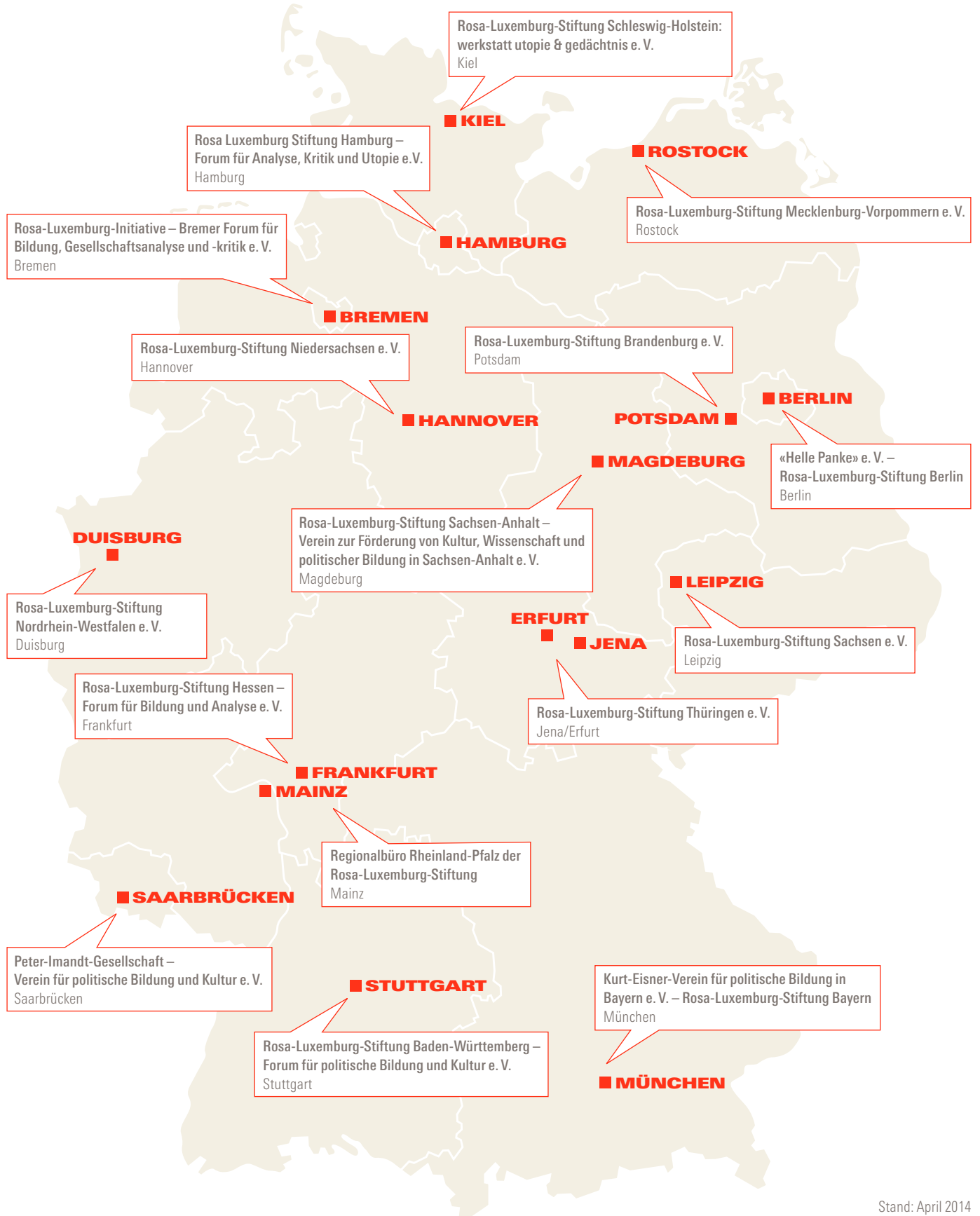
BILDUNGSARBEIT IN DEN LÄNDERN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet inzwischen seit vielen Jahren aktiv in allen 16 Bundesländern. Dort findet ein wichtiger Teil der politischen Bildungsarbeit in enger Kooperation mit den rechtlich unabhängigen Landesstiftungen statt: Im Jahr 2013 waren es wieder fast 2.200 Veranstaltungen mit rund 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Mit ihrem Angebot wendet sich die Stiftung sowohl an das Umfeld der Partei DIE LINKE als auch an eine breite, an solider und innovativer Bildung interessierte Öffentlichkeit. Die Regionalbüros und die Landesstiftungen sind über die Partei DIE LINKE hinaus Ansprechpartner einer pluralen Linken in Deutschland. Sie kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften, anderen Bildungsträgern und Kommunalpolitikerinnen und -politikern, teilweise auch länderübergreifend mit anderen Landesstiftungen.

Auf lokaler Ebene organisieren in größeren Flächenländern wie Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen sogenannte Rosa-Luxemburg-Clubs die vielfältigen Bildungsangebote. Darüber hinaus entwickelten sich Freundeskreise, Kontaktstellen und Bildungszirkel in zahlreichen Orten zu wichtigen Kooperationspartnern. Dort konkretisiert sich die Bildungsarbeit «vor Ort», vor allem in Form von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, immer stärker inzwischen auch in Workshops, Tages- und Wochenendseminaren, Tagungen, Konferenzen, Ausstellungen und Exkursionen. Der überwiegende Anteil der umfangreichen Arbeit in den Bundesländern wird ehrenamtlich geleistet.

Der eigenständige Bereich Bundesweite Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert die Zusammenarbeit der Stiftungsbereiche mit den Regionalbüros und Landesstiftungen sowie untereinander. Finanziert wird die Arbeit der Landesstiftungen teils durch Zuwendungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (d. h. aus Bundesmitteln), teils durch Eigenmittel (Spenden und Mitgliedsbeiträge). In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel in unterschiedlicher Höhe eingesetzt werden.

Mit über 330 Veranstaltungen lag ein eindeutiger inhaltlicher Schwerpunkt auf zeitgeschichtlichen und geschichtspolitischen Fragestellungen, aber auch zu den Themenkomplexen Antifaschismus und Antirassismus, internationale Politik, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Geschlechterverhältnisse und Feminismus wurden 2013 jeweils 130 bis 250 Veranstaltungen organisiert. Ergänzt wurden diese durch ein vielfältiges Angebot zu philosophischen, ästhetischen, kulturellen und wissenschaftspolitischen Themen. Der Frauenanteil unter den Teilnehmenden liegt inzwischen bei etwa 40 Prozent, der von den unter 30-Jährigen bei fast 30 Prozent. Dieser erfreuliche Trend hat sich nunmehr stabilisiert.





Ankündigung für die Ausstellung zur Bücherverbrennung in Stuttgart



Ungewohntes Bild: leerer Hörsaal an der Münchener Ludwig-Maximilian-Universität

BADEN-WÜRTTEMBERG

80 JAHRE BÜCHERVERBRENNUNGEN

«Die Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz und anderen zentralen Orten deutscher Städte waren der Auftakt zur Vertreibung und Verfolgung zahlreicher vom NS-Regime verfeimter Autorinnen und Autoren. Es war ein barbarischer Akt, dessen Auswirkungen wir bis heute spüren. Wir rufen auf, am 10. Mai 2013 an Barbarei, Rassismus und Intoleranz zu erinnern – und zugleich an all jene, die in unserer Zeit für Menschenrechte und Demokratie überall auf der Welt ihre Stimme erheben, an Schriftsteller und Journalistinnen, an Kulturschaffende, an Akteure der Zivilgesellschaft, die heute unterdrückt und verfolgt werden.»

Diesem Aufruf der «Arbeitsgemeinschaft Aktion 10. Mai» folgten zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen aus Stuttgart und der Region. Unter dem Motto «80 Jahre Bücherverbrennungen: Historisches Gedächtnis und heutige Verantwortung» fanden unter maßgeblicher Beteiligung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg im Frühjahr 2013 vielfältige Aktionen statt, darunter literarische Lesungen, eine Ringvorlesung an der Universität Stuttgart sowie ein künstlerischer Wettbewerb an den Volkshochschulen. Auftakt und Höhepunkt war die Eröffnung der Ausstellung «Verbrannte Bücher – Von den Nazis verfeimte Schriftsteller», die als Leihgabe der Berliner Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas vom 10. bis zum 31. Mai 2013 im Stuttgarter Rathaus zu sehen war. Nach dem Grußwort von Oberbürgermeister Fritz Kuhn setzte sich der renommierte Historiker Eberhard Jäckel mit der Bedeutung der Bücherverbrennung für die Errichtung und Festigung der NS-Diktatur auseinander. Anschließend erörterten der Journalist Jürgen Serke, der mit seinen Büchern zu von den Nazis verfolgten Autorinnen und Autoren Pionierarbeit geleistet hat, und die Vorsitzende des Förderkreises Denkmal für die ermordeten Juden Europas e. V., Lea Rosh, die Schwierigkeiten von Erinnerungsarbeit in der bundesdeutschen Gesellschaft.

BAYERN

«KRITIK AN DIE HOCHSCHULE!»

Zwar war das Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern letztlich erfolgreich. Dennoch bleibt die Situation an den dortigen Hochschulen alles andere als optimal: Die Drittmittelabhängigkeit beschränkt zunehmend die wissenschaftliche Unabhängigkeit. Im Zuge des neoliberalen Umbaus sollen die Hochschulen in möglichst effiziente «Bildungskonzerne» verwandelt werden. Die Bologna-Reform hat zu starker Verschulung und zu hohem Prüfungsdruck geführt. Unterfinanzierung, Studienplatzmangel, prekäre Beschäftigung und eine fehlende soziale Infrastruktur sind mittlerweile Standard. Zudem ist Bayern das letzte Bundesland ohne verfasste Studierendenschaft. Diese Situation nahm der Kurt-Eisner-Verein (KEV) zum Anlass, um 2013 eine kritische hochschulpolitische Veranstaltungsreihe zu organisieren. In Kooperation mit Nicole Gohlke, der hochschulpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN, Studierenden sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten aus sechs bayerischen Universitätsstädten lud der KEV zur Diskussion über Problemlagen, Alternativen und Perspektiven für den nötigen politischen Druck an der Hochschule ein. Aber wie das in Bayern oft so ist, stießen die Planungen mancherorts auf Widerstand: So zog die Universitätsverwaltung in Erlangen am Veranstaltungstag ihre Raumzusage zurück. Das Thema Zivilklausel war ihr wohl aufgrund von Förderungen aus der Rüstungswirtschaft zu heikel. In Würzburg riefen Burschenschaften dazu auf, unsere Veranstaltung zu stören, und bezeichneten sie als «linksextremistisch». Zum Glück ließen sie ihren Worten keine Taten folgen. In München sind politische Diskussionen an der Universität generell untersagt, darum diskutierten die Interessierten im EineWeltHaus über den Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die Hochschulen. Weitere Themen wurden in Eichstätt, Passau und Augsburg behandelt. Insgesamt kamen über 100 Interessierte – was für Veranstaltungen mit linken Inhalten an bayerischen Universitäten ein großer Erfolg ist.



Auch geeignet für die politische Bildungsarbeit: Reinhard Kleists Comic «Der Boxer»

BERLIN

WIE SUBVERSIV SIND COMICS?

Vor 20 Jahren wurde der Comic «Maus» von Art Spiegelman ins Deutsche übersetzt. Die Tierparabel verarbeitet die leidvollen Erlebnisse von Spiegelmans Eltern während des Holocaust in Polen. Das eindrucksvolle Werk gewann neben diversen Auszeichnungen als erster Comic den Pulitzerpreis. Die Übersetzung von «Maus» war auch der Beginn des Siegeszuges von Graphic Novels im deutschsprachigen Raum. Seitdem werden zunehmend Biografien, historische Ereignisse und politische Kämpfe in Comicform verarbeitet und von einem breiteren Publikum wahrgenommen. Der Markt für politische Comics scheint förmlich zu explodieren.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass Comics unter dem Generalverdacht standen, Kinder zu Gewalt- und Sexualfantasien zu verführen. Dem als proletarisch geltenden Medium wurde nachgesagt, gesellschaftliche Verrohung zu befördern, weshalb die Lektüre mit Verboten und Pausenhofentzug sanktioniert wurde. Heute sind längst nicht mehr alle Graphic Novels subversiv oder kommen «von unten». Im Gegenteil: Der Comic etabliert sich zunehmend als gefeierter Bildungsträger. So finden nicht nur historische Comics, zum Beispiel die Adaption vom «Tagebuch der Anne Frank», Eingang in den Lehrplan der Schulen. Auch Institutionen wie der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen greifen mit den «Andi-Comics» auf diese Kunstform zurück, und die Bundeswehr nutzt die Graphic Novel «Wave and Smile» in ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Den 20. Jahrestag von Art Spiegelmans «Maus»-Übersetzung nahm die Berliner Landesstiftung «Helle Panke» e. V. daher zum Anlass, in zwei Veranstaltungen dem politischen Potenzial von Comics auf den Grund zu gehen. Zu Gast waren Reinhard Kleist, der die Biografie des Auschwitz-Überlebenden Hertzko Haft gezeichnet hat, und Ole Frahm, Comicforscher und Gründungsmitglied der Arbeitsstelle für Graphische Literatur an der Universität Hamburg.



Heiner Flassbeck auf dem Potsdamer Kolloquium zur Außenpolitik

BRANDENBURG

20 JAHRE NACH MAASTRICHT: DIE EU IN DER KRISE

Das Thema des Potsdamer Kolloquiums zur Außenpolitik am 10. und 11. Oktober 2013 war der Zustand der Europäischen Union 20 Jahre nach Inkrafttreten der Verträge von Maastricht. In ihren einleitenden Vorträgen stellten André Brie (ehemaliger Europa-Abgeordneter) und Wilfried Telkämper (früherer Vizepräsident des Europäischen Parlaments) ihre jeweilige Sicht auf die EU dar.

André Brie beschrieb für die EU zwei mögliche Szenarien: entweder das weiterhin nicht ausgeschlossene Scheitern oder der Aufbau einer wirklichen Alternative zur real existierenden EU. Um die zweite Option zu realisieren, so Brie, müsse die EU zu einer sozialen, ökologischen, demokratischen und auf Menschenrechten basierenden Union werden. Nur so könne sie weiter als Vorbild für andere regionale Integrationsprozesse dienen und tatsächlich einen Beitrag leisten zu jener kühnen Vision von Jürgen Habermas, derzufolge die EU ein «entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer politisch verfassten Weltgesellschaft» ist. Demgegenüber argumentierte Telkämper, dass innerhalb der EU zurzeit «die größte kontinentale Migration in Friedenszeiten» stattfindet. Den gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt beschrieb er nicht als Instrument der Lohnkonkurrenz, sondern als Mittel für ein europäisches Sozialmodell, in dem Arbeits- und Sozialstandards gemeinsam festgelegt werden könnten.

An den drei Podiumsdiskussionen während der Tagung beteiligten sich der frühere Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Chefvolkswirt bei der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung, Heiner Flassbeck, die Europa-Abgeordnete der LINKEN Gabriele Zimmer, Thomas Händel und Helmut Scholz, der frühere Vorsitzende der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, Francis Wurtz, sowie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Iphigenia Kamtsidou, Lutz Kleinwächter, Hartmut Elsenhans, Stefanie Hürtgen und Erhard Crome.



Quo vadis, Nato? Internationale Tagung in Bremen

BREMEN

FRIEDEN? NICHT MIT DER NATO!

Ist das, was die Nato und ihre Mitgliedstaaten planen, finanzieren und tun, mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes und der UN-Charta vereinbar? Diese Frage diskutierten Ende April 2013 in Bremen über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Tagung «Quo vadis, Nato?». Mit hochkarätig besetzten Panels und unter Beteiligung eines breiten gesellschaftlichen Spektrums leistete die Tagung einen wichtigen Beitrag zur aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Debatte.

Hauptveranstalterin der Tagung war IALANA, die Vereinigung von Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen. Eine der lebhaft debattierten Fragestellungen lautete, ob Kriege durch rechtliche Mittel eingedämmt werden können und ob daher das Prinzip humanitär begründeter Interventionen durch dessen rechtliche Institutionalisierung reguliert werden müsste. Große Aufmerksamkeit fand der Vortrag von Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, zur rechtlichen Relevanz des Themas «Terrorismus und Anti-Terrorismus» und zum Verlauf des globalen «Krieges gegen den Terror». Ein weiteres viel diskutiertes Thema war der Einsatz von Kampfdrohnen. Nicht zuletzt war auch die Militärforschung an Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen Thema: Kristina Vogt, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, in der Bremischen Bürgerschaft, berichtete über die vielfältigen Bemühungen, eine entsprechende Zivilklausel im Bremer Hochschulgesetz zu verankern.

Der Veranstaltungsort Bremen hat eine besonders hohe Dichte an Rüstungsfirmen vorzuweisen. Sieben Mal höher als im Bundesschnitt liegt in Bremen der Anteil der Rüstung an der gesamten Wirtschaftsleistung. Die Rosa-Luxemburg-Initiative (die Landesstiftung in Bremen) hat den Kongress daher im Vorfeld auch mit eigenen Veranstaltungen zum Thema begleitet und ist seitdem weiterhin kontinuierlich in den Bereichen internationale Politik und Sicherheitspolitik tätig.



Der Hafen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Hamburg

HAMBURG

ÖKONOMISCHES GRUNDWISSEN

Bildungsangebote zu wirtschaftspolitischen Themen haben seit der Finanz- und Wirtschaftskrise Konjunktur, nicht nur bei der Hamburger Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das häufigste Format solcher Veranstaltungen sind Vorträge und Podiumsdiskussionen, oftmals mit prominenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie gewerkschaftlichen oder politischen Akteuren.

Im Frühjahr 2013 haben wir unser Angebot erstmals um einen Einführungskurs erweitert, bei dem an sechs Abenden jeweils ein ökonomisches Thema im Mittelpunkt stand. Die Palette reichte von Markt und Marktwirtschaft über Neoliberalismus und Keynesianismus bis hin zu den grundlegenden Stand- und Streitpunkten bezüglich Währungsunion und Euro-Krise.

Die Ausgangsüberlegung war, dass bei der Beschäftigung mit aktuellen wirtschaftspolitischen Ereignissen und Kontroversen oftmals fachliche Voraussetzungen fehlen und die Sachverhalte als zu unübersichtlich, zu abstrakt oder zu fern vom eigenen Alltagsleben angesehen werden. Der Kurs führte deshalb an die aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme heran, vermittelte aber zugleich auch notwendige theoretische Grundlagen. Das Ziel war, dass die Teilnehmenden sich in diesen Sachgebieten besser auskennen, die gegenwärtigen Kontroversen besser verstehen können und zu einer eigenständigen Meinungsbildung befähigt werden.

Dass es ein Bedürfnis nach systematischen Einführungen in wirtschaftspolitische Themen für Nichtökonominnen und -ökonominnen gibt, zeigte sich daran, dass durchschnittlich mehr als 20 Interessierte teilnahmen. Sie waren offensichtlich mit dem Angebot der Hamburger Rosa-Luxemburg-Stiftung zufrieden: 88 Prozent der Teilnehmenden bewerteten den Kurs als gut oder sehr gut. Das Ergebnis ermutigt uns, dieses Seminarformat auch 2014 wieder zusammen mit dem Kursleiter Rainer Volkmann anzubieten.



Wandbild in Boston: Shepard Faireys Angela Davis, die 2013 Gastprofessorin in Frankfurt war

HESSEN

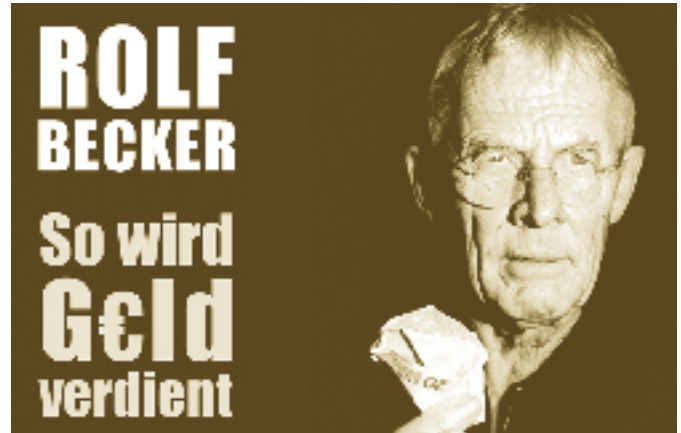
ANGELA DAVIS: WISSENSCHAFTLERIN UND AKTIVISTIN

Seit drei Jahren versucht die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen ihre Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und Studierendenverbänden an verschiedenen hessischen Universitäten zu intensivieren. Auch im Jahr 2013 wurden in Kooperation mit der Hochschule Fulda sowie den Universitäten in Frankfurt am Main, Gießen, Kassel und Marburg eine Reihe von Veranstaltungen organisiert.

Höhepunkt war die öffentliche Vorlesung von Angela Davis am 3. Dezember 2013 zum Antritt ihrer Gastprofessur für internationale Gender und Diversity Studies im Wintersemester 2013/14 auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt. Veranstalter der Antrittsvorlesung waren das Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen. Über zwei Drittel der rund 600 Teilnehmenden waren Frauen unter 35 Jahren. Angela Davis, die Namensgeberin der Professur, hat in Frankfurt studiert. Ihr wissenschaftliches Werk gilt als Grundlage für die weltweit geführten Debatten um *race, class and gender*. Nicht nur in den USA wird sie aufgrund ihres wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Engagements für soziale Gerechtigkeit und den Kampf gegen Rassismus geehrt.

Die Angela-Davis-Professur stößt auf breites öffentliches Interesse. Sowohl regional als auch überregional berichteten Presse, Fernsehen und Rundfunk darüber. Angela Davis gab aber auch kleineren Medien etliche Interviews.

Zusätzlich zur öffentlichen Antrittsvorlesung fanden fünf weitere Veranstaltungen und drei Blockseminare an der Goethe-Universität statt. Die 1.750 Personen, die daran teilnahmen, kamen nicht nur aus dem universitären Spektrum. Neben Studierenden und etlichen ehemaligen Weggefährtinnen und Weggefährten von Angela Davis waren darunter auch Angehörige von Parteien, Politik und sozialen Bewegungen. Insofern kann diese Kooperation der Stiftung als sehr erfolgreich bezeichnet werden.



Temperamentvolle Einführung in die Geschichte von Geld und Kapital

MECKLENBURG-VORPOMMERN

POLITISCHE ÖKONOMIE – LITERARISCH BETRACHTET

Manche haben (etwas) Kapital, andere haben «darin» gelesen, wieder andere nur davon geträumt – alle waren am 14. Januar 2013 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern und der Wismarer Stadtbibliothek ins Zeughaus zu einem literarischen Streifzug eingeladen worden. Unter dem Titel «So wird Geld verdient!» gab der temperamentvolle Hamburger Schauspieler Rolf Becker dort ungewöhnliche Einblicke in die Entwicklung von Geld und Kapital.

«Mynheer van Koek» hatte gerade ausgerechnet, dass er 800 Prozent Profit machen würde, wenn auch nur die Hälfte seiner 600 afrikanischen Sklavinnen und Sklaven die Reise nach Brasilien überlebte, als er vom Schiffsarzt erfuhr, viele Schwarze seien verstorben. Es sei besser, sie an der frischen Luft tanzen, als unter Deck verrecken zu lassen. Der Kaufmann sah dies sofort ein, veranlasste die Sklavinnen und Sklaven unter Peitschenhieben zu tanzen und flehte den Herrgott an: «Verschone ihr Leben um Christi will'n/Der für uns alle gestorben!/Denn bleiben mir nicht dreihundert Stück,/So ist mein Geschäft verdorben.»

Heinrich Heine war längst tot, als sein Freund Karl Marx zwölf Jahre nach Erscheinen des Gedichts «Das Sklavenschiff» im ersten Band des Kapitals die berühmte Passage über das Kapital und seine Sehnsucht nach Profit schrieb, derzufolge das Kapital für 100 Prozent alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß stampft und für das bei 300 Prozent Profit kein Verbrechen existiert, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.

Diese und andere Texte aus 2.000 Jahren Zivilisation waren Teil von Beckers unterhaltsamen und interessanten Erzählungen zur politischen Ökonomie. Fernab von Klischees und Schuldzuweisungen beleuchtete er schwierige ökonomische Prozesse heiter-besinnlich und eindrucksvoll – mit Zitaten und Gedanken literarischer Größen wie Sophokles, Aristophanes, Shakespeare, Heine, Marx, Brecht, Peter Weiss und Elfriede Jelinek. Die über 100 Gäste zeigten sich am Ende der Lesung äußerst nachdenklich und angetan.



Ultras – eine Fankultur im Visier der Polizei



Deutscher Alltag: zunehmende Armut trotz Wirtschaftswachstum

NIEDERSACHSEN

ULTRAS – TESTFELD FÜR REPRESSION

Sind Ultras gewaltbereite Hooligans, denen es letztlich allein um die Errichtung rechtsfreier Räume geht, oder macht die derzeit wohl größte subkulturelle Jugendbewegung doch mehr aus? Dieser Frage ging im November 2013 eine Diskussionsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen nach. Neben zwei Vertretern der Ultra-Szene von Hannover 96 war mit Jonas Gabler ein Projektmitarbeiter der Kompetenzgruppe «Fankultur und Sport bezogene Soziale Arbeit» der Universität Hannover geladen.

Die Diskussion drehte sich insbesondere um die Frage der Gewalt und die damit verbundenen Repressionsmaßnahmen gegen aktive Fußballfans. Sowohl der Fanforscher Gabler als auch die Ultra-Vertreter betonten mehrfach, es gebe bei der medialen Darstellung eine erhebliche Verzerrung. Zwar gebe es auch Gewaltbereitschaft aufseiten der Fans, jedoch bei Weitem nicht in dem Maße, wie es Medien und Politik darstellten. Viele Repressionsmaßnahmen gegen Ultras seien daher völlig überzogen und würden von Gerichten häufig als widerrechtlich eingestuft. Die Wahrscheinlichkeit, beim Münchner Oktoberfest verletzt zu werden, sei um ein Vielfaches größer als beim Fußball.

Jonas Gabler zufolge werden allem Anschein nach polizeiliche Maßnahmen und Strategien an Fußballfans «getestet» und dann auf weitere gesellschaftliche Bereiche ausgedehnt. Vermutet wird außerdem, dass die Ultra-Gruppen, die sich häufig kritisch gegenüber Vereinen oder Verbänden äußern, der Komplettermarktung des Fußballs als Familienevent im Wege stehen. Ihr vielfaches soziales Engagement oder ihre aktive antirassistische Arbeit in den Stadien würden dabei oft unerwähnt bleiben.

Die teils sehr hitzige Diskussion mit den etwa 100, zumeist jungen Besucherinnen und Besuchern verdeutlichte die Relevanz des Themas und gibt Anlass, zu dieser Thematik auch zukünftig zu arbeiten.

NORDRHEIN-WESTFALEN

TAGUNG «DIE NÜTZLICHE ARMUT»

Am 23. November 2013 fand in Wuppertal die Tagung «Die nützliche Armut» statt, die sich der begrifflichen Bestimmung und der genauen Analyse dieses Themas sowie der Suche nach Alternativen verschrieben hatte. Organisiert wurde die Konferenz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen, dem Erwerbslosenverein Tacheles e. V. und dem Center for International Studies in Social Policy and Social Services der Bergischen Universität Wuppertal. Den gewollt provokanten Titel der Tagung begründete Karl-Heinz Heinemann, Vorsitzender der Landesstiftung, zu Beginn folgendermaßen: «Armut ist kein Betriebsunfall, sondern wird notwendigerweise produziert in einem System, das auf Akkumulation beruht. Nicht erst seit der Agenda 2010 ist in Deutschland ein neues Armutsregime entstanden.»

Der Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbands, Rudolf Martens, arbeitete zunächst heraus, dass die Armut heute auch dann zunimmt, wenn die Wirtschaft wächst. Der Hannoveraner Milieuforscher Michael Vester konstatierte, dass sich die Gesellschaft zunehmend polarisiert und dass das mittlere Sozialmilieu wegbricht. Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre, der Sozialpädagoge und Kritiker der Tafelbewegung Stefan Selke und die Sozialrechtlerin Helga Spindler trafen auf engagierte Menschen aus der Praxis wie Michaela Hofmann von der Caritas in Köln und Aktive aus Erwerbslosenforen und Selbsthilfegruppen wie dem Tacheles e. V.

Die große Mehrheit der 170 Teilnehmenden war jung. Unter ihnen fanden sich viele Studierende und relativ wenige Personen, die klassischerweise bei linken Veranstaltungen anzutreffen sind. Darüber hinaus waren viele «Profis» aus Jugendhilfe und Sozialverwaltung vertreten sowie Betroffene aus den Selbsthilfeinitiativen. Das wohl wichtigste Ergebnis dieser eintägigen Konferenz ist somit, dass sie den Dialog zwischen all diesen Gruppen, die unterschiedlich vom Thema Armut betroffen sind, vorangebracht hat.



Prominenter Erinnerungsort in Berlin: Denkmal für die ermordeten Juden Europas



Feldbegehung im saarländischen Wadgassen

RHEINLAND-PFALZ

«DIKTATORENPUPPE ZERSTÖRT, SCHADEN GERING»

Geschichtspolitik ist ein relevantes Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Schließlich geht es in diesem Zusammenhang um die Deutungshoheit über und die Konstruktion von Vergangenheit für gegenwärtige und zukünftige politische Zwecke. In der linken politischen Praxis spielt aber vor allem die Herstellung von Gegenstandspunkten und Öffentlichkeit eine zentrale Rolle.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus steht dabei häufig im Mittelpunkt – so auch bei einer vom Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Rheinland-Pfalz organisierten Veranstaltung am 10. Juni 2013 in Mainz. Dort präsentierten die Herausgeberinnen Lisa Bolyos und Katharina Morawek im Rahmen des Jüdischen Kulturfestivals ihr Buch «Diktatorenpuppe zerstört, Schaden gering» über Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus einem interessierten Publikum. Das Buch beschäftigt sich mit Formen künstlerischen Handelns, die in die Nachwirkungen des Nationalsozialismus intervenieren beziehungsweise diese nachhaltig zu stören versuchen.

In der auf die Präsentation folgenden Diskussion ging es insbesondere um Unterschiede zwischen den postnazistischen Verhältnissen in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland sowie um die Frage, welche Konsequenzen diese Unterschiede für eine geschichtspolitische Praxis haben. Die Herausgeberinnen forderten, den postnazistischen Konsens kontinuierlich zu stören, anstatt Erinnerung in Form standardisierter Gedenkstätten oder Denkmäler zu verwalten und so einer abschließenden «Vergangenheitsbewältigung» Vorschub zu leisten. Dazu sei es notwendig, eine geschichtspolitische Haltung sowie künstlerische Formen zu entwickeln, die nicht glatt und widerspruchsfrei bleiben, sondern in Konflikte intervenieren. Zudem forderten Bolyos und Morawek mehr Transnationalität in geschichtspolitischen Debatten. Dies bedeute, die Folgen nationalsozialistischer Herrschaft über die Grenzen der Länder der Täter und Täterinnen hinaus zu betrachten.

SAARLAND

TATORT FELD: BIOANBAU UND MISCHKULTUREN

Es ist selten, dass die Bebauung eines Ackers viel Publikum anzieht. Ganz anders sieht es aus, wenn die Peter-Imandt-Gesellschaft im Saarland zu einem Feldtag auf dem Bioland-Hof von Marcus Comtesse im saarländischen Wadgassen einlädt wie Ende Juni letzten Jahres. Etwa 50 Interessierte, vom einfachen Verbraucher bis hin zum gestandenen Landwirt, nahmen an dieser besonderen Art der Feldbegehung teil. Dabei erfuhren sie, wie Biolandwirtschaft heute in Deutschland aussehen kann.

Marcus Comtesse wirtschaftet bereits in der zweiten Generation nach den Richtlinien des Öko-Verbands Bioland. Aktuell baut er auf etwa 100 Hektar Ackerland bis zu 17 verschiedene Feldfrüchte an. Doch nur nach Biokriterien zu arbeiten reichte ihm nicht. Seit dem Jahr 2003 verzichtet er daher auch aufs Pflügen. Irgendwann empfahl ihm der heutige Mitarbeiter der Landesstiftung Patric Bies, es einmal mit der Ölpflanze Leindotter als Partner für seine Kulturpflanzen zu versuchen. Leindotter stützt die empfindlichen Hauptpflanzen bei Wind und Gewitter vom Boden ab, wodurch der Mähdrescher mehr Erntegut aufnehmen kann. Zudem schützt es vor Unkraut, denn eigenartigerweise breitet er sich nur dort aus, wo die Hauptpflanze den Boden nicht bedecken konnte. Der Clou bei dem neuen Verfahren: Die mitgeerntete Ölfrucht ergibt ein gut zu vermarktendes Speiseöl.

Für Marcus Comtesse haben sich die Erwartungen erfüllt: Die Mischkulturen verbesserten seine Kosten-Nutzen-Rechnung. Zwar fallen die Ernteerträge etwas geringer aus, doch dafür besitzen sie eine besonders hohe Qualität. Die Ausgaben, die für eine geeignete Aussaat- und Trenntechnik nötig sind, können anderswo wieder eingespart werden. Während Dünger, Pflanzenschutzmittel und Treibstoff beim konventionellen Anbau 50 Prozent der Kosten ausmachen, lassen sich diese Ausgaben mit der oben beschriebenen Methode einsparen. Weniger kann also mehr sein.



Bernd Riexinger (re.) im Gespräch mit dem Sozialethiker Friedhelm Hengsbach



Rosa Luxemburg als engagierte Rednerin auf dem Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart

SACHSEN

VOM SOZIALSTAAT ZUM WETTBEWERBSSTAAT

Am 16. April 2013 luden die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und das Bürgerbüro des sächsischen Landtagsabgeordneten Falk Neubert zu einer Diskussion über die Lage des Sozialstaats in Deutschland ins Veranstaltungszentrum Stadtpark in Frankenberg ein. Etwa 80 Interessierte folgten der Einladung. Redner waren Friedhelm Hengsbach, Jesuit und emeritierter Professor für christliche Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, und Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und ehemaliger Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di im Bezirk Stuttgart. Moderiert wurde das Podiumsgespräch von der Politikwissenschaftlerin Susanna Karawanskij.

Ausgangspunkt der Debatte waren die Entwicklungen seit den 1980er Jahren. Seitdem hat die Verbreitung marktradikaler Positionen einen Feldzug gegen die sozialen Sicherungssysteme ausgelöst, der in den Hartz-Reformen gipfelte. Was macht – so lautete daher eine der Eingangsfragen – heute einen modernen Sozialstaat aus? Unstrittig war zwischen den Diskutanten, dass die Festigung des Sozialstaats an den Grundnormen der Gerechtigkeit und Solidarität ansetzen muss. Deutlich mehr Differenzen gab es hinsichtlich der Rolle der klassischen Erwerbsarbeit beim Ausbau und bei der Sicherung des Sozialstaates.

Weitere Themen waren das bedingungslose Grundeinkommen, Vorstellungen darüber, was Arbeit ist, Modelle der Arbeitszeitverkürzung, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und die Rolle von Gewerkschaften. Hierbei gelang es der Moderatorin, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Positionen herauszuarbeiten. Fazit der Veranstaltung war, dass es durchaus größere und ausbaufähige Berührungspunkte zwischen katholischer Soziallehre und linker Parteipolitik gibt, als vielleicht landläufig angenommen wird. Wer bei der Diskussionsrunde nicht dabei war, kann sich die Veranstaltung auch im Videomitschnitt anschauen (unter: www.youtube.com/watch?v=N7_HKDV1u3U).

SACHSEN-ANHALT

ROSA LUXEMBURG: REVOLUTIONÄRIN, FRAU, GELIEBTE

Initiiert durch die Frauenrechtlerin Clara Zetkin und beschlossen durch die 2. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, wurde 1911 in Deutschland der erste Frauentag gefeiert, damals noch am 19. März. Erst zehn Jahre später wurde der 8. März zum Internationalen Frauentag erklärt. Themen waren in dieser Zeit vor allem die Gleichberechtigung der Frau und ihr Wahlrecht sowie in den Jahren des Ersten Weltkrieges auch das Thema Frieden. Eine der bekanntesten Kriegsgegnerinnen und Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit war Rosa Luxemburg. Ihren Geburtstag am 5. März nahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt im Jahr 2013 zum Anlass, gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE, im Landtag von Sachsen-Anhalt die Feierlichkeiten zum Frauentag zu begehen. Der Einladung folgten fast 180 engagierte Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen aus dem Spektrum der LINKEN, aber auch zahlreiche Partner der Landesstiftung.

Der Abend kombinierte politische Bildung mit Kunst: Den ersten Teil gestaltete Ursula von Rätin mit ihrem politischen Kabarett. Neben Themen wie prekäre Erwerbssituationen und Erwerbslosigkeit wurde dort natürlich auch viel über das Frausein diskutiert. Der zweite Teil des Abends war Rosa Luxemburg gewidmet. Hanna Petkoff und André Zimmermann entführten die Zuhörerinnen und Zuhörer in eine andere Zeit. In einer szenischen Lesung aus Briefen von Rosa Luxemburg fesselten die beiden das Publikum und boten emotionsgeladene Einblicke in Rosas Leben. Die Briefe verdeutlichen ihren kämpferischen Geist, ihre Ideen und Ideale, aber auch ihre Sehnsüchte und Wünsche. Gerade Letzteres begeisterte viele der Teilnehmenden, da die Revolutionärin Rosa Luxemburg als Frau bisher nur selten vorgestellt wurde: eine Frau, die in nicht immer einfachen Beziehungen lebte und Sehnsucht nach eigenen Kindern hatte. Das lieferte viel Stoff zum Nachdenken und für angeregte Diskussionen.



Schubladendenken ist auch weitverbreitet, wenn es um den Islam geht



Szenische Lesung u. a. mit Luc Jochimsen, Bodo Ramelow und Peter Sodann (v.l.n.r.)

SCHLESWIG-HOLSTEIN

VERANSTALTUNGSREIHE ZU ISLAMFEINDLICHKEIT

Kriminalität, «Integrationsverweigerung» und Bildungslücken werden in Deutschland gern pauschal mit Muslima und Muslimen in einen direkten Zusammenhang gebracht. Antimuslimische Äußerungen werden nicht als Vorurteil eingestuft, sondern geduldet, wenn nicht sogar gutgeheißen. Aktuelle Studien belegen eine zunehmende Islamfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft, Klischees über das vermeintlich «Orientalische» sind weitverbreitet. Sowohl die Wirklichkeiten in islamischen Staaten als auch die Alltagskultur der in Deutschland lebenden Muslima und Muslime werden regelmäßig in den Medien diffamierend oder zumindest sehr undifferenziert dargestellt. Auch auf dem Arbeitsmarkt bestehen in Deutschland für sie besondere Hürden.

Gute Gründe also für eine Veranstaltungsreihe zum Thema Islamfeindlichkeit, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein zusammen mit zahlreichen Partnern im ersten Halbjahr 2013 im Kieler Landtag organisierte. Die Reihe beschäftigte sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit den Ursachen und Wirkungen von Vorurteilen und Ressentiments gegenüber Muslima und Muslimen in Deutschland, sowohl in der Gesellschaft als auch in staatlichen Institutionen. Am 30. April hielt zudem Marwa Al-Radwany, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel vor über 100 Personen einen Vortrag zu antimuslimischem Rassismus.

In der Abschlussveranstaltung im Kieler Landtag diskutierten Politikerinnen und Politiker aller im Landtag vertretenen Parteien über mögliche Gegenstrategien. Insgesamt nahmen etwa 400 Menschen an der viel beachteten Veranstaltungsreihe teil.

Die Vorträge wurden im Offenen Kanal Kiel gesendet und in einer Broschüre mit dem gleichlautenden Titel der Veranstaltungsreihe «Islamfeindlichkeit – Gegenstrategien und Handlungsbedarfe in Schleswig-Holstein» dokumentiert.

THÜRINGEN

CHILE – EIN FEST FÜR DIE SOLIDARITÄT

Im September 2013 jährte sich zum 40. Mal der Militärputsch, der dem linkssozialistischen Experiment in Chile ein jähes Ende setzte. Der gewaltsame Sturz der Allende-Regierung und die Menschenrechtsverletzungen der Pinochet-Diktatur brachten eine weltweite Solidaritätsbewegung mit den Verfolgten des Regimes hervor. Der geheimdienstlich vorbereitete Putsch erstickte damals im Keim den Versuch, eine gesellschaftliche Alternative aufzubauen, die sich möglicherweise deutlich vom osteuropäischen Staatssozialismus unterscheiden hätte. Erst Jahrzehnte später sollte dieser Ansatz in Ländern wie Venezuela, Bolivien und Ecuador einen Neubeginn erfahren.

Anlässlich des 40. Jahrestages lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen am 15. September 2013 zu einer szenischen Lesung mit anschließender Gesprächsrunde ein. Mehr als 100 Menschen kamen ins Erfurter Jugendtheater Schotte zu der Veranstaltung mit dem Titel «Chile 1973 und heute – ein Fest für die Solidarität». In der szenischen Lesung wurden Originaltexte aus jener Zeit vorgetragen, erweitert durch Originalaufnahmen aus Radio- und Fernsehsendungen. Es lasen unter anderem Luc Jochimsen, Bodo Ramelow sowie Peter und Franz Sodann. In dem anschließenden Gespräch befragte Stiftingsmitarbeiter Bernd Löffler den Journalisten und Zeitzeugen Alvaro Rojas sowie den Soziologen Dasten Julián zu der Zeit vor und nach dem Putsch, zu den Konsequenzen für die chilenische Linke und zur gegenwärtigen politischen Situation im Land.

Die Veranstaltung bewegte viele der Anwesenden. Nicht wenige erinnerten sich in den Pausengesprächen und bei der Musik von Rodrigo Santa Maria, wie sie diese Zeit erlebt hatten. Gleichzeitig machten die Ausführungen von Rojas und Julián deutlich, dass die politische Situation in Chile wieder in Bewegung geraten ist und 40 Jahre nach dem Putsch eine Phase neuer sozialer Mobilisierung begonnen hat.

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Seit März 2013 ist Peter Schäfer als Leiter des zukünftigen Regionalbüros Nordafrika in Tunis vor Ort. Die Eröffnung ist für die zweite Jahreshälfte 2014 geplant. Die Arbeit der nunmehr 18 Auslandsbüros koordinieren die sechs regionalen Referate des Zentrums für Internationalen Dialog, zu denen im Jahr 2012 ein neues Querschnittsreferat hinzugekommen ist. Seit 2013 betreut dieses Referat das neue Traineeprogramm und zwei sogenannte Zweitentsendungen.

Das Traineeprogramm ist eine auf zwei Jahre begrenzte, umfassende Ausbildung von Nachwuchskräften aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Leitungspositionen im Bereich der internationalen Politik und Entwicklungszusammenarbeit. Wichtiger Baustein dieses Programms sind zwei halbjährige Aufenthalte in zwei verschiedenen Auslandsbüros der Stiftung. Am 1. September 2013 haben Wenke Christoph und Therese Wenzel als die ersten Trainees ihre Ausbildung aufgenommen, am 5. Mai 2014 kam als dritte ausgewählte Person Florian Höllen hinzu.

Im Jahr 2013 kam es zudem zu zwei Zweitentsendungen, zum einen im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt «Wissenschaftskooperation Nordafrika». Im Rahmen dieses Projekts hat der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni 2013 entschieden, eine leitende Fachkraft von Deutschland nach Tunesien zu entsenden. Ihre Aufgaben sind der Kontaktaufbau zu und der Austausch mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der arabischen Welt und einschlägigen Institutionen in Deutschland, die Vernetzung zwischen linken arabischsprachigen Wissenschaftlerinnen und Kollegen in Deutschland und Europa sowie perspektivisch die Entwicklung und Konzeption von gemeinsamen Forschungsvorhaben von der Stiftung und lokalen Partnern in der Region Nordafrika. Dieses Vorhaben ist dem Schutz und der Förderung der Freiheit von Lehre und Forschung als Teil einer demokratischen und säkularen Gesellschaft verpflichtet. Für die Umsetzung wurde der ehemalige Hochschullehrer Khaled Chaabane ausgewählt.

Beim zweiten Projekt handelt es sich um eine Fokusstelle zum Leben und Werk Rosa Luxemburgs. Der polnischsprachige Teil der Schriften Rosa Luxemburgs wurde bisher vergleichsweise stiefmütterlich behandelt. Umso wichtiger ist es, auch im Rahmen der polnischen Diskussion über eine demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft, neu vorliegende Quellen für ein breites polnischsprachiges Publikum aufzuarbeiten. Die Fokusstelle wurde mit Holger Pollit besetzt, der sich durch sein fundiertes Wissen über das Wirken und Werk Rosa Luxemburgs und hervorragende Kenntnisse der zeitgeschichtlichen Hintergründe sowie der Gegenwartsentwicklung Polens und seiner Nachbarländer auszeichnet.



Helmuth Markov (DIE LINKE), Justizminister in Brandenburg, als Redner bei der Festveranstaltung zum dreijährigen Bestehen des Auslandsbüros in Neu Delhi. Informationen unter: www.rosalux.de/news/40292.

KONTINUIERLICHE PROJEKTARBEIT IN SÜDASIEN

Seit drei Jahren koordiniert das Auslandsbüro im Süden von Neu Delhi die Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südasiens. Das zehnköpfige Team, das Carsten Krinn vor Ort aufgebaut hat und nach wie vor leitet, initiiert und unterstützt Kooperationsprojekte in Indien, Nepal, Bangladesch und Sri Lanka. Neben Veranstaltungen mit lokalen Akteuren liegt der Schwerpunkt der Arbeit insbesondere auf längerfristigen Kooperationen mit Universitäten, Instituten, Basisorganisationen und anderen Partnern aus dem Bereich der politischen Bildung. Südasiens ist politisch auch aufseiten der Linken – oder gerade dort – gespalten. Bewaffnete Maoistinnen und Maoisten in den Bergen des Himalayas zählen sich ebenso zur Linken wie beherzte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit trotzkistischem Hintergrund in Sri Lanka. Neben kleinen Theoriegruppen, deren 20 Mitglieder aus ganz Indien regelmäßig in einer ländlichen Kleinstadt zusammenkommen, gibt es dort auch große kommunistische Frauenverbände, in denen viele Millionen Frauen organisiert sind. Manchmal helfen im südasiatischen Kontext Kategorien wie «links» auch nicht weiter, um sich im politischen Feld zu orientieren. So kann beispielsweise eine politische Organisation oder Partei, die sich

für revolutionär hält, durch überalterte, verknöcherte und autoritäre Strukturen geprägt sein, während eine Basisinitiative, die Menschen in ihren Alltagskämpfen beisteht und sie zum eigenständigen und kritischen Denken anleitet, mit der Zuschreibung «links» womöglich wenig anzufangen weiß.

DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG VERFOLGT IN SÜDASIEN DREI PROGRAMMLINIEN

«Labour Affairs»: Am häufigsten und auch am kontinuierlichsten arbeitet die Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Region mit Partnerorganisationen zusammen, die sich kritisch mit der Arbeitswelt auseinandersetzen. Thematisch geht es meist um den sogenannten *unorganised sector*. Damit sind sowohl wirtschaftlich als auch rechtlich informelle Arbeitsbeziehungen gemeint, die von extremer Unsicherheit und einem hohen Maß an Ausbeutung gekennzeichnet sind. Obwohl über 90 Prozent aller Beschäftigten in Südasiens in diesem Bereich arbeiten, sind traditionelle Organisationen der Arbeiterbewegung dort kaum vertreten. Bestehende Ansätze sind zwar häufig von politischem Willen, aber auch von Stereotypen geprägt – die Akteure wissen nicht genug über die reale Lage vor Ort und die sozioökonomischen Hintergründe.

«Concepts of Left Practice» umfassen Programm- und Projektansätze, bei denen linke Kräfte in Südasiens darin gestärkt werden sollen, zu bestimmten Problemen und Themen in der Öffentlichkeit Position zu beziehen und sich zu artikulieren. Insbesondere im Bereich der Bildung konnten Partner gewonnen werden, die sich mit den negativen Folgen der Privatisierungswelle im öffentlichen Sektor befassen. Für das kommende Jahr sind zwei Seminarwochen zur marxistischen Theorie und Praxis geplant. Linke Programmatik ohne einen schöpferischen Austausch in Südasiens über Länder- und Ideologiegrenzen hinweg ist nicht möglich.

«Agrarian Question(s)» erinnert an Karl Kautskys Werk «Die Agrarfrage», in dem es schon vor über 100 Jahren um die «Schranken der kapitalistischen Landwirtschaft» und den Sozialismus ging. Hier interessiert besonders, ob mit ökologischen Methoden der kleinbäuerlichen Landwirtschaft das Überleben der überwiegend armen Bevölkerung gesichert werden kann. In Indien herrscht nicht nur Armut, sondern auch Hunger. Obwohl das Land in der Lage wäre, die eigene Bevölkerung zu versorgen, gilt ein Viertel der Bevölkerung als unterernährt. Mit fast 30 Partnerorganisationen und einem stabilen Netz-

werk arbeitet die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südasien daran, die aktuelle politische Lage zu analysieren, neue soziale Bewegungen und kritische Partner ausfindig zu machen und anwendungsbezogene Forschung zu unterstützen. Im hart umkämpften Feld einer stark gespaltenen Linken regt die Stiftung Debatten um alternative Antworten und Konzepte über die Grenzen politischer Lager hinweg an und schafft Räume für einen konstruktiven Austausch.

VON DER SCHWIERIGKEIT, EIN FASS WIEDER ZU FÜLLEN, DAS BEINAHE LEERGELAUFEN IST
ZUR GEWERKSCHAFTSARBEIT IM SÜDLICHEN AFRIKA

«Es war, als ob plötzlich der Spund aus dem Fass gerissen wurde, und auf einmal war es fast leer.» So beschrieb Kessie Moodley, Direktor des Workers' College in Durban, die Lage der Gewerkschaften zu Beginn der 1990er Jahre. Durch den Zusammenbruch des Apartheidsystems, die staatliche Unabhängigkeit Namibias und die Regierungsübernahme durch den ANC in Südafrika verloren die Gewerkschaften auf einen Schlag eine Vielzahl von hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie traten den neuen Regierungen bei oder übernahmen Positionen im Staatsapparat. Dieses Personal, aber auch der große Schatz an Erfahrungen, den sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durch ihr Engagement im Widerstand gegen die Apartheid erworben hatten, fehlten nun den Arbeiterorganisationen, die beides dringend benötigten. Zudem stellte die unter dem Schlagwort «Globalisierung» bekannte Verdichtung weltweiter Wirtschaftsverflechtungen die Gewerkschaften vor neue große Herausforderungen.

In dieser prekären Situation ergriffen gewerkschaftsnahe Bildungseinrichtungen die Initiative und begannen, sich der systematischen Ausbildung von Nachwuchskräften für Gewerkschaften zu widmen. Labour-Diploma-Kurse wurden mit Unterstützung von Akademikerinnen und Akademikern konzipiert und umgesetzt. Bis heute haben das Workers' College in Durban (WCD) in Südafrika und das Labour Resource and Research Institute (LaRRI) in Windhoek (Namibia) mehr als 500 Absolventinnen und Absolventen hervorgebracht. Seit Beginn ihrer Arbeit im südlichen Afrika unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung durch ihre Kooperation mit dem WCD und LaRRI die Labour-Diploma-Kurse und trägt so zum Erfolg dieser Bildungsinitiative bei.

Mit der Zeit haben sich die Verhältnisse jedoch verändert, auch in der Arbeitswelt im südlichen Afrika. Viele Gewerkschaften sind inzwischen deutlich näher an die Regierungspolitik herangerückt oder ins Ko-Management der Unternehmen eingetreten. Eine neue Generation von gut ausgebildeten Kadern drängt in die Führungspositionen der Gewerkschaften, wo sich ihnen heutzutage auch eine beachtliche Wohlstandskarriere eröffnet.

Welchen Sinn macht da noch ein Bildungsprogramm, das sich vor allem der Förderung des Gewerkschaftsnachwuchses «von

unten» verschrieben hat? Sind die «alten» Diploma-Kurse, auch angesichts sinkender Teilnehmerzahlen, noch zeitgemäß?

Mittels einer Evaluation der laufenden Programme haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihre Partner im Jahr 2013 versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden – und dabei ist Erstaunliches zutage getreten.

Die Kurse sind nach wie vor eine begehrte Form der Weiterbildung, die vielen Absolventinnen und Absolventen hilft, komplexe Zusammenhänge besser zu verstehen und sich am Arbeitsplatz selbstbewusster und kenntnisreicher für die Belegschaftsbelange einzusetzen. Sie tragen damit maßgeblich dazu bei, die Leistungen der Gewerkschaften zu steigern und Arbeitnehmerrechte durchzusetzen oder zu verteidigen.

Der Rückgang der Teilnehmerzahlen ist auch einem schwieriger gewordenen Umfeld geschuldet, das zunehmend weniger Unterstützung beispielsweise für Freistellungen gewährt. Gelegentlich fühlen sich Absolventinnen und Absolventen auch ausgegrenzt und beargwöhnt, wenn sie mit neuem Wissen und mit Begeisterung für Veränderungen an ihre Arbeitsplätze zurückkommen. Schließlich sind da noch die erfolgreichen Graduierten, die «abwandern», die ihre Bildung nutzen, um lukrative Posten in der Regierung oder in privaten Unternehmen zu übernehmen. Und so kann es heute durchaus passieren, dass ein frisch diplomierter Gewerkschafter bei Lohnverhandlungen jemandem gegenübertritt, der einst selbst Absolvent des Labour-Diploma-Programms war, der aber die Seiten gewechselt hat und heute ein erfolgreicher Unternehmer ist.

FREEDOM '63 REMIXED

DAS AUSLANDSBÜRO IN NEW YORK FEIERT EIN JUBILÄUM

Angeführt von Martin Luther King demonstrierten am 28. August 1963 in Washington Hunderttausende Menschen gegen Rassentrennung und Rassismus. Aus Anlass des 50. Jahrestages dieses herausragenden «March on Washington for Jobs and Freedom» (MOW) organisierte das New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 16. August 2013 eine Großveranstaltung in Harlem, an der rund 400 Menschen teilnahmen, unter ihnen über ein Dutzend Demonstrantinnen und Demonstranten von damals.

Den Auftakt der Veranstaltung bestritt der berühmte Komiker Dick Gregory – ein enger Vertrauter Martin Luther Kings, der nicht nur am MOW teilgenommen hat, sondern auch an zahlreichen Aktionen des zivilen Ungehorsams. Gregory ging auf die historische Bewegung ebenso ein wie auf den gegenwärtigen Kampf um Gleichberechtigung. Er erhielt Standing Ovationen.

Herzstück des Abends waren drei Dialoge, die zwischen den Aktivistinnen und Aktivisten von damals und denen von heute geführt wurden. Den ersten Dialog bestritten Jeanne Theoharis, Autorin von «The Rebellious Life of Rosa Parks» (2013), und Gwendolyn Z. Simmons, die in den 1960er Jahren im Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) aktiv gewesen ist. Im Mittelpunkt stand die Rolle, die Frauen für die



Hatten viele Lacher auf ihrer Seite: Hari Kondabolu (li.) und Dick Gregory in Harlem



Tagung in Haifa für einen Nahen und Mittleren Osten ohne Massenvernichtungswaffen

Bewegung spielten. Es sei kein Zufall, so Theoharis und Simmons übereinstimmend, dass bis heute systematisch ignoriert werde, dass die große Mehrheit der Aktiven in der Bewegung Frauen gewesen sind.

Den zweiten Dialog führten Boots Riley, Rapper (The Coup) und Aktivist, und Dorothy Zellner, die ebenfalls im SNCC aktiv gewesen ist. Riley arbeitete die soziale Dimension der Bewegung heraus und kritisierte, dass die Klassenfrage heute auch innerhalb der Linken allzu oft in den Hintergrund trete. Zellner berichtete, wie sehr seinerzeit die Rede des SNCC-Vertreters John Lewis auf der Kundgebung zensiert worden ist.

Zur großen Erheiterung des Publikums bestritten die beiden Komiker Hari Kondabolu und Dick Gregory den dritten Dialog. Dabei gelang es ihnen, den Witz mit dem Ernst der Sache zu verbinden. Dick Gregory verglich Martin Luther King mit einer Schildkröte: außen hart, innen weich und mutig genug, den Kopf rauszustrecken. Abschließend forderte er die Anwesenden auf, im Kampf um die gesellschaftliche Transformation der Vereinigten Staaten und die Gleichberechtigung der Afroamerikanerinnen und -amerikaner nicht nachzulassen. Dieser Appell, so viel steht fest, fiel an diesem Abend auf fruchtbaren Boden.

.....
 Weitere Informationen und Videos unter:
www.rosalux-nyc.org/freedom-63-remixed.

VOM TRAUMA ZUM VERTRAUEN
 EINE VERANSTALTUNG DES ISRAEL-BÜROS
 ZUR ABRÜSTUNGSPOLITIK

Am 5. und 6. Dezember 2013 fand in Haifa eine internationale Konferenz zum hochsensiblen Thema «Für einen von Massenvernichtungswaffen freien Nahen und Mittleren Osten» statt. Gastgeber war das Emil Touma Institute for Palestinian and Israeli Studies (Haifa). Mitveranstalter waren neben der Rosa-Luxemburg-Stiftung die International Association of Peace

Messenger Cities und das Israeli Disarmament Movement. Unter den über 100 Gästen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft befanden sich acht amtierende beziehungsweise ehemalige Knesset-Abgeordnete und 20 internationale Gäste, wie etwa Wolfgang Gehrcke (MdB, DIE LINKE). Das Medienecho war außerordentlich breit: Englisch-, hebräisch- und arabischsprachige Zeitungen berichteten, es erschienen ein Beitrag im israelischen Rundfunk und mehrere Fernsehbeiträge (z. B. bei Al-Jazeera und Press TV).

In seiner Eröffnungsrede warnte der ehemalige Bürgermeister von Hiroshima, Tadatoshi Akiba, vor den Folgen des Einsatzes nuklearer Waffen: «Niemand soll erleiden, was meine Landsleute erlitten haben.» Aufgabe zivilgesellschaftlicher Akteure sei es, Druck auf die Regierungen auszuüben, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Auch Avraham Burg, ehemaliger Knesset-Sprecher, plädierte für öffentliches Engagement. Er lehne es ab, seiner Regierung blind zu vertrauen. Die Nuklearstrategie seines Landes wurde in der seit der Staatsgründung Israels angespannten Sicherheitslage. Durch die im Jahr 2013 in Genf erzielten Vereinbarungen, etwa mit Iran, ergäben sich neue Möglichkeiten für die Region. Die existierenden Spannungen jedoch erforderten schnelle Entscheidungen. Israel solle seine Atompotenziale offenlegen, um «vom Trauma zum Vertrauen» zu gelangen. Der Initiator der Konferenz, Issam Mahhoul, pflichtete Burg bei. Gehe Israel nicht nach Helsinki, müsse Helsinki nach Israel kommen.

Mehrere Panels erörterten die politischen und gesellschaftlichen Implikationen der angestrebten Befreiung der Region von Massenvernichtungswaffen. Debattiert wurde unter anderem über die Zügelung der atomaren Ambitionen Irans, das israelische Atombombenpotenzial, die Gefahren der Nuklearbewaffnung anderer Staaten in der Region und die Vernetzung von Friedens- und Abrüstungsinitiativen. Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen machten Vorschläge, wie die Öffentlichkeit sensibilisiert und stärker mobilisiert werden könne. Denn nur über ausreichend Druck auf die israelische Regierung sei das Ziel, den Nahen und Mittleren Osten von Massenvernichtungswaffen zu befreien, zu erreichen.

**VEREINTE NATIONEN/
NORDAMERIKA; NEW YORK/USA**

Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen
und Dr. Albert Scharenberg
275 Madison Avenue, Suite 2114
New York, NY 10016, USA
Tel. +1 917 409 1037
ehmsen@rosalux-nyc.org
scharenberg@rosalux-nyc.org
www.rosalux-nyc.org

**MEXIKO/ZENTRALAMERIKA;
MEXIKO-STADT/MEXIKO**

Leitung: Torge Löding
General Pedro Anaya 65
Calzada General Pedro Anaya 65
Col. San Diego Churrubuscu CP
04120, México
Tel. +52 55 5544-5500
Fax +52 (55) 55443097
torge.loeding@rosalux.org.mx
www.rosalux.org.mx

ANDENLÄNDER; QUITO/ECUADOR

Leitung: Dr. Miriam Lang
Calle Miravalle N24-728
y Zaldumbide – La Floresta
Quito, Ecuador
Tel. +593 2 2553771
miriam.lang@rosalux.org.ec
www.rosalux.org.ec

**SÜDAMERIKA;
SÃO PAULO/BRASILIEN**

Leitung: Gerhard Dilger
Rua Ferreira de Araujo, 36
Alto de Pinheiros
05428-000 São Paulo, Brasilien
Tel. +55 11 37969901
Fax +55 11 30979014
dilger@rosalux.de, www.rls.org.br

**EUROPÄISCHE UNION;
BRÜSSEL/BELGIEN**

Leitung: Dr. Klaus Sühl
11, Avenue Michel-Ange
1000 Brüssel, Belgien
Tel. +32 2 73876-60
Fax +32 2 73876-69
suehl@rosalux-europa.info
www.rosalux-europa.info

**OSTMITTELEUROPA;
WARSCHAU/POLEN**

Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka
ul. Platnicza 55
01-832 Warszawa ,Polska
Tel. +48 22 5023-550
Fax +48 22 5023-555
gwiazdecka@rls.pl
www.rls.pl

**RUSSLAND/ZENTRALASIEN/
KAUKASUS; MOSKAU/RUSSLAND**

Leitung: Tiina Fahrni
Prospekt Vernadskogo 84, kor. 2
119606 Moskau, Russland
Tel. +7 499 9560 502
Fax +7 499 9560 122
tf@rosalux.ru
www.rosalux.ru

SÜDOSTEUROPA; BELGRAD/SERBIEN

Leitung: Dr. Boris Kanzleiter
Gospodar Jevremova 47
11000 Belgrad, Serbien
Tel. +381 11 3038822
Mobil +381 60 3346001
boris.kanzleiter@rosalux.rs
www.rosalux.rs



SÜDASIEN; NEU DELHI/INDIEN

Leitung: Dr. Carsten Krinn
Centre for International Co-Operation
C-15, 2nd Floor
Safdarjung Development Area (Market)
Neu Delhi 110 016, Indien
Tel. +91 11 49204670
Fax +91 11 4920 4666
Mobil +91 99 10 62 94 83
krinn@rosalux.de, www.rosalux.de

SÜDOSTASIEN; HANOI/VIETNAM

Leitung: Nadja Charaby
72 Xuan Dieu; Tay Ho District
Hanoi, Vietnam
Tel. +84 4 371858-36
Fax +84 4 371858-34
Mobil + 84 90 22 21 020
charaby@rosalux.vn, www.rosalux.vn

OSTASIEN; PEKING/CHINA

Leitung: Dr. Lutz Pohle
Apt. 01-2-11, Sanlitun Diplomatic
Compound (North Yard)
Sanlitun Dongsanjie
Chaoyang District
100600 Peking, China
Tel. +86 10 853246-10
Fax +86 10 853246-75
Mobil +86 1370 1200475
pohle@rosalux.de

In Vorbereitung

NORDAFRIKA/TUNESIEN

Leitung: Peter Schäfer
23, Sh. Jughurta
pschaefer@rosalux.de
www.rosalux.de

TÜRKEI/ISTANBUL

Leitung: Kadriye Karci
karci@rosalux.de

VERBINDUNGSBÜRO ATHEN/GRIECHENLAND

Kontakt: Ioanna Meitani, Eftychia Kotini
Kallidromiou Str. 17
10683 Athen, Griechenland
Tel. +30 210 3613769
meitani@rosalux.de, kotini@rosalux.de
http://rosalux.gr

ISRAEL; TEL AVIV/ISRAEL

Leitung: Dr. Angelika Timm
26, Nachmani St – P.O.Box 536
Tel Aviv 61004, Israel
Tel. +972 3 6228291
Fax +972 3 6855632
timmang@rosalux.co.il
www.rosalux.co.il

PALÄSTINA; RAMALLAH/PALÄSTINA

Leitung: Dr. Katja Hermann
Mub'adeen St., Ramallah/Al Bireh,
Palestine
Postanschrift:
P.O.Box 49205, Jerusalem 91491, Israel
Tel. +972 2 240 3830
Fax +970 2 240 3980
katja.hermann@rosaluxemburg.ps
www.rosaluxemburg.ps

WESTAFRIKA; DAKAR/SENEGAL

Leitung: Dr. Claus-Dieter König
Villa No. 43, Sotrac-Mermoz
Dakar, Senegal
B.P. 25013, Dakar – Fann, Senegal
Tel. +221 33 869-7519
Fax +221 33 8241 995
info@rosalux.sn
www.rosalux.sn

OSTAFRIKA; DARESSALAM/TANSANIA

Leitung: Siegfried Schröder
47, Ndovu Road, Mikocheni B
Daressalam, Tansania
P.O.Box 105527, Daressalam, Tansania
Tel. +255 777 903894
Fax +255 22 2774597
Mobil +255 684 058340
schroeder@rosalux.de
www.rosalux.co.tz

SÜDLICHES AFRIKA; JOHANNESBURG/SÜDAFRIKA

Leitung: Dr. Armin Osmanovic
237 Jan Smuts Avenue, Parktown North
Johannesburg 2193, Republik Südafrika
P.O.Box 3156, Parklands 2121
Johannesburg, Republik Südafrika
Tel. +27 11 4475-222/-224
Fax +27 11 8805 676
info@rosalux.co.za, www.rosalux.co.za

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung regelmäßig Veranstaltungs-, Publikations- und Forschungsvorhaben von anderen Trägern politischer Bildung und kooperiert bei deren inhaltlicher Gestaltung. Im Jahr 2013 wurden rund 900 Anträge auf finanzielle Förderung eingereicht. 157 Vorhaben konnten unterstützt werden. Dafür wurden 356.900 Euro eingesetzt.

Fünf Großprojekte wurden mit insgesamt 135.160 Euro (38 Prozent des Budgets) unterstützt:

- Linke Medienakademie e. V.: zentrale und regionale Weiterbildungsveranstaltungen zu Themen der Mediengestaltung; 50.000 Euro
- INKRIT e. V.: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus – editorische Arbeiten am Band 8/2 («links/rechts» bis « Maschinerie»), Vorbereitung Band 9; 35.000 Euro
- Rolf Hecker: Herausgabe von «Jenny Marx. Die Briefe»; 28.000 Euro
- Stabsstelle Kultur Altmarkkreis Salzwedel: Ausstellung «Jenny Marx 1814–1881. Eine couragierte Frau zwischen Salzwedel und London»; 12.160 Euro
- Attac Trägerverein e. V.: Fortbildungsprogramm Attacademie; 10.000 Euro

Es wurden 13 Vorhaben mit Beträgen zwischen 5.000 und 9.999 Euro gefördert, 76 mit Beträgen zwischen 1.000 und 4.999 Euro, 49 mit Beträgen zwischen 500 und 999 Euro und 14 mit Beträgen unter 500 Euro.

BEISPIELE DER PROJEKTFÖRDERUNG

BERLINER VVN-BDA E. V.: TAGUNG «ERINNERUNG AN VERGANGENHEIT BAUT ZUKUNFT. DIE HÄFTLINGE DES KZ UND DES ZUCHTHAUSES SONNENBURG»

Förderung: 2.300 Euro

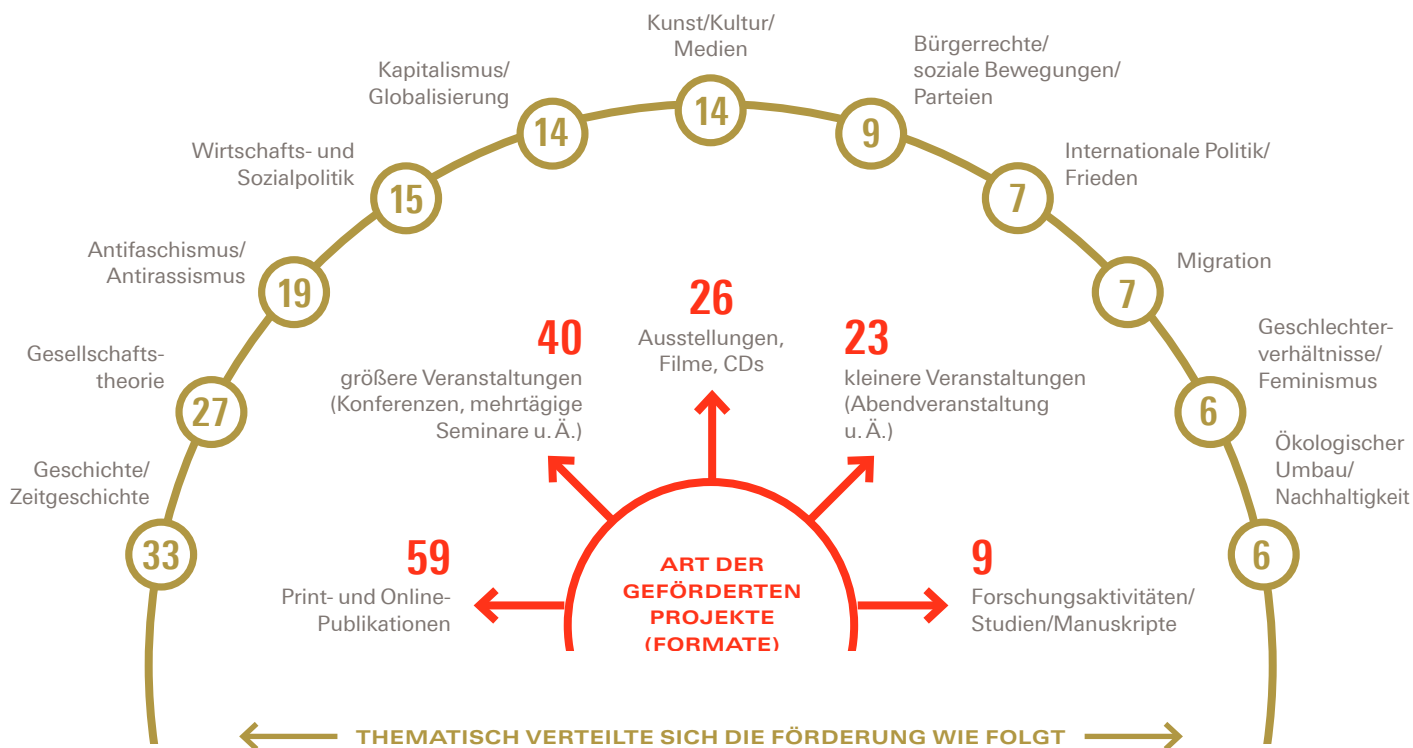
In den Jahren 1933/34 wurde auf dem Gelände des Zuchthauses Sonnenburg im heutigen Słońsk, 15 Kilometer von Kostrzyn (Küstrin) entfernt, ein Konzentrationslager errichtet. Dort waren Carl von Ossietzky, Erich Mühsam und Hans Litzen interniert. Ab 1934 wurde es als Zuchthaus insbesondere für politische Gefangene weitergeführt, ab 1942 hielt man hier Widerstandskämpferinnen und -kämpfer aus den okkupierten Ländern Europas gefangen. In der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 1945 – wenige Stunden vor der Befreiung durch die Rote Armee – erschoss eine SS-Einheit im Hof des Zuchthauses

814 Häftlinge. Dieses Massaker schloss auf dramatische Weise die zwölf Jahre andauernde Schreckensherrschaft des deutschen Faschismus in Sonnenburg ab. Seit 1974 existiert dort ein Museum, jährlich wird an das Massaker von 1945 erinnert. Anliegen der gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung von Słońsk organisierten Tagung war es, diesen Ort des faschistischen Terrors stärker ins öffentliche Bewusstsein zu heben und in der deutschen, polnischen und europäischen Erinnerungskultur zu verankern. Die 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Polen, Belgien und Deutschland informierten sich über die Geschichte des Zuchthauses Sonnenburg, Angehörige ehemaliger Häftlinge berichteten über deren Schicksal. Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Museums und der Ausstellung wurde auch diskutiert, wie man stärker Jugendliche in die erinnerungspolitischen Aktivitäten einbeziehen kann. Der Tagung gelang es, über die Vernetzung von Angehörigen, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie Historikerinnen und Historikern hinaus Grundlagen für die weitere Entwicklung hin zu einem europäischen Gedenkort zu legen. Sowohl die deutsche und polnische Presse als auch regionale polnische Rundfunk- und Fernsehsender haben über die Veranstaltung berichtet. Eine Dokumentation der Tagung wird in deutscher und polnischer Sprache erscheinen.

JÜRGEN BREITER: «EIN ORT ZUM LESEN 2.0».
PROJEKTENTWICKLUNG FÜR EINE INTERAKTIVE RAUMINSTALLATION ZUR ERINNERUNG AN DIE BÜCHERVERBRENNUNG AM 10. MAI 1933
 Förderung: 2.000 Euro

In Kooperation mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin entwickelte Jürgen Breiter eine multimediale Inszenierung für einen Raum im Eingangsbereich der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin mit Sichtbeziehung zum Bebelplatz – dem Ort der Bücherverbrennung 1933 – und zum Denkmal «Bibliothek» von Micha Ullman. Die in einer Box befindlichen Bücher können an Ort und Stelle gelesen und auch mitgenommen werden. In Kooperation mit den Bookcrossern wird der Bestand laufend ergänzt und erweitert. Im Übrigen besteht für alle die Möglichkeit, «verbrannte Bücher» nicht nur mitzunehmen, sondern auch neue dort einzustellen. Als nächstes wird ein Multimediaterminal installiert werden, mithilfe dessen Besucherinnen und Besucher selbst bei der Entstehung von Hörbüchern mitwirken können. Auf diese kann später auch über ein lokales W-Lan zugegriffen werden. Die Nachnutzung der Idee an anderen Orten der Bücherverbrennung ist erwünscht.

IM JAHR 2013 KONNTEN VON DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 157 PROJEKTE GEFÖRDERT WERDEN





Infomaterial von Berliner Initiativen gegen Gentrifizierung und steigende Mieten

ATTAC TRÄGERVEREIN: ATTACADEMIE 7. BERUFSBEGLEITENDES QUALIFIZIERUNGSPROGRAMM ZU POLITISCHER ÖKONOMIE UND POLITISCHER PRAXIS FÜR AKTIVE AUS DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG
Förderung: 10.000 Euro

In der Attacademie werden aktive Globalisierungskritikerinnen und -kritiker für die Mitarbeit in Gremien, Arbeitsgruppen und Kampagnen des Attac-Umfelds sowie für die Initiierung politischer Projekte qualifiziert. Der Kurs erstreckt sich über ein Jahr, umfasst sieben drei- bis fünftägige Seminare sowie selbstständiges Arbeiten in Projektgruppen. Thema der 7. Attacademie war «Krise – und wie weiter?». Auf der Grundlage verschiedener politökonomischer Interpretationsmodelle wurden Alternativen diskutiert und konkrete Alternativprojekte entwickelt. Die Kombination von inhaltlicher, theoretischer und methodischer Weiterbildung mit Praxiserfahrungen in einer festen Gruppe schuf einen besonderen Lern- und Reflexionsraum. Die Absolventinnen und Absolventen der Attacademie erweitern den linken Referentenpool und die Kursergebnisse das Angebot an Bildungsmaterialien zu zentralen politischen Themen.

TEILHABE E. V.: SEMINARREIHE «LEBEN AM RANDE»
Förderung: 1.500 Euro

Mit diesem Bildungsangebot sollten die Lebenssituation «Randständiger» in Europa entlang der Problemfelder Armut, Erwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit, Gefängnis beleuchtet, ihre Protest- und Widerstandsformen in den Blick genommen und Auswege aufgezeigt werden.

Beim Thema «Krisenproteste» wurden die Zustände und Aktionen zwischen Ländern des arabischen und europäischen Raumes miteinander verglichen. Im Fokus standen die spanische Bewegung gegen Zwangsumzüge, Selbstverwaltungsmodelle im Gesundheitswesen und Formen der Antirepressionsarbeit. Der Komplex «Stadt in der Krise» wurde vor allem an Berliner Initiativen gegen Gentrifizierung und unkontrollierten Mietenanstieg reflektiert.

Abschließend wurde über die Frage gestritten, wie auf klaren Analysen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen gegründete Widerstandsformen zu konstruktiven und nachhaltigen Gesellschaftsverbesserungen (in Bezug auf Teilhabe und Gerechtigkeit) führen können.

Beispiele der Projektförderung zum Themenschwerpunkt Geschichte/Zeitgeschichte

- Marga Voigt: Bearbeitung der Briefe von Clara Zetkin aus dem Zeitraum August 1914 bis November 1918 für die Publikation: «Verliere keine Minute Zeit. Der Krieg steht vor dem Tore ...», Karl Dietz Verlag, Berlin; 5.000 Euro
- Wolfgang Dreßen: «Arisierung in Schlesien 1939–1945. Profit und Völkermord» – Recherche der Archivbestände in Polen und Tschechien; 2.500 Euro
- Zug der Erinnerung e. V.: Konferenz und Gedenkstätten-seminar anlässlich des 70. Jahrestages der Massendeportation in das NS-Vernichtungslager Sobibór (Transport Nr. 15); 2.000 Euro
- Informationsstelle Lateinamerika e. V.: Aufbau und Einrichtung der Webseite zu Ernesto Kroch (1917–2012); 1.500 Euro

Beispiele der Projektförderung zum Themenschwerpunkt Gesellschaftstheorie

- Hans Leo Krämer: «Der Horizont unserer Handlungen: den Zusammenbruch des Kapitalismus denken», Kongress in Saarbrücken über die Ideen von André Gorz; 2.000 Euro
- Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.: «Demokratie – Wirtschaft – Staat. Demokratische Transformation als Strategie der Linken», Ehrenkolloquium für Ulla Plener in Berlin; 1.830 Euro
- Alexandra Schauer: «Keine Zeit für Utopien? Zum Verlust utopischen Denkens in der Spätmoderne», Tagung an der Freien Universität Berlin; 1.000 Euro
- Markus Bauer/Andreas Förster: Veranstaltungsreihe unter anderem in Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Freiburg, Mannheim und München zum Buch «Schwarze Flamme. Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus»; 960 Euro

Beispiele geförderter Buchpublikationen

- Udo Achten/Klaus Rose: Unser Leben. Soziale Bewegungen und Arbeitskämpfe im Ruhrgebiet. 1965–1989, Klartext Verlag, Essen 2013; 2.000 Euro
- Mario Kessler: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Böhlau Verlag, Köln u. a. 2013; 1.500 Euro
- Étienne Bablibar: Marx' Philosophie, b_books, Berlin 2013; 1.000 Euro
- Christian Axnick/Liv Ditzinger/Kai Eicker-Wolf: Schwarzbuch Vergabe. Wie die öffentliche Hand in Hessen Lohndumping betreibt, Büchner-Verlag, Darmstadt 2013; 1.000 Euro
- Erhard Crome/Udo Tietz (Hrsg.): Dialektik – Arbeit – Gesellschaft. Festschrift für Peter Ruben, WeltTrends, Potsdam 2013; 1.000 Euro

- Werner Boldt: Carl von Ossietzky. Vorkämpfer der Demokratie, Verlag Ossietzky, Hannover 2013; 1.000 Euro
- Ilker Attaç: Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Die Neuformierung des peripheren Neoliberalismus, Westfälisches Dampfboot, Münster 2013; 1.000 Euro
- Michael G. Kraft (Hrsg.): Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien, Mandelbaum Verlag, Wien 2013; 750 Euro
- AfricAvenir International e. V.: Widerstand, Revolutionen, Renaissance. Stimmen zum sozialen Aufbruch in Afrika, Editions AfricAvenir/Exchange & Dialogue, Berlin 2013; 700 Euro

Fortgesetzt wurden langjährige Kooperationen wie zum Beispiel die mit der «Bundeskoordination Internationalismus», dem Verein «Musik und soziale Bewegungen», der «Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen» und mit der «Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten» (VVN-BdA). Darüber hinaus konnten neue, für die Arbeit der Stiftung ertragreiche Kontakte geknüpft und junge Akteure politischer Bildungsarbeit unterstützt werden. Wo sich die Möglichkeit unmittelbarer Zusammenarbeit vor Ort bot, wurden bewilligte Fördermittel an die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung weitergeleitet. Im Folgenden einige Beispiele für die auf diese Weise geförderten 26 Projekte, die insgesamt 31.435 Euro erhielten:

- Heinz Ratz: Konzerte und Informationsveranstaltungen mit Musikerinnen und Musikern aus Flüchtlingsheimen (in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen); 2.000 Euro
- Stadt Nürnberg: Anne-Frank-Ausstellung (Bayern); 1.000 Euro
- Gregor Kritidis: Tagung «Vorschein des Neuen? Protestbewegungen und alternative Formen der Ökonomie im Europa der Krise» (Bremen); 500 Euro
- Sebastian Leierseder: Ausstellung «Gegenwart und Grenzen in Europa» (Hessen); 500 Euro
- Engagierte Wissenschaft e. V. Leipzig: «Projekt Völkerschlacht» (Sachsen); 500 Euro.

.....
Mittels Projektförderung stärkt die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Präsenz linker Themen in der politischen Öffentlichkeit und erweitert deren Spektrum. Die geförderten Vorhaben ergänzen das Stiftungsangebot politischer Bildung auch regional und zielgruppenspezifisch.
.....



Fotos von der Open-Air-Fotoausstellung «Wall on Wall», die vom 10. Juli bis zum 13. September 2013 insgesamt 36 Panoramaaufnahmen des Berliner Fotografen Kai Wiedenhöfer zeigte. Sie waren direkt auf die Rückseite von erhaltenen Teilstücken der Berliner Mauer beiderseits des Aufgangs zur O₂-Arena plakatiert.





O. World

Berlin
TATTOO.

11-12-13

2013







DAS STUDIENWERK

MATERIELLE UND IDEELLE ERMÖGLICHUNG ZUM ANDERSDENKEN

Seit 1999 kann die Rosa-Luxemburg-Stiftung Studierende und Promovierende mit einem Stipendium unterstützen. Die Stipendienmittel werden von zwei staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt: vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Auswärtigen Amt (AA). Der weitaus größte Teil der Mittel kommt aus dem BMBF.

Seit 1999 ist die Zahl der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Geförderten rapide gewachsen. Im Jahr 2013 lag sie bei 1.164. Entsprechend der Stiftungsphilosophie wird gezielt daran gearbeitet, bei der Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten gesellschaftsbedingte Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu beachten und dafür zu sorgen, dass gerade auch im Bildungssystem benachteiligte Gruppen bei der Förderung ausreichend berücksichtigt werden. So beträgt bei den in das Stipendienprogramm neu aufgenommenen Studierenden der Anteil derjenigen, die aus Nichtakademikerfamilien kommen, 61 Prozent und der Anteil derjenigen mit einem sogenannten Migrationshintergrund 43 Prozent. Mehr als die Hälfte aller Geförderten sind Frauen.

Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung bietet das Studienwerk jedes Jahr ein umfangreiches ideelles Begleitprogramm, das sich vier Zielen verschrieben hat: der Stärkung wissenschaftlicher Kompetenzen, der Subjektbefähigung, der Förderung linker Bildung und der Vernetzung. Dazu gibt es eine Vielzahl auf die Bedürfnisse der Stipendiatinnen und Stipendiaten abgestimmter Veranstaltungen, die vom Studienwerk häufig in enger Kooperation mit weiteren Kolleginnen und Kollegen aus der Stiftung angeboten werden. Wir legen zudem großen Wert auf die Selbstorganisation der Stipendiatinnen und Stipendiaten. Die Stiftung bietet Mittel und Räume für Arbeitskreistreffen, Vollversammlungen und andere Formen stipendiatischer Aktivitäten.

UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE ZUM FÖRDERVER- LAUF UND ZUM VERBLEIB DER STIPENDIATINNEN UND STIPENDIATEN DER STIFTUNG

Die Ehemaligenstudie des Studienwerkes der Stiftung, auf der die folgenden Angaben basieren, wurde im Jahr 2012 vom Institut für Arbeit und Gesellschaft (INAG) durchgeführt und von einem Beirat, bestehend aus Christine Brückner, Peter Ullrich, Hella Hertzfeldt und Moritz Blanke, betreut. Sie ist zugänglich unter: www.rosalux.de/publication/38976/ehemaligenstudie.html.

Aktiv teilgenommen an der Befragung haben knapp 300 ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung.

Wer sind die Geförderten?

Das Alter der Befragten lag zwischen 23 und 54 Jahren, das Durchschnittsalter der geförderten Studierenden betrug 31 und das der geförderten Promovierenden 37 Jahre. Der juristischen Definition nach waren 57 Prozent weiblich und 43 Prozent männlich. Einen migrantischen Hintergrund hatte ein gutes Fünftel der Befragten.

Förderverlauf

Ihr primäres Studienziel erreichten gut drei Viertel der Befragten innerhalb der Regelstudienzeit. 90 Prozent davon kamen auf die Abschlussnote «gut» oder «sehr gut». Hingegen scheint die von der Bildungspolitik vorgegebene Promotionsförderdauer von drei Jahren nur in Ausnahmen ausreichend zu sein: 15 Prozent der Befragten haben in diesem Zeitraum ihre Dissertation abschließen können, zwei Fünftel benötigten hierfür ein weiteres Jahr, ein Sechstel brauchte fünf Jahre und alle weiteren noch länger. Der Großteil der geförderten Arbeiten wurde mit magna cum laude und summa cum laude ausgezeichnet.

Gesellschaftspolitisches Engagement während der Förderung

Das vielfältige partei- und gesellschaftspolitische sowie das soziale und kulturelle Engagement der geförderten Studierenden und Promovierenden veränderte sich während und nach der Förderzeit zugunsten einer Mitarbeit in den stipendiatischen Arbeitskreisen und den Gremien der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

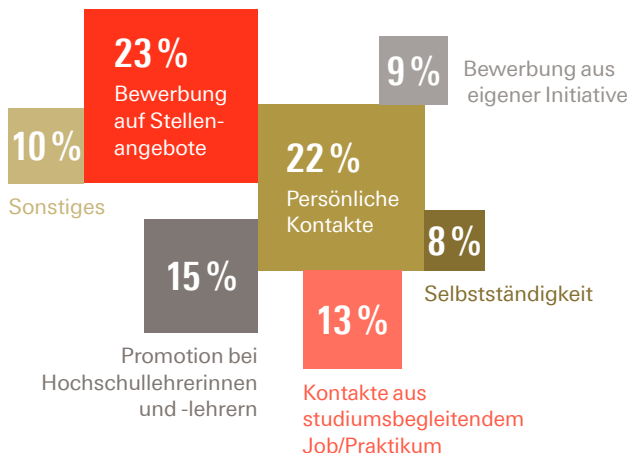
Übergänge in die Erwerbstätigkeit

Die Hälfte der Befragten hat unmittelbar nach dem Abschluss von Studium und Promotion eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, knapp ein Viertel hat ein Jahr lang nach einer Anstellung gesucht, 3 Prozent noch länger. Deutlich mehr Befragte mit Migrationshintergrund gaben an, nach ihrem Abschluss zunächst unfreiwillig erwerbslos gewesen zu sein (46 Prozent im Vergleich zu 29 Prozent ohne Migrationshintergrund). Überwiegend scheint es sich um bildungsadäquate Berufseinstiege zu handeln, bei denen persönliche Kontakte keine unerhebliche Rolle spielten. Allerdings gaben 40 Prozent der Befragten an, dass ihr Nettoeinstiegsgehalt unter 1.000 Euro lag, bei weiteren 40 Prozent lag es unter 1.500 Euro.

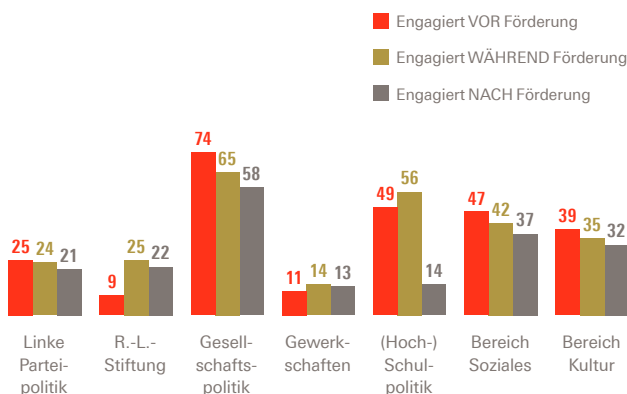
Wissenschaftliche Karrieren

Nach ihrem Stipendium entschieden sich etwa zwei Fünftel der Studierenden und die Hälfte der Promovierenden für eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Laufbahn. Hierbei zeigt sich eine geschlechterspezifische Differenz: Ein größerer Anteil der geförderten Frauen entschied sich gegen eine wissenschaftliche Karriere. Den recht «steinigen Weg zur Professur» machen folgende Zahlen deutlich: 7 der Befragten hatten bereits eine Professur vertreten, 13 Befragte gaben an, sich bereits auf mindestens eine Professur beworben zu haben, da-

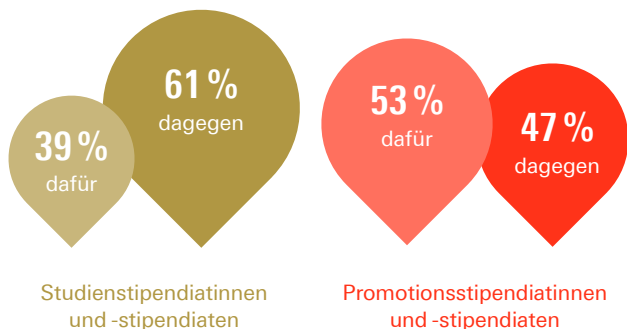
WEG ZUM ERSTEN JOB NACH STUDIUM/PROMOTION (nur Stipendiatinnen und Stipendiaten, die bereits eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben)



GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT (IN %)



ZIEL AKADEMISCHE LAUFBAHN?



DAS STUDIENWERK

von wurden 9 zum Bewerbungsvortrag eingeladen, 5 davon erhielten einen Listenplatz, wovon inzwischen 3 einen Ruf erhalten und angenommen haben.

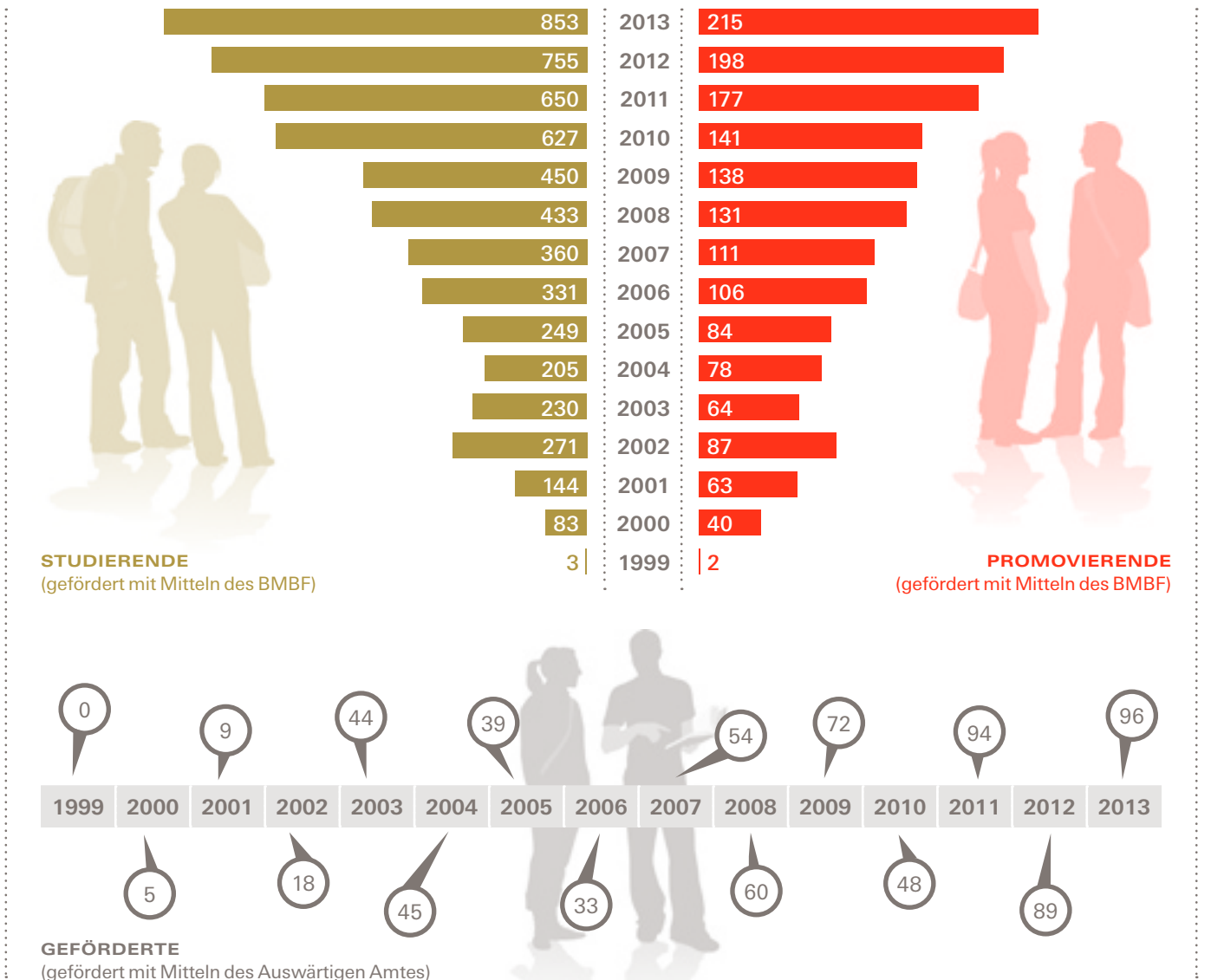
Fazit und Ausblick

Die Verfasser der Ehemaligenstudie kommen zu folgendem Schluss: «Insgesamt zeichnen die Befunde der Befragung ehemaliger Stipendiatinnen ein positives Gesamtbild von der Arbeit des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die «objektiven» Daten zu Studien- bzw. Promotionsdauer und Abschlussnoten, zur weiteren beruflichen Entwicklung nach Ende der Förderung, aber auch im Hinblick auf die Art sowie das Ausmaß des gesellschaftspolitischen Engagements der Stipendiatinnen während und nach der Förder-

phase zeigen, dass zentrale Förderziele des Studienwerks erreicht werden.»

Aus den Ergebnissen der Studie ergeben sich jedoch auch Handlungsaufträge an die Stiftung, insbesondere hinsichtlich der Unterstützung beim Übergang von Studium/Promotion in das Erwerbsleben. Der berufliche Verbleib von Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Migrations- und einem nicht akademischen Hintergrund und von Frauen sollte noch genauer beobachtet werden, um gegebenenfalls weitere Fördermaßnahmen zu entwickeln. Zu diskutieren wären ein Mentoring durch Ehemalige, eine Intensivierung der guten Zusammenarbeit mit deren Verein ROSALumni e. V. und ein Ausbau der vernetzenden und berufsorientierenden Angebote des Studienwerks und der Stiftung.

ENTWICKLUNG DER GEFÖRDERTEN





Seit März 2010 Vertrauensdozentin der Stiftung: Stefania Maffei

INTERVIEW MIT DER VERTRAUENSDOZENTIN STEFANIA MAFFEIS

Dr. phil. Stefania Maffei ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin und seit März 2010 Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie hat eine von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Stelle zum Thema «Transnationale Wissenszirkulation im Werk und in der Rezeption Hannah Arendts». Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Politische Philosophie und Sozialphilosophie, insbesondere praxeologische, wissenschaftstheoretische und postkoloniale Ansätze.

Was sind die wichtigsten Aufgaben von Vertrauensdozentinnen und -dozenten?

Maffei: Die Vertrauensdozentinnen und -dozenten (VD) der Stiftung sind wichtig sowohl im Bewerbungsverfahren als auch für die Betreuung derjenigen, die ein Stipendium erhalten haben. Sie führen erste Gespräche mit Kandidatinnen und Kandidaten und begleiten Stipendiatinnen und Stipendiaten später beratend auf ihrem Weg durch ihr Studium oder durch die Promotion. Manche wirken direkt im Auswahlausschuss mit, der über die Vergabe von Studien- und Promotionsstipendien entscheidet.

Generell befinden sich VD an der Schnittstelle zwischen der Stiftung, den Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie den Bewerberinnen und Bewerbern. Einerseits genießen sie das Vertrauen der Stiftung und haben die Aufgabe, deren Interesse zu vertreten, was in diesem Zusammenhang bedeutet, möglichst gute und engagierte Studierende und Promovierende zu identifizieren und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu fördern. Andererseits verfügen sie über eine gegenüber der Stiftung relativ autonome Position, die es ihnen erlaubt, den Studierenden und Promovierenden entgegenzukommen sowie deren besonderen Lebenssituationen, Kompetenzen, Erfahrungen, Wünsche und Bedürfnisse einzuschätzen und ernst zu nehmen.

Die Vermittlungsposition der VD kann und sollte dazu beitragen, hinsichtlich der Entscheidungskriterien und der Modalitäten des Bewerbungsverfahrens mehr Transparenz herzustellen und eine größere Reflexion zu ermöglichen.

Wie bist du dazu gekommen, diese Aufgabe als VD zu übernehmen?

Maffei: Eine gute Freundin und Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mich angesprochen und gefragt, ob ich mir eine solche Tätigkeit vorstellen könnte.

Was sind dabei für dich die größten Herausforderungen?

Maffei: Die Vermittlungsposition einer VD ist nicht frei von Ambivalenzen. Es ist nicht leicht, die Grenze zwischen den Interessen und Möglichkeiten der Stiftung einerseits und den Wünschen und Potenzialen der Kandidatinnen und Kandidaten andererseits klar und eindeutig zu definieren. Die VD beteiligen sich an einem wichtigen Entscheidungsprozess, mit zum Teil erheblichen Auswirkungen auf die Zukunft und den Lebensweg von jungen Menschen. Die Tatsache, dass nicht alle Bewerberinnen und Bewerber auf dem Weg ihrer Selbstverwirklichung materiell unterstützt werden können, erhöht den Druck auf die VD, ihre gutachterliche Tätigkeit besonders sorgfältig und verantwortungsbewusst auszuüben.

Was macht dir dabei Freude?

Maffei: Der Kontakt mit den Bewerberinnen und Bewerbern sowie mit den Geförderten, die fast ausschließlich interessante, kluge, engagierte und kritische Menschen sind. Auch die Zusammenarbeit mit ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung, mit dem Team des Studienwerks und mit anderen VD im Auswahlausschuss war für mich bisher sehr angenehm und lehrreich. Die Ausschussmitglieder zeichneten sich in der Regel durch einen bewussten und äußerst reflektierten Umgang mit ihrer Machtposition aus. Die Arbeitsatmosphäre war entspannt und produktiv. Die kollektiven Entscheidungsprozesse waren im Großen und Ganzen transparent und nachvollziehbar.

Was hast du für Wünsche an die Stiftung? Was könnte bei der Förderung von Studierenden und Promovierenden noch verbessert werden?

Maffei: Als Akademikerin und Linke, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die sich für die Etablierung kritischer und marginalisierter Themen und Perspektiven im Universitätswesen stark macht, weiß ich, wie schwierig es ist, sich im allgegenwärtigen Konkurrenzkampf zu behaupten. Daher wünsche ich mir von der Stiftung, noch mehr darüber nachzudenken, wie sie den akademischen Weg auch nach der Promotion in Richtung Professur fördern und begleiten kann, zum Beispiel über Mentoringprogramme, insbesondere für Frauen und Migrantinnen. Aber auch die Förderung von Veranstaltungen für und von VD wäre wichtig sowie Kooperationen bei der Organisation von akademischen Konferenzen bis hin zur Förderung von Stiftungsprofessuren.

- Dr. Werner Abel**
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Jörg Arnold**
Max-Planck-Institut Freiburg
Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Iman Attia**
Alice-Salomon-Hochschule Berlin
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Georg Auernheimer**
Erziehungswissenschaft
- Dr. Dario Azzellini**
Universität Linz, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Kurt Bader**
Universität Lüneburg, Psychologie
- Prof. Dr. Klaus Bastian**
Hochschule für Technik, Wirtschaft
und Kultur Leipzig
Mathematik
- Prof. Dr. Ullrich Bauer**
Universität Duisburg
Sozialwissenschaft
- Dr. Johannes M. Becker**
Universität Marburg
Friedensforschung
- PD Dr. Julia Becker**
Universität Marburg, Psychologie
- Prof. Dr. Bernd Belina**
Universität Frankfurt a. M.
Humangeografie
- Dr. habil. Sebastian Berg**
Universität Bochum, Anglistik
- Dr. Elisabeth Berner**
Universität Potsdam, Deutsch
- Prof. Dr. Rita Bernhardt**
Universität des Saarlandes, Biologie
- Dr. Margrid Bircken**
Universität Potsdam
Literaturwissenschaft
- Dr. Peter Birke**
Universität Hamburg
Neuere Geschichte
- Prof. Dr. Uwe Bittlingmayer**
Pädagogische Hochschule Freiburg
Philosophie
- Prof. Dr. Ralf Blendowske**
Fachhochschule Darmstadt, Physik
- Doz. Dr. sc. Dr. h.c. mult.
Michael Böhme**
Humboldt-Universität Berlin
Agrarwissenschaft
- Dr. Manuela Bojadzjev**
Humboldt-Universität Berlin
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Dieter Boris**
Universität Marburg, Soziologie
- Prof. Dr. Ulrich Brand**
Universität Wien, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Bremer**
Universität Halle, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Christine Brückner**
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Micha Brumlik**
Universität Frankfurt a. M.
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Hauke Brunkhorst**
Universität Flensburg, Soziologie
- Prof. Dr. Michael Buckmiller**
Universität Hannover
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolf-D. Bukow**
Universität Siegen, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Gazi Caglar**
HAWK Hildesheim, Holzminden,
Göttingen, Politikwissenschaft
- Dr. Georgia Christinidis**
Universität Rostock, Kulturwissenschaft
- Dr. Antonia Davidovic-Walther**
Universität Kiel, Kulturanthropologie
- Prof. Dr. Alex Demirović**
Sozialwissenschaft
- Dr. Ina Dietzsch**
Ethnologie
- Dr. Thede Eckart**
Universität Marburg, Psychologie
- Prof. Dr. Trevor Evans**
Hochschule für Wirtschaft und Recht
Berlin, Volkswirtschaftslehre
- Prof. Dr. Andreas Fisahn**
Universität Bielefeld
Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Peter Fleissner**
Universität Wien, Informatik
- Dr. Eckart Frey**
Universität Magdeburg
Alte Geschichte
- Dr. Jens Gaitzsch**
University College London, Chemie
- Dr. Antje Gebel**
Technische Universität Clausthal
Geowissenschaft
- Prof. Dr.-Ing. J. Mario Geißler**
Fachhochschule Mittweida, Informatik
- Dr. Udo Gerheim**
Universität Oldenburg, Soziologie
- Dr. Sonja Grabowsky**
Fachhochschule Dortmund
Erziehungswissenschaft
- Dr. Stefanie Graefe**
Universität Jena, Soziologie
- Prof. Dr. Andreas Griewank**
Humboldt-Universität Berlin
Mathematik
- Dr. Stefan Heinz**
Freie Universität Berlin, Politologie
- Prof. Dr. Arne Heise**
Universität Hamburg
Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Jürgen Helmchen**
Berlin, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Fritz Helmedag**
Technische Universität Chemnitz
Wirtschaftswissenschaft
- Dr. Andreas Heyer**
Technische Universität Braunschweig
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Uwe Hirschfeld**
Evangelische Hochschule Dresden
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff**
Alice-Salomon-Hochschule Berlin
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Rainer Hoffmann**
Universität Göttingen
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner**
Universität Salzburg, Psychologie
- Dr. Christian Horn**
Universität Kiel, Geschichte
- Dr. phil. Carsten Jakobi**
Universität Mainz
Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Jantzen**
Universität Bremen
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Holger Jeske**
Universität Stuttgart, Molekularbiologie
- Dr. Dirk Jörke**
Technische Universität Darmstadt
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Werner Jung**
Universität Duisburg
Sprachwissenschaft
- Dr. Christoph Jünke**
Universität Hagen, Geschichte
- Prof. Dr. Juliane Karakayali**
Evangelische Hochschule Berlin
Sozialwissenschaft

- Prof. Dr. Günter Kehrer**
Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Klaus Peter Kisker**
Freie Universität Berlin
Wirtschaftswissenschaft
- Univ. Prof. Dr. Clemens Knobloch**
Universität Siegen
Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Christian Kohlert**
Ingenieurwissenschaft
- Prof. Dr. Peter Kosta**
Universität Potsdam
Sprachwissenschaft
- Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause**
Fachhochschule Nordhausen
Automatisierungstechnik
- Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf**
Universität Marburg, Gender Studies
- apl. Prof. Dr. Friederike Kuster**
Universität Wuppertal, Philosophie
- Prof. Dr. Raminta Lampsatis**
Hochschule für Musik und Theater
Hamburg, Musikwissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Lemke**
Universität Frankfurt a. M., Soziologie
- Prof. Dr. Stephan Lessenich**
Universität Jena, Sozialwissenschaft
- Dr. Anna Leuschner**
Karlsruhe Institute of Technology
Philosophie
- Prof. Dr. Manfred Liebel**
Freie Universität Berlin
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Volker Lüderitz**
Fachhochschule Magdeburg
Agrarwissenschaft
- Dr. Jens Maeße**
Universität Mainz, Sozialwissenschaft
- Dr. Stefania Maffei**
Freie Universität Berlin, Philosophie
- Prof. Dr. Wolfgang Maiers**
Fachhochschule Magdeburg
Psychologie
- Prof. Dr. Morus Markard**
Freie Universität Berlin, Psychologie
- Univ.-Prof. Dr. Angela Martini**
Universität Witten, Kulturwissenschaft
- Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx**
Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Konrad Meisig**
Universität Mainz, Indologie
- Dr. Irina Modrow**
Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. John P. Neelsen**
Universität Tübingen
Sozialwissenschaft
- Dr. Dieter Nelles**
Universität Bochum, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Karoline Noack**
Universität Bonn
Sprach- und Kulturraumwissenschaften
- Prof. Dr. Frank Nonnenmacher**
Universität Frankfurt a. M.
Politikwissenschaft
- Dr. Salvador Oberhaus**
Geschichte
- Prof. Michaela Ott**
Hochschule für bildende Künste
Hamburg, Ästhetische Theorien
- Prof. Dr. Sabine Pankofcr**
Katholische Stiftungsfachhochschule
München, Soziale Arbeit
- Prof. Dr. Martin Pinquart**
Universität Marburg, Psychologie
- Dr. phil. Heike Raab**
Universität Innsbruck
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Brigitte Rauschenbach**
Freie Universität Berlin
Politikwissenschaft
- Dr. Jan Rehmann**
New York City, Philosophie
- Prof. Dr.-Ing. Bernd Reichelt**
Hochschule für Technik, Wirtschaft
und Kultur Leipzig
Ingenieurwissenschaft
- Dr. Katrin Reimer**
Fachhochschule Magdeburg
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Ursula Reitemeyer**
Universität Münster
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Steffi Richter**
Universität Leipzig, Kulturwissenschaft
- Dr. Dominik Rigoll**
Universität Jena, Geschichte
- Prof. Dr. Boris Röhr**
Fachhochschule Wiesbaden
Kunstgeschichte
- Prof. Dr. Eckhard Rohrmann**
Universität Marburg
Erziehungswissenschaft
- Dr. Karla Rost**
Technische Universität Chemnitz
Mathematik
- Dr. Axel Rüdiger**
Universität Halle, Politikwissenschaft
- Prof. (i. R.) Dr. Werner Ruf**
Sozialwissenschaft
- Dr. David Salomon**
Technische Universität Darmstadt
Politikwissenschaft
- Dr. Martin Sauber**
Universität Hamburg
Sozialwissenschaft
- Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar**
Universität Wien, Politikwissenschaft
- Dr. Barbara Schäuble**
HAWK Hildesheim, Holzminde,
Göttingen, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Renatus Schenkel**
Fachhochschule Magdeburg
Journalistik
- Prof. Tilman Schiel**
Universität Passau
Südostasienwissenschaft
- Dr. Imke Schmincke**
Universität München
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Lars Schmitt**
Fachhochschule Düsseldorf
Sozialwissenschaft
- Dr. Rainer Schnoor**
Geschichte
- Dr. Frank Schubert**
Universität Potsdam
Medienwissenschaft
- Dipl. phil. Klaus-Dieter Schubert**
Universität Halle, Verkehrswesen
- Prof. Dr. Erika Schulze**
Fachhochschule Bielefeld
Sozialwissenschaft
- Dr. Christian Seipel**
Universität Hildesheim
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Hans-Dieter Sill**
Universität Rostock, Mathematik
- Dr. Joachim Spangenberg**
Universität Versailles, Ökonomie
- Prof. Dr. Susanne Spindler**
Technische Universität Darmstadt
Soziologie
- Prof. Dr. Peter Strutynski**
Universität Kassel, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Fritz Tack**
Universität Rostock, Agrarwissenschaft
- Prof. Dr. Christiane Tammer**
Universität Halle, Mathematik
- Prof. Dr. Patrizia Tolle**
Fachhochschule Frankfurt a. M.
Pflege- und Gesundheitswissenschaft
- Dr. Vassilis Tsianos**
Universität Hamburg, Philosophie
- Dr. Christina Ujma**
Universität Paderborn
Sprach- und Kulturwissenschaft
- Dr. Peter Ullrich**
Technische Universität Berlin
Sozialwissenschaft
- Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe**
Universität Wien, Soziologie
- Dr. jur. habil. Willi Vock**
Hochschule für Technik und Wirtschaft
Dresden, Rechtswissenschaft
- Jun.-Prof. Dr. Friedemann Vogel**
Universität Heidelberg, Linguistik
- Prof. Dr. Susanne Völker**
Universität Köln, Soziologie
- Dr. phil. Heinz-Jürgen Voß**
Universität Frankfurt (Oder)
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Klaus Weber**
Fachhochschule München, Psychologie
- Dr. Ingrid Wehr**
Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg
Sozialwissenschaft
- Dr. Michael Weingarten**
Universität Stuttgart, Philosophie
- PD Dr. Wolfgang Weiß**
Universität Greifswald, Geografie
- Dr. Christa Wichterich**
Soziologie
- Prof. Dr. Hanns Wienold**
Sozialwissenschaft
- Dr. Kathrin Wildner**
Universität Frankfurt (Oder)
Sozialgeografie
- Dr. Dietmar Wittich**
Soziologie
- Dr. rer. nat. Markus Wöhr**
Universität Marburg, Psychologie

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Das Hauptziel des Bereichs Politische Kommunikation ist es, die Angebote, Wortmeldungen und Beiträge der Stiftung einem breiten Publikum umfassend und gut verständlich zu vermitteln. Aus dieser Aufgabenstellung speist sich das Selbstverständnis des Bereichs: Er will Bindeglied zwischen der linken Bildungsinstitution und der Öffentlichkeit sein.

Die Kommunikation «nach außen» bedingt auch eine intensive Kommunikation «nach innen»: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung kooperieren mit allen Bereichen der Stiftung – bundesweit und international. Im Zusammenspiel mit der Gesamtstiftung und dem Umfeld erledigen sie deshalb eine Vielfalt von Tätigkeiten: hausintern wie nach außen, online und offline, oftmals selbst öffentlich in Erscheinung tretend als Moderatorin oder Referent – insofern sind sie viel mehr als nur Dienstleister «hinter den Kulissen».

Die «Polkomm» ist verantwortlich für die diversen Publikationsreihen, betreut die Online-Präsenz und das Journal *RosaLux*, erstellt den Jahresbericht und einen monatlichen Online-Newsletter, hält die Medien im In- und Ausland auf dem Laufenden, steuert Anzeigenschaltungen, kümmert sich um die Produktion von Give-aways und Werbeträgern und unterstützt die Organisation von Ausstellungen. Ebenso gewährleistet sie den Vertrieb aller Materialien und organisiert Informationstische bei Veranstaltungen oder die Präsenz der Stiftung bei Messen, Kongressen oder Partei- und Gewerkschaftstagen.

Über 100 Publikationen gab die Stiftung im Jahr 2013 heraus – von den «Standpunkte»-Papieren über die Broschüren der Reihe «luxemburg argumente» bis zu den «Manuskripte»-Bänden und Buchveröffentlichungen mit kooperierenden Verlagen. Die stetig wachsende Bedeutung des Internets für die Öffentlichkeitsarbeit schlägt sich in einem breiten Netzangebot nieder: Neben der Webseite www.rosalux.de sowie diversen Blogs nutzt die Stiftung Soziale Medien wie Twitter und Facebook, Google+, YouTube und SoundCloud zur Verbreitung ihres Angebots. Einen immer größeren Stellenwert nimmt dabei die Veranstaltungsdokumentation per Audio oder Video ein. Sie ermöglicht eine Nutzung der Bildungsangebote der Stiftung unabhängig von Zeit und Ort.

Federführend ist «Polkomm» zudem in zentrale Projekte der Stiftung eingebunden. Dazu zählen die Arbeit zu netzpolitischen Themen, die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung des «Fests der Linken», das am Rosa-Luxemburg-Platz in der Mitte Berlins jedes Jahr mehrere tausend Gäste anlockt, und die Betreuung von Besuchergruppen aus den Wahlkreisen linker Bundestagsabgeordneter. Aber auch bei der Optimierung der Planungsprozesse innerhalb der Stiftung, bei der Erarbeitung von internen wie externen Kommunikationsstrategien oder beim Aufbau einer zentralen Adressdatenbank war und ist der Bereich Politische Kommunikation gefragt.



Unterwegs im Web 2.0: Patrick Stary von der Online-Redaktion

«SOZIALE NETZWERKE BIETEN VIELE POSITIVE ASPEKTE»

INTERVIEW MIT PATRICK STARY

Patrick Stary arbeitet seit 2011 in der Online-Redaktion der Rosa-Luxemburg-Stiftung und betreut zusammen mit Erwin Heil die Social-Media-Kanäle der Stiftung.

Was muss ich mir unter Social Media vorstellen?

Stary: Die Bezeichnung Social Media meint nicht nur Soziale Netzwerke wie Facebook, den Mikrobloggingdienst Twitter oder die Videoplattform YouTube, sondern auch schon die Blogs der 1990er Jahre. Ganz allgemein geht es um Inhalte im Internet, die im Wesentlichen durch die Nutzer selbst bestimmt oder zumindest mitbestimmt werden.

Seit wann nutzt die Stiftung Social Media?

Stary: Mit www.wemgehoertdiewelt.de hat die Stiftung bereits Anfang der 2000er Jahre das erste Blog aufgesetzt, Twitter nutzen wir seit Juli 2009, und auf Facebook sind wir seit August 2009 vertreten.

Welche Social-Media-Angebote der Stiftung gibt es?

Stary: Wir bedienen Facebook, Twitter, SoundCloud, Google+, YouTube und Diaspora.

Welchen Nutzen haben diese Angebote für die politische Bildung?

Stary: Ich muss vorausschicken: Die Nutzung digitaler Medien ist oft mit überzogenen Erwartungen verbunden. Nur weil man seine bisherigen Formate auch ins Internet stellt, heißt das noch lange nicht, dass sie deswegen ansprechender werden oder andere Zielgruppen erreichen. Gerade wenn man junge oder internetaffine Zielgruppen ansprechen möchte, sollte auch grundlegend über die spezifische Form der Kom-

munikation im Internet nachgedacht werden. Aber klar, Soziale Netzwerke bieten viele positive Aspekte! Zum Beispiel ermöglichen sie, sich weiterzubilden, ohne zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Veranstaltungsort sein zu müssen. Viele unserer Bildungsveranstaltungen kann man als Audiomitschnitt auf SoundCloud herunterladen und sich anhören, wann immer man will. Auch kommt laut Studien ein Großteil der Nutzer Sozialer Netzwerke über Auswahlalgorithmen wie den Newsfeed von Facebook mit politischen Inhalten in Berührung. So werden Menschen erreicht, die nicht selbst nach politischen Inhalten im Netz suchen. Allerdings müssen dafür politische Inhalte im eigenen sozialen Netzwerk verbreitet werden.

Ist die Verknüpfung aus deiner Sicht in der Stiftungsarbeit gut?

Stary: Wie bei Öffentlichkeitsarbeit allgemein, so kann man natürlich immer noch mehr machen. In den letzten Jahren haben wir aber einiges erreicht, was das Feld digitale Öffentlichkeitsarbeit betrifft. Dennoch wünsche ich mir manchmal etwas mehr Orientierung auf die Öffentlichkeitsarbeit und Berücksichtigung des Wandels im Rezeptions- und Kommunikationsverhalten.

Wie werden die Stiftungsangebote wahrgenommen?

Stary: Die Nutzung unserer Social-Media-Kanäle hat in den letzten Jahren stark zugenommen ebenso wie die Interaktionen mit unseren Beiträgen und Inhalten. Unter: <https://pluragraph.de/organisations/rosa-luxemburg-stiftung-rls> gibt es einen guten Überblick über die Entwicklung unserer Kanäle.

Ist das ein Angebot, das hauptsächlich auf Jüngere zielt?

Stary: Laut Nutzungsstatistik erreichen wir vor allem Menschen in der Altersgruppe 18 bis 44 Jahre, innerhalb dieser Altersgruppe verstärkt die 25- bis 34-Jährigen. In der Altersgruppe unter 18 Jahren erreichen wir aber kaum jemanden.

Was macht dir am meisten Spaß bei dieser Arbeit?

Stary: Besonders gefällt mir, dass ich einen guten Überblick über die vielfältigen Aktivitäten der Stiftung bekomme und meine Arbeit sehr abwechslungsreich ist und ganz unterschiedliche Fähigkeiten erfordert, auch wenn natürlich viel davon am Rechner stattfindet.

Muss man eigentlich als Online-Redakteur immer online sein?

Stary: Das ist ein heikles Thema und betrifft den Wandel von Arbeitsverhältnissen und die Komplizenschaft von Kommunikationstechnologie in diesem Prozess. Ich verbringe schon sehr viel Zeit online, private und berufliche Kommunikation sind dabei oft nicht klar voneinander getrennt. Da schwappt die Arbeit schon mal in das restliche Leben rüber. Wie heißt eine Einstellung des Beziehungsstatus bei Facebook so schön: «Es ist kompliziert.»

DIE REIHE «LUXEMBURG ARGUMENTE»

«Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!» 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise – so lautet der Titel der Nullnummer eines neuen Formats, das 2011 im Bereich Politische Kommunikation entwickelt worden ist: die Reihe «luxemburg argumente». Seit Erscheinen des ersten Heftes entwickelt sie sich zum absoluten Renner im Programm der Stiftung mit Auflagen im zum Teil fünfstelligen Bereich.

Der Erfolg dieser Bildungsbroschüren resultiert nicht nur aus der politischen Aktualität und Brisanz der gewählten Themen, sondern auch aus der Art der Darstellung: Die Texte haben Einführungscharakter, sind kurz und anschaulich geschrieben und stellen eine kompakte Sammlung von Argumenten dar, die – sachlich gut fundiert – ein Gegengewicht zum vorherrschenden, ressentimentgeladenen öffentlichen Diskurs bieten.

Die ersten Ausgaben widmeten sich vor allem der Euro- und Schuldenkrise. Im Laufe der Zeit hat sich das Themenspektrum erweitert. Behandelt wurden etwa das «Armutrisiko Energiewende» und mit der Ausgabe «Schöne Grüne Welt» die Mythen der Green Economy. Im Jahr 2013 erschienen gleich drei neue Bildungsbroschüren. Populären Irrtümern über Banken, Börse und Kredit wird im Heft «Von wegen Casino» nachgegangen. Da in einer der reichsten Gesellschaften der Welt Leistungen aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen und Krankenhäuser privatisiert werden, widmet sich die Ausgabe «Gesundheit ist eine Ware» den Problemen des kommerzialisierten Gesundheitswesens. Band 7 der Reihe «Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!» beschäftigt sich mit Mythen und Fakten zur Rentenpolitik.

Das Konzept der Reihe «luxemburg argumente» kommt nicht nur beim deutschsprachigen Publikum gut an. «Is the whole world going bankrupt?» oder «Beautiful Green World» – so lauten die Titel von Übersetzungen einiger ausgewählter Ausgaben in englischer Sprache. Sogar ein erstes Heft in türkischer Übersetzung wurde 2013 veröffentlicht: Mit seinen Informationen über die Entwicklungen im deutschen Gesundheitswesen richtet sich «Sağlık, kazançlı bir metadır!» an die türkischsprachige Community in Deutschland.

Die Reihe wird fortgesetzt und thematisch ausgeweitet. Im Jahr 2014 ist bereits Band 8 erschienen, mit dem Titel: «Flüchtlinge willkommen – Refugees Welcome? Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik».

INDIVIDUALISIERUNG VON ARMUT UND REICHTUM

EINE STUDIE ZUM VERSAGEN DER PRESSEFREIHEIT

Ein Kompliment für Zeitungsmacherinnen und -macher hört sich sicher anders an. «Klarer Fall von Pressefeigheit», so lautet das Fazit einer groß angelegten Medienstudie, die von der Stiftung im März 2013 veröffentlicht wurde. Der frühere Kommunikationschef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hans-Jürgen Arlt, und der ehemalige Chefredakteur der

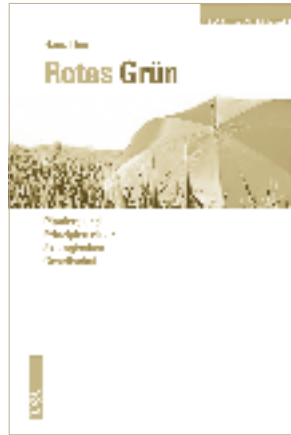


Die Folgen des privaten Reichtums für die Gesellschaft: kein Thema für die Presse

Frankfurter Rundschau, Wolfgang Storz, hatten dafür die Analysen und Kommentare in sechs renommierten Presseerzeugnissen zu den Themen Armut und Reichtum untersucht.

Die Begeisterung über die journalistischen Leistungen hielt sich in Grenzen, wie auch der Titel der Abhandlung «Portionierte Armut, Blackbox Reichtum – Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft» deutlich macht. Die schreibende Zunft zerbreche sich mehr den Kopf über die Probleme der Reichen als über die Folgen der Zusammenballung privaten Reichtums für den Rest der Gesellschaft, resümierten die Autoren. Umgekehrt werde Armut zwar mit Sorge registriert, aber ihrer gesellschaftlichen Brisanz beraubt und das Thema kleingearbeitet in Armut von Kindern, von Hartz-IV-Empfängern, von Alleinerziehenden. «Frauen sind, das fällt auf, nur als Mütter arm», so ein Befund der Studie. Einzig die Wochenzeitung *Die Zeit* erhielt gute Noten von den Autoren, die übrigen untersuchten Printmedien *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Süddeutsche Zeitung*, *Berliner Zeitung*, *Tagesspiegel* und *Der Spiegel* fielen durch. Allen voran die FAZ, deren Redaktion immer wieder das vermeintliche Versagen von Individuen für Armut verantwortlich mache.

Auf einer Tagung in Berlin im April wurde die Diskussion vertieft. Beteiligt waren neben den Autoren der Studie unter anderem Sebastian Bödeker vom Wissenschaftszentrum Berlin und die *taz*-Journalistin Ulrike Herrmann. Die Individualisierung von Armut und Reichtum stärke vor allem in der gesellschaftlichen Mitte individuelle Strategien der Verteidigung der «Privilegien» und der Abgrenzung nach unten sowie die Hoffnung auf Aufstieg und die Bereitschaft zu Bündnissen nach oben, lautete ihre zentrale These. Aus den Beiträgen entstand der Sammelband «Zwischen Skandalisieren und Verschweigen», erschienen als «Manuskripte Neue Folge 6» der Stiftung (www.rosalux.de/publication/39588). Die gut 100-seitige, detaillierte Studie ist online mit weiteren umfassenden Textbelegen sowie Experteninterviews angereichert (www.rosalux.de/publication/39364) und bei Vorträgen unter anderem in Stuttgart und Erfurt vorgestellt worden.



AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN

IM KARL DIETZ VERLAG

Helmut Bock
Freiheit – ohne Gleichheit?
Soziale Revolution 1789 bis 1989
 Tragödien und Legenden

Wladislaw Hedeler (Hrsg.)
Lenin oder: Die Revolution gegen das «Kapital»

Hermann Weber/Andreas Herbst
Deutsche Kommunisten
 Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945

IM VSA VERLAG

Dieter Klein
Das Morgen tanzt im Heute
 Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus

Hans Thie
Rotes Grün
 Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft

Hans Coppi/Sabine Kebir
Ilse Stöbe wieder im Amt
 Eine Widerstandskämpferin in der Wilhelmstraße

SCHRIFTENREIHEN

Peter Dahlgren
Verbessern soziale Medien die demokratische Partizipation?
 Bedeutung und Schwierigkeiten einer realistischen Einschätzung
 Reihe Standpunkte

Lühr Henken/Peter Strutynski
Händler des Todes
 Rüstungsexporte als Mittel deutscher Außenpolitik: Schädlich und unmoralisch
 Reihe Standpunkte

Günther Salz
Müll für Menschen
 Überschuss und «Überflüssige» – Zur Kritik der Almosen und Warenökonomie am Beispiel der Tafeln
 Reihe Standpunkte

Deniz Utlü
Für Trauer und Zorn
 Plädoyer gegen eine Ökonomie des Gedenkens
 Reihe Standpunkte

Afrique-Europe-Interact
Krieg in Mali
 Wie Frankreich seine Vormachtstellung in Westafrika verteidigt
 Reihe Standpunkte International

Nadja Rakowitz
Gesundheit ist eine Ware
 Mythen und Probleme des kommerzialisierten Gesundheitswesens
 Reihe luxemburg argumente

Sabine Reiner
«Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!»
 Mythen und Fakten zur Rentenpolitik
 Reihe luxemburg argumente

Christoph Butterwegge
Gerhard Schröders Agenda 2010
 Zehn Jahre unsoziale Politik
 Reihe Analysen

Mario Candeias
Linke Strategien in der Eurokrise
 Eine Übersicht, einschließlich einer kommentierten Synopse der europapolitischen Positionen der Partei DIE LINKE
 Reihe Analysen

Dimitris Psarras
Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise
 Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland
 Reihe Analysen

Catharina Schmalstieg
Partizipative Arbeitskämpfe, neue Streikformen, höhere Streikfähigkeit?
 Eine Untersuchung der Gewerkschaftsarbeit des ver.di-Bezirks Stuttgart am Beispiel von Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst
 Reihe Analysen

Tobias Haas/Hendrik Sander
«Grüne Basis»
 Grüne Kapitalfraktionen in Europa – Eine empirische Untersuchung
 Reihe Studien

Ingo Matuschek/Frank Kleemann/ Uwe Krähnke
Gelebte Parteimitgliedschaft
 DIE LINKE als kollektiver Akteur
 Reihe Studien

Mechthild Schrooten
Genug ist genug
 Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen der Einkommensbegrenzung
 Reihe Studien

Ulrich Duchrow/Franz J. Hinkelammert
Theologische Alternativen zum globalen Kapitalismus
 Der Kapitalismus als Religion
 Reihe Papers

Arne Clemens Seifert
Wie stabil ist Zentralasien?
 Politische Prozesse in der Region und die Heimtücken der Kritik am Autoritarismus
 Reihe Papers

Horst Kahrs (Hrsg.)
Zwischen Skandalisieren und Verschweigen
 Beiträge zur Tagung «Zwischen Skandalisieren und Verschweigen. Reichtum und Armut im öffentlichen Diskurs»
 Manuskripte Neue Folge Bd. 6

Michael Brie (Hrsg.)
«Wenn das Alte stirbt ...»
 Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus
 Manuskripte Neue Folge Bd. 8

Dies ist eine Auswahl der Publikationen, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2013 herausgegeben wurden. Alle Publikationen, die meisten im Volltext, sind zu finden unter: www.rosalux.de.

ARCHIV UND BIBLIOTHEK

DOKUMENTATIONS- UND SAMMLUNGSPROFIL

Die Archive der politischen Stiftungen in Deutschland haben im Juni 2013 ein gemeinsames Dokumentations- und Sammlungsprofil verabschiedet und veröffentlicht. Die Archive verstehen sich als Serviceeinrichtungen, die mit ihrer Arbeit die Erforschung der geschichtlichen Entwicklung der jeweiligen Partei und der politischen und sozialen Bewegungen in ihrem Umfeld ermöglichen und selbst Angebote zur historisch-politischen Bildung machen. Besonderheit des Archivs Demokratischer Sozialismus (ADS) ist die Zuständigkeit, die mit der Zäsur des Sonderparteitages der SED-PDS im Dezember 1989 beginnt. Die dem Dokumentations- und Sammlungsprofil zugrunde liegende Gliederung der Bestände spiegelt sich auch in der Tektonik des ADS wider. Nachfolgend werden ausgewählte Bestände unter Bezugnahme auf die Arbeitsergebnisse des Jahres 2013 vorgestellt.

Parteien: Dieser Bestand wird durch Übernahmen aus dem Archiv des Vorstands der Partei DIE LINKE, das als Zwischenarchiv fungiert, gebildet. Übernahmen aus den Parteigliederungen auf Landesebene ergänzen die Überlieferungen. Die Zugänglichkeit dieser Bestände wird durch die Erschließung vorangetrieben. 2013 wurde das Findbuch zum «Bestand: Parteivorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993)» abgeschlossen.

Fraktionen: Das ADS bemüht sich um die Übernahme der Überlieferungen der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, der Fraktionen der Partei DIE LINKE. in den Landesparlamenten und der Fraktion DIE LINKE. im Europaparlament. Eine direkte Kontaktaufnahme mit den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Europaparlament erfolgte im November 2013 durch einen Vor-Ort-Termin in Brüssel.

Führende Politikerinnen und Politiker: Aufgrund des geringen Alters unseres Archivs hat das ADS erst wenige Vor- und Nachlässe im Bestand. Im Jahr 2013 ist dem ADS der Nachlass des im Jahr 2000 verunglückten PDS-Politikers Michael Schumann übergeben worden. Das ADS wird zu gegebener Zeit den Bestand erschließen.

Bibliotheksgut mit Bezug zur Parteigeschichte: Die Sammlung Kleiner Zeitungen der PDS und der Partei DIE LINKE und ihres Umfelds wurde Anfang 2013 in den Bestand der Bibliothek integriert. Generell sammelt die Bibliothek jegliches Material zum Komplex PDS/WASG/DIE LINKE (analog oder digital), von der Bundes- bis zur Landesebene. Dies schließt sowohl Verlagspublikationen als auch Graue Literatur von und über die Partei DIE LINKE und ihre Quellorganisationen sowie zur Ideengeschichte des Demokratischen Sozialismus ein. Zu den weiteren Hauptsammelgebieten gibt die Webseite Auskunft. Die archivischen Kernaufgaben Übernahme, Erschließung und Benutzung bestimmen den Arbeitsalltag des ADS. Da-



Titelblatt der gemeinsamen Publikation der parteinahen Stiftungen

bei sind Fachwissen und Bestandskenntnis gefragt. Es ist unser Anspruch, als Archiv und Bibliothek erste Adresse für Forscherinnen und Forscher zur Parteiengeschichte und zugleich kompetenter Partner für die anderen Bereiche der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sein.

TAGESKOLLOQUIUM «DIE PDS ALS FORSCHUNGSGEGENSTAND»

Mit einem Tageskolloquium näherten sich am 14. November 2013 rund 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie damalige und heutige Akteure der PDS beziehungsweise der Partei DIE LINKE dem Thema «Die PDS als Forschungsgegenstand». Auf einer von Detlef Nakath moderierten Podiumsdiskussion wurden eingangs von Christian Lannert und Horst Dietzel «weiße Flecken» in der PDS-Forschung benannt und diskutiert. Horst Dietzel sah – trotz einer Fülle von Literatur über die PDS aus politikwissenschaftlicher Feder – Leerstellen hinsichtlich geschichtswissenschaftlicher Arbeiten zur Parlaments- und zur Regierungsarbeit der PDS und zur Entwicklung ihrer Positionen auf den verschiedenen Politikfeldern. Christian Lannert, der mit einer Arbeit zur Vergangenheitspolitik der PDS und der LINKEN promoviert hat, verwies auf Desiderate, die noch unerforscht seien, wie etwa die Leserbriefe in der Tageszeitung *Neues Deutschland*. Auch fehlte

ein Vergleich der PDS mit den früheren Staatsparteien in Osteuropa.

Im Anschluss präsentierte der frühere Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus, Jochen Weichold, das kürzlich vorgelegte Findbuch zum «Bestand Parteivorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993)». Um das Interesse an diesem Bestand zu wecken, griff er aus der Palette der politischen Themen, mit denen sich der Parteivorstand der PDS und sein Präsidium in der damaligen Zeit befasst haben, ein zentrales Thema heraus: die Europapolitik. Die PDS stand damals vor der Herausforderung, sich von der staatlichen Europapolitik der DDR zu emanzipieren und eine eigenständige Europapolitik als linke Partei in der Bundesrepublik Deutschland und als Partei in der linken europäischen Parteienfamilie entwickeln zu müssen. Die damals erarbeiteten europapolitischen Positionen muten aus heutiger Sicht durchaus noch modern an. Im Juni 1991 vertrat die Partei in einem Papier mit dem Titel «Europa – Wandel und Neugestaltung» die Auffassung, dass die Internationalisierung der Wirtschaft eine Internationalisierung der Politik verlange. Die Einigung Europas ergebe sich daraus als objektiver Prozess. Für die PDS sei es damals um eine Politik der Einigung Europas gegangen, mit der sich die große Mehrheit der Bevölkerung des Kontinents identifizieren konnte. Eine solche Politik, so der vertretene Anspruch, müsse messbar sein an der realen Verwirklichung der Bürgerrechte, der Grundfreiheiten und aller Menschenrechte, an der Verbesserung der Lebensqualität und der Sicherung des Friedens. Europa könne nur dann zusammenwachsen, wenn und indem seine ökonomische und soziale Spaltung überwunden werde. 1992 habe die PDS, so Weichold weiter, ihre Ablehnung des Entwurfs des Vertrags von Maastricht mit einem klaren Ja zu Europa verbunden. Sie erklärte, dass nicht nur die globalen, sondern auch die kontinentalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme nur noch über den Rahmen der Nationalstaaten hinaus lösbar seien.

Ein in Ausschnitten gezeigter Film des Deutschen Fernsehfunks, «Gregor Gysi – Anwalt der Schwachen», belegte nachdrücklich die Herausforderungen, vor der die neue Führung der SED/PDS im Zeitraum vom Sonderparteitag im Dezember 1989 bis zur Volkskammerwahl im März 1990 stand. Sabine Katins, die Regisseurin des für die Klartextreihe des Fernsehens der DDR produzierten Films, gab eine Einführung in das Filmkonzept, seine Umsetzung und die Umstände, die verhinderten, dass dieser Film dann 1990 oder später gesendet wurde. Die Präsentation des Filmmaterials wurde nun durch eine Kooperation mit dem Deutschen Rundfunkarchiv möglich. Auf einer zweiten, von Florian Weis moderierten Podiumsdiskussion zum Thema «Was bleibt von der PDS in der neuen Linken? Erbe und Tradition als Last und als Inspiration» stellten Viola Neu, Kerstin Kaiser und Heinz Vietze ihre jeweilige Sichtweise dar. Heinz Vietze betonte, dass der Bruch mit dem Stalinismus die Grundvoraussetzung für den Parteibildungsprozess der PDS gewesen sei. Er machte deutlich, dass dieses Erbe auch in der heutigen Partei DIE LINKE zu bewahren ist.

BERICHTE AUS DER STIFTUNG

DANK AN JOCHEN WEICHOLD

Jochen Weichold gehört zu den Gründungsmitgliedern der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Jahr 2013 ging der Leiter des Archivs Demokratischer Sozialismus in den Ruhestand. Am 24. Oktober 2013 fand aus diesem Anlass im Salon der Stiftung eine Abschiedsveranstaltung statt, die seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert hatten.

Den Mittelpunkt bildete eine unterhaltsame Erinnerungsrunde, an der langjährige Weggefährtinnen und -gefährten in- und außerhalb der Stiftung teilnahmen: Gerd-Rüdiger Stephan, der Leiter des Bereichs Bundesweite Arbeit, die Direktorin der Akademie für Politische Bildung Evelin Wittich und Cornelia Hildebrandt vom Institut für Gesellschaftsanalyse sowie der Historiker Horst Dietzel und der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Stiftung Heinz Vietze. Sie plauderten angeregt über ihre Zusammenarbeit mit dem Gründungsmitglied des Vereins Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung, ehemaligem Vorstandsmitglied, Bereichsleiter und Mitautor zahlreicher Stiftungspublikationen zu den Bundestags- und Europawahlprogrammen der Parteien.

In den 1990er Jahren hatte Jochen Weichold die Gründung der parteinahen Stiftung der PDS intensiv mit vorbereitet. Vor allem Satzungsfragen waren ihm wichtig. Es sollte eine Stiftung auf den Weg gebracht werden, die durch und durch demokratisch ist: geschlechtergerecht, das heißt quotiert, und ohne Einzelleitung. Auch thematisch sollte die Stiftung neue Wege gehen und zum Beispiel sozialökologische Probleme aufgreifen.

Diese Schwerpunkte sind nicht überraschend, weiß man um Jochen Weicholds Tätigkeit an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Dort waren die radikale Linke und die Grünen in der Bundesrepublik Deutschland sein Forschungsgegenstand. So war er bestens vertraut mit den dortigen Demokratiedebatten und mit den Schwerpunkten ökologischer Politik. Die Beschäftigung mit den Grünen setzte Jochen Weichold auch nach der Wende fort. Er versäumte keinen Parteitag und analysierte unverdrossen jedes Wahlprogramm.

Es dauerte einige Zeit, bis aus dem Verein Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. eine den anderen parteinahen Stiftungen gleichgestellte Bildungseinrichtung wurde. 1999 flossen die ersten Bundesmittel. Jochen Weichold fiel die Aufgabe zu, das Archiv der nahestehenden Partei aufzubauen und eine Bibliothek zu konzipieren – beides hat er mit großem Engagement und viel Erfolg getan. Seine sachliche und beharrliche Art, Dinge zu bewahren, seine freundliche, aber konsequente Art, das Mögliche einzufordern, und vor allem das Wissen darum, dass gerade eine neue Linke ihre Geschichte kennen und sich diese immer wieder erschließen muss, machten ihn zum prädestinierten Leiter von Bibliothek und Archiv.



Jochen Weichold prägte von Beginn an die Stiftung

Die Bibliothek besteht mittlerweile seit 14 Jahren und versteht sich als eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Der thematische Aufbau ihres Medienbestands fußt im Wesentlichen auf den drei Hauptsammelgebieten: die Partei DIE LINKE und ihre Quellorganisationen (PDS, WASG), Rosa Luxemburg und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie umfasst außerdem Medien zur Theorie und Geschichte linker Bewegungen in Deutschland, insbesondere zur Idee eines demokratischen Sozialismus, zur politischen Bildung sowie zu den Sozialwissenschaften. Darüber hinaus ist die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Besitz der Johannes-Agnoli-Bibliothek. Das 1999 eingerichtete Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung sammelt und erschließt die Quellen zur Entwicklung der Partei DIE LINKE und ihren beiden Quellorganisationen. Zum Archiv gehört auch ein Fundus mit Dokumenten zur Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Jochen Weichold hat darin einen wichtigen Platz. Ein bedeutender Teil seiner Lebensleistung ist die Mitwirkung am Aufbau der Stiftung und ihres Gedächtnisses in Archiv und Bibliothek.

DIE HARALD-BREUER-STIFTUNG 2013

Die Harald-Breuer-Stiftung arbeitet seit einigen Jahren mit (I)NTACT e. V. zusammen gegen die Genitalverstümmelung von Mädchen in Westafrika, vor allem im Senegal. Im Jahr 2013 wurde die bisherige Arbeit reflektiert und über die Fortsetzung von Projekten 2014 beraten. Es wurde eine Überbrückungsunterstützung für den Projektpartner im Senegal beschlossen, damit der Übergang zu weiteren Projekten ohne Unterbrechung erfolgen kann. Die Stiftung unterstützte überdies das Afrika-Forum e. V. finanziell bei der Restaurierung der Gedenktafel zur Erinnerung an die Berliner Westafrika-Konferenz (sogenannte Kongo-Konferenz) vor 120 Jahren. Wichtigstes Arbeitsvorhaben der Harald-Breuer-Stiftung war 2013 die Eröffnung der Ausstellung «Kolonialgeschichte am Ufer: Von Gröben zu May Ayim» am 2. Dezember 2013. Be-

Zur Verabschiedung erhielt Jochen Weichold eine kleine Festschrift mit dem Titel «Findbuch 007. Bestand: J. Weichold», die auch eine ausführliche Auswahlbibliografie der von 1978 bis 2013 erschienenen Publikationen des Historikers enthält.



Überfällige Straßenumbenennung in Berlin-Kreuzberg

reits die Umbenennung des Gröbenufers in May-Ayim-Ufer hat die Stiftung unterstützt. Der Kolonialpionier Otto Friedrich von Gröben hatte im 17. Jahrhundert an der Westküste Afrikas einen Stützpunkt für den Handel Brandenburgs mit versklavten Menschen gegründet. Die Umbenennung der Straße in May-Ayim-Ufer kehrt die Perspektive um zu der afrodeutschen Dichterin, Pädagogin und Aktivistin, die sich in ihrer Lyrik, aber auch wissenschaftlich vehement gegen Alltagsrassismus und koloniale Vorstellungen gewandt hat. May Ayim war eine zentrale Persönlichkeit der Bewegung Schwarzer Deutscher. Die Ausstellung stellt einen Paradigmenwechsel in der Berliner Erinnerungspolitik dar. Angela Martin, die Kuratorin, und Hanna Sjöberg als Gestalterin der Ausstellung vermittelten einen Einblick in ihre Forschungen zur Berlin-Brandenburger Kolonialgeschichte und deren Auswirkungen bis heute. Der Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e. V. und das Kreuzberg-Friedrichshain-Museum unterstützten diese Ausstellung und zeigten sie ebenfalls.



Stefan Heym, der 2013 seinen 100. Geburtstag hätte feiern können

«IN FREUNDLICHKEIT» HEYM GEDACHT

STIFTUNG BELEBTE HEYM-JAHR 2013
MIT VIELEN PROJEKTEN

Man muss nicht viele Worte um Stefan Heym machen, will man seine Bedeutung für die Nachkriegsgesellschaften der DDR und der Bundesrepublik betonen. Ein Verweis auf seine Literatur und die Aufforderung, Heym zu lesen, reichen eigentlich völlig aus. Denn Heyms Romanwerk spricht noch heute für sich. Im April 2013 wäre der politische Literat 100 Jahre alt geworden. Er selbst machte deutlich, dass der Tod nach einem langen Leben voll Liebe, Arbeit und Kämpfen gar nichts so Schreckliches sei. Um ihn sollte man deshalb nicht trauern, sondern seiner «gelegentlich» und «in Freundlichkeit» gedenken.

Das nahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung, deren Wege sich mit denen Heyms in den 1990er Jahren erstmalig kreuzten, gern auf. Sie setzte es sich zum Ziel, das zu verblassen drohende Erbe des Romanciers, wie er sich selbst gern bezeichnete, in Erinnerung zu rufen. Gemeinsam mit der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE und dem Schauspieler und Regisseur Franz Sodann entwarf die Stiftung eine szenische Lesung unter dem Titel «Einer, der nie schwieg». Diese Lesung sollte im Laufe des Jahres 2013 verschiedentlich bearbeitet und in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen zur Aufführung ge-

Bereits Ende 2012 konnte mit Unterstützung des Journalisten Matthias Becker der Blog <http://stefanheyms.blog.rosalux.de/> geschaltet werden. Neben spannenden Anekdoten zum Literaten konnten hier aktuelle Veranstaltungstermine in Erfahrung gebracht werden.

bracht werden, zuletzt mit dem Schauspieler Günther Schoß und einer Schülergruppe in Blankenburg, Sachsen-Anhalt. Heym war erst aus Deutschland, später aus der Tschechoslowakei vor den Nazis geflohen. Sein durch und durch demokratisches Verständnis von Gesellschaft verfestigte sich wohl auch gerade vor dem Hintergrund dieser totalitären Erfahrungen. Früh kam er mit dem kommunistischen Widerstand in Berührung, ohne sich jedoch von ihm vereinnahmen zu lassen. Er selbst sah sich ein Leben lang als demokratischen Sozialisten. In seinem Roman «Schwarzenberg» verlieh er dieser Überzeugung besonderen Ausdruck. Die Stadt im Erzgebirge erinnerte im Jahr 2013 ebenfalls an Stefan Heym und veranstaltete mithilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Lesungen und Ausstellungen zum Roman.

Um Stefan Heym vor allem einem jüngeren Publikum näherzubringen, hat die Stiftung außerdem mit einer Projektgruppe aus dem uckermärkischen Prenzlau Unterrichtsmaterial erstellt, das die Romane «Collin», «Fünf Tage im Juni» und eben «Schwarzenberg» interdisziplinär beleuchtet und Ansätze bietet, sich dem Werk Heyms aus verschiedenen Perspektiven zu nähern. Ein weiterer Höhepunkt des sogenannten Heym-Jahres 2013 war eine szenische Lesung im Deutschen Theater Berlin, als Co-Produktion zwischen Neuer Bühne Senftenberg, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Deutschem Theater Berlin. Krönender Abschluss der Projektreihe war die wiederum mit der Bundestagsfraktion der LINKEN durchgeführte Lesung zur Alterspräsidentenschaft Heyms im Bundestag 1994 und zur politischen Intrige, die im Vorfeld dagegen gesponnen wurde. Einen sehr eindrucks- und würdevollen Blick auf die Person Stefan Heym wirft zudem die Buchpublikation von Therese Hörnigk «Ich habe mich immer eingemischt – Erinnerungen an Stefan Heym», in der Wegbegleiter und Freunde Heyms zu Wort kommen. Die positive Resonanz auf die vielen Aktivitäten der Stiftung lässt vermuten, dass Stefan Heym wieder ein bisschen präsenter im Alltag geworden ist. Ohne aus ihm eine Ikone zu machen, wollte die Rosa-Luxemburg-Stiftung seiner in Freundlichkeit erinnern.



Erik Neutsch (mit Literaturpreisträgerin Daniela Steinert) bei seinem letzten öffentlichen Auftritt am 30. November 2012 im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung

SONETT

Wir sind gekommen und wir werden gehen.
Dazwischen aber rinnt die Zeit,
scheint's manchmal auch, sie sei Unendlichkeit
und bliebe in den schönsten Stunden stehen,

dann, wenn ein Hauch nur noch, ein schwaches Wehen
von Stürmen ferner Kriege uns erreicht.
Dann steigt die Hoffnung, und der Schauer weicht
der Stille nach dem blutigen Geschehen.

Was aber ist es, das uns hoffen lässt?
Wenn anderswo gemordet wird – ein Fest
der Liebe trotzdem sich in uns entzündet?

Ist es das Alter, das zur Ruhe zwingt?
Das ganze Leben ist's, das wie verjüngt
In unsrer Zweisamkeit den Frieden findet.

Juli 08

(ein bisher unveröffentlichtes Gedicht von Erik Neutsch)

AUS DER SPUR? - ZUM TOD VON ERIK NEUTSCH

Am 21. Juni, zum Sommeranfang, wurde er geboren. Das war 1931, knapp zwei Jahre vor dem Einbruch der tausendjährigen Kälte. Seine Familie und er lebten in einfachen Verhältnissen. In der DDR studierte er Gesellschaftswissenschaften, Philosophie und Publizistik. Er arbeitete sieben Jahre bei der Bezirkszeitung *Freiheit* in Halle, dann 53 weitere als freier Autor. Mit seinem Roman «Spur der Steine» erreichten 1964 Anerkennung und gesellschaftliche Wirkung seines Werkes ihren Höhepunkt. Er schrieb unermüdlich weiter und arbeitete bis zuletzt am fünften Band des Romanzyklus «Der Friede im Osten». 2006 begründete Erik Neutsch die gleichnamige Stiftung unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er engagierte sich in zahlreichen Lesungen und Diskussionen über seine Werke. Eine Herzenssache wurde ihm die Förderung junger Autorinnen und Autoren, die sich mit gesellschaftlichen Problemen ihrer Zeit auseinandersetzen. Anlässlich seines 80. Geburtstages im Jahr 2011 lobte die Erik-Neutsch-Stiftung einen Literaturpreis aus, der 2012 im Rahmen einer festlichen Veranstaltung das erste Mal vergeben wurde. Das war sein letzter öffentlicher Auftritt. Am 20. August 2013 starb er.

Wir trauern um Erik Neutsch, den Intellektuellen, den Schriftsteller, den Querdenker. In Dankbarkeit und Verbundenheit werden wir die Erik-Neutsch-Stiftung in seinem Sinne weiterführen.

DIE ARBEIT DER ERIK-NEUTSCH-STIFTUNG 2013

Im vergangenen Jahr hat sich die Erik-Neutsch-Stiftung intensiv mit der Vorbereitung der Buchpublikation «Was bedeutet das alles überhaupt?» beschäftigt, in der die besten Beiträge aus dem Literaturwettbewerb 2012/13 versammelt sind.

Nach dem Tod von Erik Neutsch unterstützte der Vorstand die Witwe Annelies Hinz-Neutsch bei den Trauerfeierlichkeiten. Am 30. November 2013 veranstaltete die Stiftung eine Gedenkveranstaltung zu Ehren von Erik Neutsch unter dem Titel «Die unauslöschliche Spur». Eberhard Panitz, Freund und Schriftstellerkollege, reflektierte das Leben von Neutsch und seine literarischen Leistungen. Klaus Höpcke sprach über das Buch «Nach dem Großen Aufstand», das Neutsch in den 1990er Jahren über den Maler Matthias Grünewald schrieb. Bisher unveröffentlichte Gedichte von Neutsch lasen Daniela Steinert und Karolin Bettge, Preisträgerinnen des Wettbewerbs Junger Autorinnen und Autoren. Aus der wenig bekannten, sehr beeindruckenden Erzählung «Der Hirt» las die Schauspielerin Renate Richter.

Erik Neutsch arbeitete noch an seinem Todestag an dem fünften Band von «Der Friede im Osten». Die Erik-Neutsch-Stiftung hat die rasche Veröffentlichung unterstützt, sodass das Buch in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Zeitung *Neues Deutschland* am 19. Februar 2014 vorgestellt werden konnte.

AUFBRUCH AM TAKSIM

VERANSTALTUNGSREIHE «PLATZ DER TRÄUME – RÜYALAR MEYDANI»

Die Proteste, die sich an den Plänen zur Bebauung des Gezi-Parks in Istanbul im Frühsommer 2013 entzündeten, sind auch in Deutschland zum Thema geworden. Die Veranstaltungsreihe «Platz der Träume – Rüyalar Meydani», organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, von Attac und der Interventionistischen Linken, griff dieses große Interesse im vergangenen Jahr auf. Insgesamt kamen Ende August in acht Städten über 1.500 Menschen zusammen, um mehr über die Auseinandersetzungen in der Türkei zu erfahren.

Die fünf Referentinnen und Referenten führten die Proteste auf die Entwicklung der türkischen Gesellschaft in den vergangenen rund zehn Jahren zurück.

.....
 «Es hat sich ein kollektiver Zorn entwickelt – und er ist jetzt ausgebrochen», erklärte Begüm Özden Firat, Dozentin für Soziologie an der Mimar-Sinan-Hochschule in Istanbul.

Man erfuhr viel über die Hintergründe der Proteste: die Vertreibung der Geringverdienenden aus den Innenstädten, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die Umverteilung von unten nach oben und die Kultur des Almosenverteils, die mit der Herrschaft der AKP unter Ministerpräsident Erdoğan Einzug gehalten hat. Sehr viele seien zudem von unmittelbarer Repression betroffen, so zum Beispiel die Studierenden an den Universitäten, die fast vollständig unter Kontrolle der Regierungspartei geraten sind, oder Journalistinnen und Journalisten, die in großer Zahl entlassen wurden und von denen viele im Gefängnis sitzen.

In Hamburg kamen über 300 Interessierte zum «Park Fiction» in St. Pauli, der Mitte Juni 2013 kurzerhand in Solidarität mit den Kämpfen in der Türkei in «Gezi Park Fiction» umbenannt worden war. Bei der Veranstaltung machten die Referentinnen und Referenten klar, dass für sie ihr Protest Teil des globalen Aufstands von Spanien bis Brasilien ist. Die beiden Slogans «Wir sind überall» und «Wir werden gewinnen» seien viel mehr als Durchhalteparolen. Der Protest sei vor allem von Jugendlichen, Frauen, der LGBT-Community und der alevitischen Gemeinschaft getragen worden, mit Unterstützung vonseiten der türkischen Linken und Fangruppen des Istanbuler Fußballklubs Besiktas, die Zehntausende Jugendliche mobilisieren konnten. Es sei sogar gelungen, antikapitalistisch orientierte Muslime in den Protest zu integrieren. Begüm Özden Firat berichtete zudem von Versuchen, basisdemokratische Rätestrukturen zu etablieren und regelmäßig stattfindende Foren zu organisieren. Damals herrschte noch eine große Zuversicht vor, was die Auswirkungen der Gezi-Proteste anging: «Im Moment findet eine der wichtigsten Phasen der Aufstandsbewegung statt. Die Foren haben sich auf andere Städte der Türkei ausgebreitet.»

TREUHANDSTIFTUNGEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verwaltete im Jahr 2013 fünf unselbstständige Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von über zwei Millionen Euro. Es besteht aus Immobilien, Kunstwerken und Geldanlagen. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen werden in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sehr unterschiedliche Projekte durchgeführt, durch die sich positive Synergien ergeben.

Die Michael-Schumann-Stiftung veranstaltete Anfang Dezember gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburger Landtag und dem Verlag WeltTrends in Potsdam eine Konferenz mit dem Titel «Die Linke und die Nation». Die Michael-Schumann-Stiftung existiert seit dem Jahr 2006. Mit ihr wird Michael Schumann gedacht, einem der profiliertesten und geachtetsten Politiker der PDS, der durch einen tragischen Verkehrsunfall Ende 2000 ums Leben kam.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Erbin des Max-Lingner-Nachlasses. Zum Erbe gehört auch das aus den 1950er Jahren stammende denkmalgeschützte Wohn- und Atelierhaus des Malers und Grafikers in Berlin-Pankow. Die Stiftung besteht seit dem Jahr 2007. Die Max-Lingner-Stiftung zielt darauf, die Pflege, Aufarbeitung und Verbreitung der Werke Max Lingners zu fördern und an die Künstlerinnen und Künstler des 20. Jahrhunderts zu erinnern, die von Emigration, Krieg und Lagerhaft betroffen waren. Ausdruck davon ist unter anderem das im Jahr 2013 erschienene Buch über das Spätwerk des Künstlers. Sein Schaffen in der DDR ab 1949 war nach 20 Jahren Exil vom Argwohn gegenüber «Westemigranten» und der die Kulturpolitik bestimmenden «Formalismus-Kampagne» geprägt.

Hermann Henselmann prägte mit seiner Architektur den Städtebau der DDR, zum Beispiel mit dem nach seinen Plänen gebauten «Haus des Lehrers» am Berliner Alexanderplatz. Die seinen Namen tragende Stiftung hat sich die Auseinandersetzung mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung zum Ziel gesetzt.

Die Harald-Breuer-Stiftung wurde im Jahr 2006 gegründet. Ihr Zweck ist die Förderung von politischer Bildung, der Wissenschaft und Forschung sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit als Beitrag zur Entfaltung des freien Denkens und des solidarischen Handelns in einem humanistischen, demokratischen und internationalistischen Geist.

Die nach dem im Jahr 2013 verstorbenen DDR-Schriftsteller Erik Neutsch benannte Stiftung wurde im Mai 2006 gegründet. Sie will Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie die internationale Verständigung und Zusammenarbeit fördern. Der künstlerische Nachlass des Stifters wird unter der Treuhänderschaft der Rosa-Luxemburg-Stiftung bewahrt und gepflegt. Zudem unterstützt die Erik-Neutsch-Stiftung wissenschaftliche Veranstaltungen, vergibt Forschungsmittel und fördert begabte Literaturwissenschaftler und Schriftstellerinnen.



Veranstaltungsankündigung für das Kolloquium unter der Schirmherrschaft des Berliner Senators für Stadtentwicklung und Umwelt Michael Müller

KOEVOOLUTION DER MODERNE: KARL-MARX-ALLEE UND INTERBAU 1957

Der Berliner Senat hat im Sommer 2012 den Antrag gestellt, die Karl-Marx-Allee und die Interbau 1957 gemeinsam für die Liste des Weltkulturerbes zu nominieren. Diese Initiative war Gegenstand des sehr gut besuchten 9. Hermann-Henselmann-Kolloquiums, das am 16. Dezember 2013 im Berliner Congress Centrum am Alexanderplatz stattfand. Eingeladen hatten neben der Hermann-Henselmann-Stiftung und ihrem Vorsitzenden Thomas Flierl der Bürgerverein Hansaviertel, der Corbusierhaus e. V., die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, das Landesdenkmalamt Berlin sowie die Akademie der Künste.

Sowohl der Antrag als auch die Tagung gehen auf, wie die Zeitschrift *Bauwelt* (4/2014) schreibt, «das Engagement verschiedener Bürgervereine und [...] die bemerkenswerte parteiübergreifende Allianz zweier ehemaliger Kultursenatoren, Thomas Flierl (DIE LINKE) und Volker Hassemer (CDU)», zurück. An keinem anderen Ort der Welt, so der Ausgangspunkt der Initiative, hat die politische Systemkonkurrenz zwischen Ost und West so deutliche Spuren in Architektur und Städtebau hinterlassen wie in Berlin. Über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren entstanden nach Plänen renommierter Architekten einzigartige Stadtensembles: im Ostteil die Bauten an der Karl-Marx-Allee (vormals Stalinallee) und im Westteil der Stadt das im Rahmen der internationalen Bauausstellung von 1957 errichtete Hansaviertel, das Corbusierhaus am Olympiastadion, die Kongresshalle am Tiergarten sowie die Akademie

der Künste. Was im geteilten Berlin der Nachkriegszeit politisch und ästhetisch in Konfrontation, als Bau und Gegenbau, entstand – die «alte» Karl-Marx-Allee 1951/56, die Interbau 1957 sowie die «neue» Karl-Marx-Allee 1959/64 – lässt sich heute als Koevolution der Moderne zwischen Traditionalismus und Modernismus (so der Untertitel des Antrags an die UNESCO) begreifen und als gemeinsames kulturelles Erbe neu deuten.

Auf der Veranstaltung kamen neben der Politik und zahlreichen Expertinnen und Experten, die zu «Architektur und Städtebau im geteilten Berlin» und zur Frage der «öffentlichen und privaten Verantwortung für das Welterbe» referierten, auch die Anwohnerinnen und Anwohner zu Wort. Für manche zählten deren Ausführungen zu den spannendsten des Kolloquiums. «Wichtig für den Erfolg des Antrags dürften vor allem das Engagement jener architekturbegeisterten Einwohner dieser Quartiere sein, die kritisch, aber auch fasziniert über ihr Viertel berichteten – wie etwa der in der «Allee» lebende Fotograf Wilhelm Schürmann» (*Bauwelt* 4/2014).

.....
Den Antrag auf Aufnahme in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes wurde federführend von Thomas Flierl, dem Vorsitzenden der Hermann-Henselmann-Stiftung, erarbeitet; der Antrag findet sich im Internet unter: www.hermann-henselmann-stiftung.de/archiv/176.
.....

PERSONALENTWICKLUNG

Der im Jahresbericht 2012 konstatierten Herausforderung, die aufgebauten Personalstrukturen zu festigen sowie dem enormen Wachstum durch gezielte Personal- und Organisationsentwicklung Rechnung zu tragen, hat sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung 2013 gestellt. Im September wurde der Tarifvertrag zur erweiterten Mitbestimmung abgeschlossen, der in Deutschland wohl seinesgleichen sucht. Dies mag auch daran liegen, dass beide Seiten – sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer – letztlich Beschäftigte der parteinahen Stiftung der LINKEN mit ähnlichen weltanschaulichen Grundsätzen sind: Wir fühlen uns guter Arbeit, guter Leitung und einer breiten Mitbestimmung verpflichtet. Der Tarifvertrag ist also folgerichtig. Wir haben darin vier Bereiche geregelt:

1. die erweiterte Mitbestimmung bei der Besetzung von Leitungsstellen,
2. die erweiterte Mitbestimmung des Betriebsrats in personellen Angelegenheiten und zum Tendenzbetrieb,
3. die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen,
4. die Einrichtung eines Konfliktmanagement- und -regulierungssystems.

Die erweiterten Mitwirkungsrechte der Beschäftigten gehen so weit, dass diese bei der Besetzung von Leitungsstellen nicht nur unmittelbar am Auswahlverfahren beteiligt werden, sondern auch bei internen Wieder- und Neubesetzungen nach ihrer Zustimmung gefragt werden müssen. Gleichwohl bleiben die Rechte des Vorstandes und damit der Vereinsmitglieder nach Satzung der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewahrt. Darüber hinaus wurde die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses vereinbart. Außerdem erhält der Betriebsrat auch Mitbestimmungsrecht bei personellen Entscheidungen nach § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes. Weiter wurde vereinbart, übertarifliche Vergütungsbestandteile für Leitungsfunktionen in einer Betriebsvereinbarung zu regeln und geltende Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen auch auf leitende Angestellte anzuwenden.

Zudem wird eine Betriebsvereinbarung hinsichtlich des Konfliktmanagementsystems abgeschlossen, das folgende Instrumente umfassen soll: Erstberatung für alle Beschäftigten, Einsetzung betrieblicher Vertrauenspersonen, externe Beratung sowie Budget und betriebliche Gremien zur Konfliktregulierung.

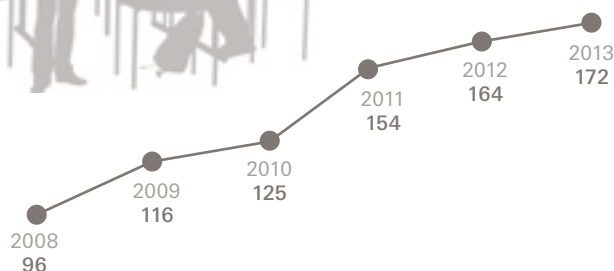
Der neue Tarifvertrag zur erweiterten Mitbestimmung stellt die Stiftung vor ehrgeizige Aufgaben. Die nächsten Schritte werden sein, sich auf Prinzipien guter Leitung in der Stiftung zu verständigen, ein Führungskräftefeedback zu entwickeln sowie ein Studiendesign zu erarbeiten, mit dem die Arbeitsqualität und -zufriedenheit in der Stiftung erfasst werden kann.

PERSONALENTWICKLUNG 2008 BIS 2013

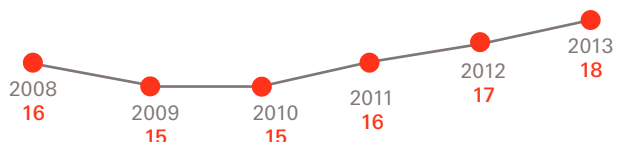
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER ...



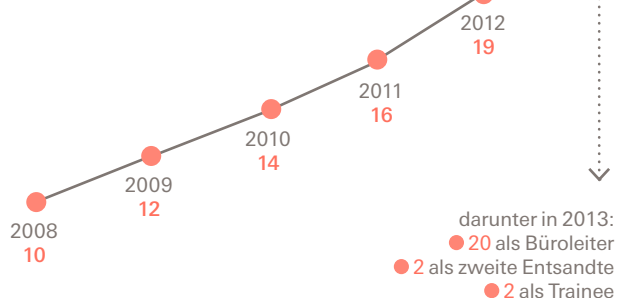
... UMGERECHNET IN VOLLZEITSTELLEN



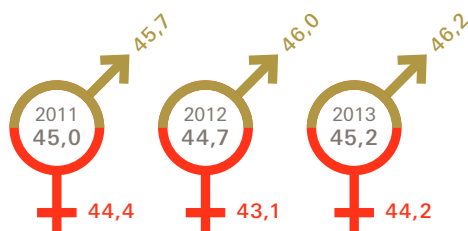
... DAVON IN DEN REGIONALBÜROS



... DAVON IN DEN AUSLANDSBÜROS



darunter in 2013:
 ● 20 als Büroleiter
 ● 2 als zweite Entsandte
 ● 2 als Trainee



DURCHSCHNITTSALTER

Anteilige Zusammensetzung:	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mitarbeiterinnen	53%	54%	55%	51%	56%	55%
Mitarbeiter	47%	46%	45%	49%	44%	45%
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund	8%	10%	11%	11%	15%	14%
unbefristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	85%	82%	84%	81%	80%	77%
TZ-Beschäftigte	21%	29%	22%	17%	20%	23%
in Elternzeit				2%	3%	3%
Auszubildende				2%	3%	4%

Zur Belegschaft gehören ebenfalls:

geringfügig Beschäftigte ¹	3	6	8	12	7	7
Praktikantinnen und Praktikanten ²	8	11	22	34	35	37

1 Entsprechend Betriebsvereinbarung, Orientierung am TVöD

2 In Summe über das gesamte Jahr, Entgeltpraktika gemäß der Orientierung des DGB und der Partei DIE LINKE.

GREMIEN

AUF DEM WEG ZUR «LINKEN DENKFABRIK»?

MITGLIEDERVERSAMMLUNG WÄHLT NEUE VORSTANDS-
MITGLIEDER

Eine Besonderheit der Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist das durch die Satzung vorgeschriebene Teilnahmekorum von 50 Prozent der Mitglieder, um die Beschlussfähigkeit herzustellen. Aber auch im Jahr 2013 bestand zu keiner Zeit die Gefahr, dass zu wenige Stiftungsmitglieder anwesend waren. Ihren Beitrag dazu leisteten die Vertreterinnen und Vertreter der 15 Landesstiftungen, die als institutionelle Mitglieder erstmalig an der Versammlung teilnahmen.

Kritische Töne blieben in der Diskussion jedoch nicht aus. Thomas Händel, stellvertretender Vorsitzender der Stiftung, mahnte an, sich noch stärker in die Debatte um die Europäische Union einzubringen. Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebene umstrittene Studie zum Euro von Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas wollte Händel als Anstoß einer Diskussion verstanden wissen. Die Stiftungsvorsitzende Dagmar Enkelmann schlussfolgerte: «Vielleicht ist die Stiftung als linke Denkfabrik noch nicht sichtbar genug, aber sie ist auf dem richtigen Weg.» Wichtig sei es, die vielfältigen Arbeitsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Nach dem Ausscheiden von Christa Luft aus dem Vorstand – für ihr langjähriges Engagement dankten ihr unter anderen Dagmar Enkelmann und Florian Weis – musste die Mitgliederversammlung ein Vorstandsmitglied nachwählen. Durch Inkrafttreten der novellierten Satzung hatte zudem der Rat der Landesstiftungen das Vorschlagsrecht für ein weiteres Vorstandsmitglied. Die Mitgliederversammlung wählte schließlich die frühere ver.di-Chefin von Baden-Württemberg, Sybille Stamm, und Ulrike Detjen, Schatzmeisterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Nordrhein-Westfalen, in den Stiftungsvorstand.

Auf Vorschlag des Vorstands wurden außerdem vier weitere Mitglieder in den Verein aufgenommen. Edgar Most ist ehemaliges Direktoriumsmitglied der DDR-Staatsbank und war später Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Ehrensenator der Viadrina-Universität in Frankfurt (Oder). Er publiziert zum Thema Finanzkrise. Margit Mayer ist Professorin für Politikwissenschaft am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin. Sie veröffentlicht in einer Reihe von internationalen Publikationen zu Fragen der Nordamerika- und Stadtforschung. Micheal Buckmiller ist emeritierter Professor der Leibniz Universität Hannover und Leiter des Offizin-Verlags. Er leitete das Forschungsprojekt «Edition der Briefe von Wolfgang Abendroth» und veröffentlicht zu Theorie und Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung. Janine Wissler ist Politikwissenschaftlerin und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag.



Rege Beteiligung auf der Mitgliederversammlung

MITGLIEDER

Ali Al Dailami
 Marwa Al-Radwany
 Dr. Dietmar Bartsch
 Dr. Peter Bathke
 Prof. Dr. Günter Benser
 Dr. Joachim Bischoff
 Prof. Dr. Ulrich Brand
 Dr. André Brie
 Prof. Dr. Ulrich Brinkmann
 Sandra Brunner
 Christine Buchholz
 Prof. Dr. Michael Buckmiller
 Gerda Daenecke
 Sevim Dagdelen
 Daniela Dahn
 Birgit Daiber
 Prof. Dr. Alex Demirović
 Prof. Dr. Frank Deppe
 Richard Detje
 Ulrike Detjen
 Dr. Dagmar Enkelmann
 Klaus Ernst
 Ilsegreg Fink
 Dr. Thomas Flierl
 Claudia Gohde
 Dr. Bärbel Grygier
 Dr. Gregor Gysi

Thomas Händel
 Karl-Heinz Heinemann
 Heiko Hilker
 Heinz Hillebrand
 Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
 Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
 Florian Höllen
 Klaus Höpcke
 Dr. Steffen Hultsch
 Dr. Gerda Jasper
 Dr. Lukrezia Jochimsen
 Kerstin Kaiser
 Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann
 Prof. Dr. Mario Keßler
 Katja Kipping
 Prof. Dr. Dieter Klein
 Dr. Thomas Klein
 Jan Korte
 Prof. Dr. Kurt Krumbach
 Marian Krüger
 Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski
 Antonia Kühn
 Prof. Ingrid Kurz
 Oskar Lafontaine
 Caren Lay
 Dr. Klaus Lederer

Sabine Leidig
 Dr. Gesine Lötzsch
 Prof. Dr. Christa Luft
 Heidemarie Lüth
 Dr. Helmuth Markov
 Ulrich Maurer
 Prof. Dr. Margit Mayer
 Dr. Hans Modrow
 Cornelia Möhring
 Margret Mönig-Raane
 Dr. Edgar Most
 Prof. Dr. Manfred Neuhaus
 Helga Nowak
 Gabi Ohler
 Dr. Wilfriede Otto
 Prof. Dr. Kurt Pätzold
 Dr. Harald Pätzold
 Petra Pau
 Prof. Dr. Dörte Putensen
 Peeter Raane
 Bodo Ramelow
 Jürgen Reents
 Dr. Sabine Reiner
 Prof. Dr. Rolf Reißig
 Bernd Riexinger
 Prof. Dr. Rainer Rilling
 Prof. Dr. Jörg Roesler
 Prof. Dr. Werner Ruf

Dr. Bernd Rump
 Dr. Monika Runge
 Bosiljka Schedlich
 Dr. Birgit Schliewenz
 Dr. Dieter Schlönvoigt
 Fritz Schmalzbauer
 Horst Schmitthenner
 Christiane Schneider
 Dr. Ursula Schröter
 Dr. Karin Schüttpelz
 Dr. Reinhard Semmelmann
 Kathrin Senger-Schäfer
 Dr. Petra Sitte
 Dr. Wolfgang Spickermann
 Prof. Dr. Susanne Spindler
 Sybille Stamm
 Regina Stosch
 Heinz Vietze
 Vera Vordenbäumen
 Dr. Sahra Wagenknecht
 Dr. Jochen Weichold
 Dr. Florian Weis
 Janine Wissler
 Dr. Dietmar Wittich
 Dr. Ulrich Wolf
 Ulrike Zerhau
 Gabi Zimmer

INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg e. V.
 Kurt-Eisner-Verein e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
 «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
 Rosa-Luxemburg-Initiative e. V. Bremen
 Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
 Peter-Imandt-Gesellschaft e. V., Saarland
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein e. V.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

EHREN-MITGLIEDER

Dr. Kurt Hövelmans
 Prof. Dr. Reinhard Mocek

RUHENDE MITGLIEDSCHAFT

Dr. Lutz Brangsch
 Prof. Dr. Michael Brie
 Dr. Mario Candeias
 Wenke Christoph
 Dr. Cornelia Domaschke
 Dr. Stefanie Ehmsen
 Kadriye Karci
 Dirk Rumpf
 Norbert Schepers
 Dr. Jörn Schütrumpf
 Dr. Marion Schütrumpf
 Dr. Evelin Wittich
 Fanny Zeise

Stand: 1. Dezember 2013

**MITGLIEDER
DES VORSTANDES**




DR. DAGMAR ENKELMANN



HEINZ HILLEBRAND

Stand: 31. Dezember 2013



BODO RAMELOW




DR. FLORIAN WEIS



SYBILLE STAMM



ULRIKE DETJEN



THOMAS HÄNDEL



MARWA AL-RADWANY



PROF. DR. ALEX DEMIROVIĆ



DR. SABINE REINER



DR. PETRA SITTE



KERSTIN KAISER



PROF. DR. FRANK DEPPE



PEETER RAANE

DAS STIFTUNGSPROFIL SCHÄRFEN

DER VORSTAND STEIGT IN DIE NEUSTRUKTURIERUNG DES PLANUNGSPROZESSES EIN

Die umfassende Satzungsneuerung durch die Mitgliederversammlung im Jahr 2012, die durch eine dafür eingesetzte Kommission vorbereitet wurde, bildete in gewisser Weise eine Zäsur in der Arbeit des Vorstands. Hauptamtlicher Betrieb und Vereinsleben wurden klarer voneinander getrennt, Aufgabenzuschnitte verändert und Verfahrensweisen präzisiert. Dem neu gewählten Vorstand wurde für das Jahr 2013 die Aufgabe mit auf den Weg gegeben, die Profilbildung der Stiftung zu fördern und eine inhaltliche Schwerpunktsetzung voranzutreiben. In diesem Kontext war ihm besonders wichtig, als Kollektivgremium nicht nur Aufsichtsratsfunktionen auszuüben, sondern sich aktiv in die inhaltlichen Prozesse der Stiftung einzubringen.

Das bedeutete zunächst, dass der Vorstand im Jahr 2013 mit Sabine Reiner und Marwa Al-Radwany zwei seiner Mitglieder in der anfangs intern organisierten Neustrukturierung des Planungsprozesses der Stiftung mitwirken ließ. Ein Ergebnis der Beratungen des Vorstands mit der Arbeitsgruppe Planung war die Entscheidung, das Themenfeld Europa zu einem eigenständigen Schwerpunkt zu machen. Mit diesem Schritt sollte auch verdeutlicht werden, dass die Stiftung an einer linken Vision für Europa arbeitet. Besonderen Wert legte der Vorstand im Jahr 2013 zudem auf Projekte und Methoden, die es ermöglichen

sollen, auch strukturell benachteiligte Zielgruppen zu erreichen. Hierzu zählen Grundlagenkurse zur «ökonomischen Alphabetisierung», die von der Akademie für Politische Bildung konzipiert und in Zukunft das Angebot der Stiftung im Bereich der politischen Bildungsarbeit sinnvoll ergänzen werden.

Neben inhaltlichen Debatten trieb der Vorstand auch die Planung für den Bau eines eigenen Bürogebäudes voran. Seitens des Vorstands sind Bodo Ramelow und Florian Weis zusammen mit vier weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Steuerung des Bauvorhabens zuständig. Derzeit laufen die Verhandlungen mit den Bundesbehörden über die zugesagten Baumittel. Neu war für einige Vorstandsmitglieder ihre Rolle im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Tarifvertrags zur erweiterten Mitbestimmung der Beschäftigten der Stiftung. Thomas Händel, Sabine Reiner, Florian Weis und Peeter Raane vertraten zusammen mit Katrin Schäfgen und Annegret Rohwedder hier die «Arbeitgeberseite».

Zur Mitgliederversammlung 2013 schied das langjährige Vorstandsmitglied Christa Luft aus dieser Funktion aus. Sie wird der Stiftung jedoch als aktives Mitglied erhalten bleiben. Mit Sybille Stamm und Ulrike Detjen wurden zwei weitere Frauen in das Gremium gewählt.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Der im Dezember 2012 neu gewählte Wissenschaftliche Beirat der Stiftung hatte auf seiner konstituierenden Sitzung beschlossen, an die Arbeit und Schwerpunkte des alten Beirats anzuknüpfen und diese zur Grundlage seiner Aktivitäten zu machen. Dementsprechend konzentrierte er sich im Jahr 2013 auf die fachliche Beratung des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) und die Unterstützung des Studienwerks der Stiftung.

Der Wissenschaftliche Beirat beteiligte sich unter anderem an einem 2013 vom IfG konzipierten Buchprojekt, das wichtige Ergebnisse der vorangegangenen internationalen Transformationskonferenzen des Instituts zusammenfasst. Mitglieder des alten und neuen Beirats haben als Autoren hierzu auch eigene Beiträge beigesteuert.

Der Wissenschaftliche Beirat wirkte im Jahr 2013 zudem inhaltlich und konzeptionell am Planungsprozess der Stiftung zur Profilierung ihrer thematischen Schwerpunkte mit. Dabei stand zunächst die Themenlinie «Sozialökologische Transformation und soziale Reproduktion» im Zentrum. Die Diskussionen mündeten in den Beschluss, dass sich der Beirat aktiv an der nächsten Transformationskonferenz, die im Juni

2014 stattfinden wird, beteiligen will. Darüber hinaus nahm er sich dem von der Mitgliederversammlung formulierten Auftrag an, zusammen mit dem IfG Kriterien für die Gewinnung von Fellows zu entwickeln und an deren Auswahl mitzuwirken. Der Wissenschaftliche Beirat, der nachdrücklich das Fellow-Programm der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt, hat dementsprechend in Abstimmung mit dem Institut für Gesellschaftsanalyse die Liste der Fellows für das Jahr 2014 beschlossen und der Mitgliederversammlung 2013 Kriterien vorgelegt, nach denen die Fellows ausgewählt werden sollen. Eine weitere wichtige Tätigkeit des Beirats besteht in der aktiven Mitarbeit im Auswahlausschuss der Stiftung, der über die Vergabe von Stipendien für Studierende und Promovierende entscheidet. Mitglieder des Beirats beteiligen sich auch an den sogenannten Ferienakademien des Studienwerks und bieten dort thematische Workshops an.

Somit hat der Wissenschaftliche Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2013 die Entwicklung hin zu einem Gremium fortgesetzt, das seine inhaltliche und fachliche Expertise zur Verfügung stellt, um konkrete Ziele und Vorhaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu ermöglichen und voranzubringen.

**MITGLIEDER DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

Stand: 31. März 2014

Prof. Dr. Irene Dölling: Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates, geb. 1942, Professorin em. für Frauenforschung/Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Universität Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: Persönlichkeitstheorie, Kulturtheorie, Soziologie der Geschlechterverhältnisse, Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

Prof. Jörg Hafkemeyer: geb. 1947, Journalist und Filmemacher, Honorarprofessor für Kulturjournalismus an der Berliner Universität der Künste und Gastdozent an der Berliner Journalistenschule, bildet beim Schweizer Rundfunk und im Deutschlandradio Kultur Reporter und Moderatoren aus, arbeitet für die ARD, Deutschlandradio Kultur sowie für verschiedene Zeitschriften (u. a. *Cicero*).

Prof. Dr. Frigga Haug: geb. 1937, Professorin em. für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Vorsitzende des Instituts für kritische Theorie (InkriT), Mitherausgeberin der Zeitschrift *Das Argument* und des «Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus», Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Arbeitsschwerpunkte: marxistische Theorie, Frauen und Feminismus, Arbeit, eingreifende Sozialforschung.

Dr. Stefanie Hürtgen: geb. 1970, Politikwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Wirtschaftssoziologie, Gewerkschaftstheorie, Europa- und Transformationsforschung.

Prof. Dr. Michael Krätke: geb. 1949, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster/UK und Direktor des Institute for Advanced Studies, Mitherausgeber verschiedener Zeitschriften (u. a. SPW) und Buchreihen (Historical Materialism). Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Marxismus, Antikapitalismus.

Dr. Rainer Land: geb. 1952, Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter am Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V., Mitbegründer des Netzwerkes Ostdeutschlandforschung und korrespondierendes Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Sozialökonomie, Evolutionstheorie, Transformationsforschung.

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf: geb. 1950, Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Deutscher Stiftung Friedensforschung (DSF) und Forschungs- und Beratungsstelle der Arbeit Wien. Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung, europäische Integration, informelle Ökonomie und industrielle Beziehungen.

Dr. Ingo Matuschek: geb. 1961, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt «Externe Flexibilität und interne Stabilität im Wertschöpfungssystem Automobil» (EFIS) an der Universität Jena und

Mitglied des Instituts Arbeit und Gesellschaft (INAG) in Chemnitz. Arbeitsschwerpunkte: Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit, qualitative Methoden, politisches Handeln in Alltagsmilieus.

Prof. Dr. Margit Mayer: geb. 1949, Professorin für Politikwissenschaft am John F. Kennedy Institut der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: amerikanische und vergleichende Politik, Stadtpolitik, soziale Bewegungen.

Prof. Dr. Rainer Rilling: geb. 1945, apl. Prof. für Soziologie an der Universität Marburg und bis 2011 wiss. Referent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Redakteur der Zeitschrift *LuXemburg*, Mitherausgeber verschiedener Zeitschriften (u. a. *Blätter für deutsche und internationale Politik*), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Arbeitsschwerpunkte: Kapitalismusanalyse und -kritik, Internationale Beziehungen.

Prof. Dr. Birgit Sauer: geb. 1957, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, Governance und Geschlecht, vergleichende Geschlechterpolitikforschung, Multikulturalismus.

Dr. Sylka Scholz: geb. 1964, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der TU Dresden, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift *Frauenforschung und Geschlechterstudien*. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterverhältnis in Ostdeutschland und Osteuropa, Männlichkeitsforschung, Medien und Politik, qualitative Methoden.

Dr. Thomas Seibert: geb. 1957, Philosoph und Ethnologe, Mitarbeiter von *medico international*, Aktivist bei Attac und bei der Interventionistischen Linken (IL). Arbeitsschwerpunkte Politische Philosophie (Marxismus, Existenzialismus, Dekonstruktion).

Dr. Michael Thomas: geb. 1951, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Technik und Gesellschaft sowie am Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), Kuratoriumsmitglied im BMBF-Programm betrieblicher Weiterbildungsforschung, Koordinator des Netzwerkes Ostdeutschlandforschung. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Regionalentwicklung, Lernkulturen.

Dr. Axel Troost: geb. 1954, Volkswirtschaftler und Politiker, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne, Mitglied des Bundesvorstandes DIE LINKE, Mitglied des deutschen Bundestages, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion und Mitglied im Finanzausschuss.

Prof. Dr. Susanne Völker: geb. 1964, Professorin für Methoden der Bildungs- und Sozialforschung unter besonderer Berücksichtigung der Genderforschung an der Universität zu Köln. Arbeitsschwerpunkte: Methoden qualitativer Sozialforschung, gesellschaftliche Transformationsprozesse und soziale Ungleichheiten, Wandel der (Erwerbs-)Arbeit und der Geschlechterarrangements.

«THEMATISCH VIELSEITIG UND OFFEN»

GESPRÄCHSKREISE BIETEN RAUM FÜR AUSTAUSCH

Unbezahltes Engagement war 1990 die Voraussetzung für die Gründung der Rosa-Luxemburg-Stiftung als politischer Bildungseinrichtung. Wenn man so will, sind ehrenamtliche Tätigkeiten auch heute noch grundlegend für die Stiftungsarbeit. Ob in Rosa-Luxemburg-Clubs, in den Landesstrukturen der Stiftung oder aber in Gesprächskreisen, überall sind Menschen aktiv, denen das konkrete Projekt, die diskutierte Thematik oder die Vermittlung bestimmter Inhalte wichtiger sind als der eigene Geldbeutel.

Zurzeit existieren 20 Gesprächskreise – und diese Zahl ist in den letzten drei Jahren in etwa konstant geblieben. Manche werden von Referentinnen und Referenten der Stiftung geleitet, manche auch von Ehrenamtlichen oder einer Kombination aus beidem. Hervorzuheben ist die große thematische Vielfalt, die es der Stiftung erlaubt, auch politische Felder zu bearbei-

ten, die sie aufgrund der eingeschränkten Personalressourcen ansonsten unbeachtet lassen müsste.

Im Jahr 2013 ist es gelungen, den bereits seit einigen Jahren formal existierenden Gesprächskreis Kultur mit Leben zu füllen. Seine Auftaktveranstaltung fand Anfang November 2013 statt. Er hat sich zum Ziel gesetzt, eine Diskussion über linke Kulturverständnisse mit Vertreterinnen und Vertretern aus (kultur-)politischen, wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Zusammenhängen voranzutreiben. Auf einem ganz anderen Feld arbeitet der Gesprächskreis «Rechts». Dieser hat sich im Jahr 2013 sehr intensiv mit dem sogenannten NSU-Prozess in München auseinandergesetzt. Durch seine Themenwahl gelingt es ihm, auch antifaschistische Initiativen einzubinden und den Austausch zwischen ihnen zu fördern. Für das Jahr 2014 ist die Gründung eines Gesprächskreises geplant, der sich mit Religionsfragen und dem Verhältnis von politischer Linker und Religion befassen soll. Ein Stück weit leistet die Stiftung dabei auch Vorfeldarbeit für die ihr nahe stehende Partei.

GESPRÄCHSKREISE**ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH**

Steffen Hultsch, Fanny Zeise (zeise@rosalux.de)

BILDUNGSPOLITIK

Anke Clasen, Marcus Hawel (hewel@rosalux.de)

EUROPAPOLITIK

Gabriele Kickut (kickut@rosalux.de)

FRAUEN UND POLITIK

Evelin Wittich, Eva Schäfer (schaefer@rosalux.de)

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Erhard Crome (crome@rosalux.de)

GESCHICHTE

Bernd Hüttner (huettner@rosalux.de)

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke (domaschke@rosalux.de)

GEWERKSCHAFTEN

Fanny Zeise (zeise@rosalux.de)

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

Wolfgang Girus, Reinhard Mocek,
Klaus Meier (meier@rosalux.de)

KULTUR

Michaela Klingberg (klingberg@rosalux.de)

LÄNDLICHER RAUM

Michael Luthardt, Steffen Kühne (kuehne@rosalux.de)

LEBENSZEIT - ARBEITSZEIT

Rosalind Honig, Axel Krumrey (krumrey@rosalux.de)

MIGRATION

Koray Yilmaz-Günay (yilmaz-guenay@rosalux.de)

NACHHALTIGKEIT UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Evelin Wittich (wittich@rosalux.de),
Steffen Kühne (kuehne@rosalux.de)

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Harald Pätzolt, Cornelia Hildebrandt
(hildebrandt@rosalux.de)

POLITISCHE BILDUNG

Stefan Kalmring (kalmring@rosalux.de)

RECHTS

Friedrich Burschel (burschel@rosalux.de)

SOZIALE UNGLEICHHEIT

Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de)

STADTPOLITIK

Katharina Weise (weise@rosalux.de)

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Sabina Reiner, Mario Candeias (candeias@rosalux.de),
Antonella Muzzupappa (muzzupappa@rosalux.de)

MITGLIEDERVERSAMMLUNG



LEGENDE

- Ehrenamtliche Strukturen
- Leitungsstrukturen
- Hauptamtliche Strukturen
- Treuhandstiftungen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

BETRIEBSRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE	STUDIENWERK	ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG	
PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN	FÖRDERPROGRAMM	STABSSTELLEN	
DEMOKRATIE UND STAAT	EHEMALIGENARBEIT	REFERATE	AUSLANDSBÜROS
THEORIE UND GESCHICHTE SOZIALISTISCHER TRANSFORMATION	BILDUNGSPOLITIK	REFERAT ZID-LEITUNG	SÜDLICHES AFRIKA JOHANNESBURG
FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK	STIPENDIUM-PROGRAMM «LUX LIKE STUDIUM»	ÜBERREGIONALE ANGELEGENHEITEN	WESTAFRIKA DAKAR
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE	VERTRAUENS-DOZENT/-INNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	REGIONALREFERAT AFRIKA	OSTAFRIKA DARESSALAM
FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTS-KRITIK	STIPENDIATISCHE ARBEITSKREISE	AK AFRIKA	OSTASIEN PEKING
POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG	AUSWAHL-AUSSCHUSS	REGIONALREFERAT ASIEN	SÜDASIEN NEU DELHI
GEWERKSCHAFT/ ARBEIT/PRODUKTION		AK ASIEN	SÜDOSTASIEN HANOI
POST-DOKTORAND		REGIONALREFERAT LATEINAMERIKA	ANDENLÄNDER QUITO
KULTURFORUM DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG		AK LATEINAMERIKA	SÜDAMERIKA SÃO PAULO
ZEITSCHRIFT «LUXEMBURG» HRSG. VORSTAND DER RLS		REGIONALREFERAT NAHER UND MITTLERER OSTEN, NORDAFRIKA, TÜRKEI	ZENTRALAMERIKA/MEXIKO MEXIKO-STADT
HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG		AK NORDAFRIKA	ISRAEL TEL AVIV
MAX-LINGNER-STIFTUNG		AK TÜRKEI	PALÄSTINENSISCHE GEBIETE RAMALLAH
MICHAEL-SCHUMANN-STIFTUNG		REGIONALREFERAT OECD, EU, VEREINTE NATIONEN UND NORDAMERIKA	NORDAFRIKA TUNIS
KARL DIETZ VERLAG BERLIN		REGIONALREFERAT OST-, MITTEL- UND SÜDOSTEUROPA	TÜRKEI ISTANBUL
		AK OMSE (OSTEUROPA)	EUROPÄISCHE UNION BRÜSSEL
			UNO/NORDAMERIKA NEW YORK
			OSTMITTELEUROPA WARSCHAU
			RUSSLAND/ZENTRALASIEN/ KAUKASUS MOSKAU
			SÜDOSTEUROPA BELGRAD

STIFTUNGSHAUSHALT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahestehende politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Inneren (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag.

Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung gilt in der Praxis, dass die der politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die Höhe der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen.

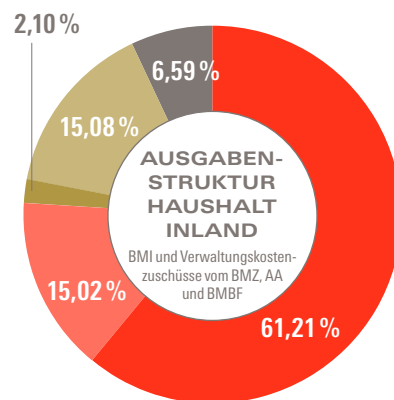
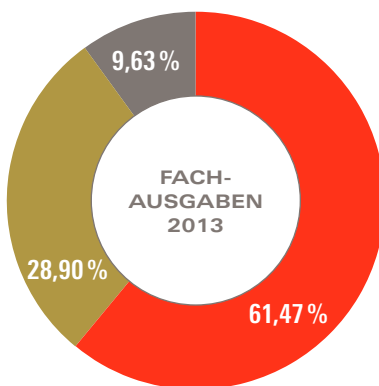
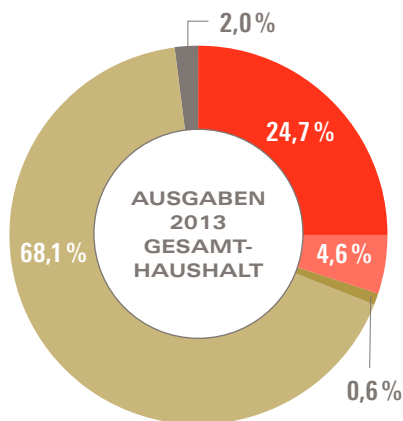
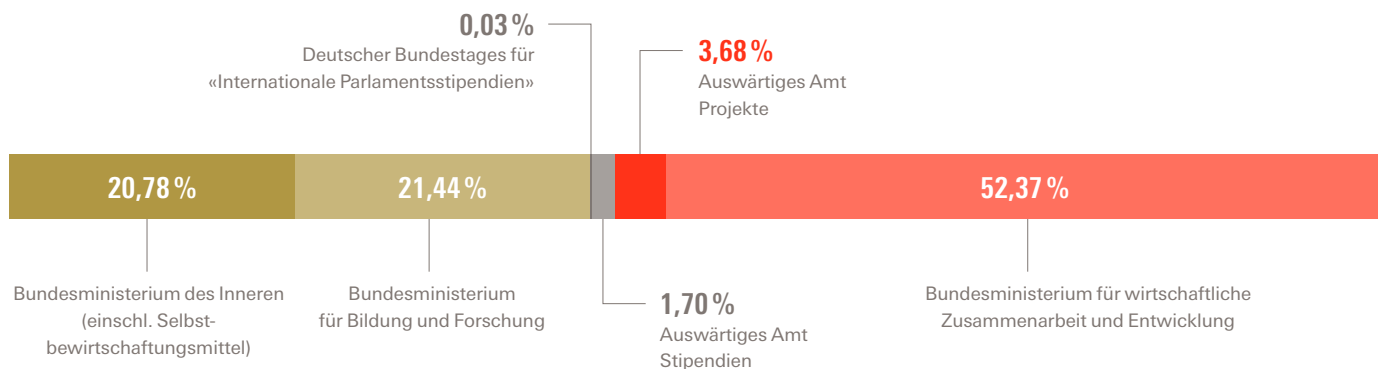
Nach dem erfolgreichen Wiedereinzug der Partei DIE LINKE in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 2005 und dem Stimmenzuwachs bei den Bundestagswahlen 2009 erfolgte eine schrittweise Anpassung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichstellung mit den Stiftungen der anderen Parteien. Diese Anpassung wurde 2011 abgeschlossen.

Die Stiftung erhält für den Zeitraum bis 2014 nunmehr 9,5 Prozent der Gesamtzusendungen der Bundesministerien für die politischen Stiftungen. Gegenüber 2010 stiegen so die Zuwendungen von 30,6 Millionen Euro auf 46,5 Millionen Euro im Jahr 2013. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert und seither von allen Stiftungen praktiziert wurde.

Die wichtigsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (sogenannte Globalmittel), dem BMZ, dem BMBF und dem AA. Die Globalmittel bilden das Rückgrat für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind

ZUWENDUNGEN 2013



- Personalausgaben
- Sächliche Verwaltungsausgaben
- Ausgaben für Investitionen
- Fachausgaben
- Globalmittel an Landesstiftungen

- Auslandsprojekte
- Studenten- und Promovendenbetreuung
- Politische Bildung Inland

- Personalausgaben
- Sächliche Verwaltungsausgaben
- Ausgaben für Investitionen
- Fachausgaben
- Globalmittel an Landesstiftungen

für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben diesen Bundesmitteln können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen. Im Rahmen des Stiftungsverbundes werden diese Mittel durch elf Landesvereine genutzt.

Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und

der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als politische Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllingverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2012

Aktiva	31.12.2012 in Euro	31.12.2011 in Euro
A Anlagevermögen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände		
EDV-Software	37.858,74	108.790,95
II Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	817.450,08	852.328,02
Summe Anlagevermögen	855.308,82	961.118,97
B Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Summe Forderungen	590.999,83	738.204,17
C Liquide Mittel		
Summe liquide Mittel	3.502.088,03	3.075.709,36
D Aktive Rechnungsabgrenzung		
Summe	4.949.850,84	4.775.032,50

Passiva	31.12.2012 in Euro	31.12.2011 in Euro
A Reinvermögen		
I Stand Vorjahr	1.057.231,80	744.767,02
II Vermögensmehrung/-minderung	-554.049,63	
III Jahresüberschuss/-fehlbetrag	241.979,19	312.464,78
Reinvermögen	745.161,36	1.057.231,80
B Sonderposten aus Zuwendungen	855.308,82	961.118,97
C Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	127.876,58	90.219,91
D Verbindlichkeiten		
I Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.112.778,31	1.701.866,89
II Sonstige Verbindlichkeiten	33.435,53	49.168,22
III Bundesmittel	0,00	30,75
Summe Verbindlichkeiten	1.146.213,84	1.751.065,86
E Passive Rechnungsabgrenzung	2.075.290,24	915.395,96
Summe	4.949.850,84	4.775.032,50

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2012

		2012 in Euro	2011 in Euro
I	Erträge	43.279.715,72	41.624.618,29
1	Zuwendungen des Bundes	42.890.030,18	41.534.836,44
2	Spenden	4.831,40	10.174,48
3	Sonstige Einnahmen	384.854,14	79.607,37
II	Aufwendungen	-43.037.736,53	-41.312.153,51
1	Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-30.223.414,24	-29.173.324,74
	Tagungen und Seminare	-850.085,76	-899.416,17
	Veröffentlichungen	-630.222,55	-783.137,59
	Forschungsprojekte	-488.128,47	-527.774,95
	Weiterleitung von Globalmitteln	-916.703,16	-1.067.501,95
	Förderung von Studierenden und Graduierten	-7.365.022,80	-6.592.621,36
	Internationale Zusammenarbeit	-19.371.396,93	-18.791.324,44
	Sonstiges	-601.854,57	-511.548,28
2	Personalausgaben	-10.624.589,82	-8.947.375,89
	Löhne und Gehälter	-9.175.397,34	-7.682.578,72
	Soziale Abgaben	-1.449.192,48	-1.264.797,17
3	Sächliche Verwaltungsausgaben	-1.981.076,91	-2.528.603,04
	Geschäftsbedarf	-314.229,41	-434.883,94
	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-1.666.847,50	-2.093.719,10
4	Investitionen	-208.655,56	-662.849,84
III	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	241.979,19	312.464,78

EINNAHMEN IM JAHR 2013 (VORLÄUFIG)

I	Einnahmen in Euro	46.553.249,20
1	Zuwendungen	46.512.763,31
	Bundesministerium des Inneren (einschl. SB-Mittel)	9.664.133,36
	Bundesministerium für Bildung und Forschung	9.972.487,91
	Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentspraktika	16.147,48
	Auswärtiges Amt Stipendien	792.500,00
	Auswärtiges Amt Projekte	1.710.000,00
	Zuwendung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	24.357.494,56
2	Spenden	6.962,04
3	Mitgliedsbeiträge	15.145,72
4	Sonstige Einnahmen	82.131,18
5	Erlösschmälerungen	-63.753,05

AUSGABEN IM JAHR 2013 (VORLÄUFIG)

II	Ausgaben in Euro	-45.614.447,83
1	Personalausgaben	-11.257.067,07
	davon Personalkosten Inland	-8.511.283,14
a)	Löhne und Gehälter	-9.430.192,34
b)	Soziale Abgaben und Sonstiges	-1.826.874,73
2	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.098.912,35
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-322.350,34
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-150.625,83
	Agenturhonorare	-42.840,00
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-16.854,94
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-32.841,52
	Gerätemieten	-60.563,69
	Werkzeuge und Kleingeräte	-13.253,66
	Bücher/Lehrmittel	-5.370,70
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und Bauliche Anlagen	0,00
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-1.776.562,01
	Raummiete und Raumkosten	-751.222,68
	Reinigung	-16.778,98
	Instandhaltung betr. Räume	-18.151,41
	Versicherungen	-5.350,26
	Beiträge und sonstige Abgaben	-47.756,94
	Fremdarbeiten/Werkverträge/Verwaltung	-157.056,52
	Reparaturen und Instandhaltung technischer Anlagen	-170,06
	Werbung/Annoncen	-45.504,21
	Kosten Repräsentation	-31.376,62
	Bewirtungskosten	-2.927,75
	Reisekosten	-162.343,79
	Fremdfahrzeuge	0,00
	Kurierdienst	-4.215,51
	Fortbildungskosten	-94.822,70
	Porto/Telefon/Internetkosten	-115.553,69
	Zeitschriften/Bücher/Medien	-33.898,67
	Rechtsberatung/Wirtschaftsprüfer/Buchführung	-75.268,59
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-9.818,86
	Sonstige Steuern	0,00
	Übrige Aufwendungen	-204.344,77
3	Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen	-293.726,46
4	Fachausgaben	-31.048.130,66
	Tagungen und Seminare	-840.654,62
	Veröffentlichungen	-571.027,87
	Forschungsaufträge	-240.605,36

Sonstige Fachausgaben	-253.117,59
Auslandsprojekte	-19.651.170,49
Studenten- und Promovendenbetreuung	-9.236.914,86
Studienförderung Inland	-8.571.327,31
Studienförderung Ausland	-651.040,07
Internationale Parlamentspraktika	-14.547,48
Ideelle Förderung Stipendiaten	-254.639,87
5 Globalmittel an Dritte	-916.611,29

ERLÄUTERUNGEN:

Im Jahr 2013 wurden an folgende Vereine und Stiftungen Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet: ■ Peter-Imandt-Gesellschaft – Verein für politische Bildung und Kultur e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V. ■ Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V. ■ Max-Lingner-Stiftung ■ Michael-Schumann-Stiftung ■ «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2014 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN**Einnahmen***

Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern	9.496.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	11.000.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	17.294,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	24.183.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	1.425.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	754.000,00
Sonstige Einnahmen	60.000,00

Ausgaben (Auszug)

Personalkosten	-9.750.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.300.000,00
dar. Investitionen	-200.000,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	-33.510.000,00
dar. Bildungsprogramm	-2.500.000,00
dar. Stipendien	-9.300.000,00
dar. Projekte internationaler Zusammenarbeit	-21.710.000,00

* ohne Selbstbewirtschaftungsmittel

BILDNACHWEISE

Umschlag: Tatort – Auf dieser Verbindungsstraße im Süden Nürnbergs wurde der Blumenhändler Enver Şimşek am 9. September 2000 von Mitgliedern des NSU ermordet. Im Sommer 2012 erinnerte nur ein anderer Blumenstand an derselben Stelle an den Mord – weiter nichts. (Fotograf: Mark Mülhhaus/attenzione)

Fotos Innenteil:

- S. 5: Christiane Brinkmann
- S. 7: Alex E. Proimos, <https://flic.kr/p/mqGhgP>, CC BY-NC 2.0
- S. 8: md-protestfotografie (ehem. animallibn), <https://flic.kr/p/gv29gD>, CC BY-NC-ND 2.0
- S. 9: NSU-Watch
- S. 10: Friedrich Burschel
- S. 11: picture alliance/Robert Geiss
- S. 12: Roma Yandolin, <https://flic.kr/p/eHYxsT>, CC BY-SA 2.0
- S. 13: Riccardo Valsecchi
- S. 15: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- S. 17: Peter Ostholt
- S. 19: Patrick Stary, Erwin Heil (rechts)
- S. 21: Katrin Gems
- S. 22: @grapholutionary
- S. 23: Alexandra Bielecke
- S. 26: Fritz Mielert/Die AnStifter (links), Yuting Hsu, <https://flic.kr/p/6naac4>, CC BY-NC-SA 2.0 (rechts)
- S. 27: Reinhard Kleist (links), Andreas Trunschke (rechts)
- S. 28: worker/openclipart (links), Meinhard Meuche-Mäker (rechts)
- S. 29: takomabelot, <https://flic.kr/p/6tMVSD>, CC BY 2.0 (links), Ursus Sanaga (Foto)/Duncan O'Ceallaigh (Plakat) (rechts)
- S. 30: Rupert Ganzer, <https://flic.kr/p/aerNwt>, CC BY-ND 2.0 (links), York Berlin, <https://flic.kr/p/bKCP78>, CC BY-ND 2.0 (rechts)
- S. 31: Rupert Ganzer, <https://flic.kr/p/a6C7DU>, CC BY-ND 2.0 (links), Patric Bies (rechts)
- S. 32: Susann Scholz-Karas (links), Archiv Rosa-Luxemburg-Stiftung (rechts)
- S. 33: Dominique Benirschke (links), Uwe Pohlitz, r-mediabase (rechts)
- S. 35: Florian Lang
- S. 37: Rosa-Luxemburg-Stiftung New York (links), Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv (rechts)
- S. 42: Sandy Kaltenborn
- S. 44–49: Peter Ostholt
- S. 53: Privat
- S. 57: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- S. 58: MediaService
- S. 63: Christine Gohsmann (links), Wolfgang Kaiser, <https://flic.kr/p/8Aney8> (rechts)
- S. 64: Bundesarchiv Bild: 183-1989-1104-031/Rainer Weisflog
- S. 65: Jannine Hamilton
- S. 67: Rahelis Melis, umbra-dor
- S. 71: Peter Ostholt
- S. 72: Christiane Brinkmann, Joachim E. Röttgers (S. Stamm), privat (U. Detjen)

Infografiken: Heike Schmelter, MediaService GmbH Druck und Kommunikation, unter Verwendung von Illustrationen von A-Digit/iStockphoto.com (S. 52, 69)

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Martin Beck
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gestaltung: Heike Schmelter
Gesamtproduktion: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin

KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 44310-0
www.rosalux.de, info@rosalux.de

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Dezember 2013.